

Das Parlament

Berlin, 22. Juni 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 26-27 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Schwung für die App

Helge Braun Mit einiger Verve hat sich der Bundeskanzleramtsminister für die Corona-Warn-App des Robert Koch-Instituts ins Zeug geworfen: „Sie herunterzuladen und zu nutzen, das ist ein kleiner Schritt für jeden von uns, aber ein großer Schritt für die Pandemiebekämpfung“, sagte Braun bei ihrer Vorstellung vergangene Woche. Die Bürger könnten sich auf hohe Standards beim Datenschutz verlassen, Ärzte unterstützen die Anwendung, betonte Braun, der von Hause aus selbst Mediziner ist. Bedenken gab und gibt es in den Reihen der Opposition, etwa bei der AfD, die sicherstellt sehen will, dass „keine Einschränkung der Grundrechte an die Nutzung der App gekoppelt“ wird. Die Grünen wollen die Freiwilligkeit der Nutzung gesetzlich festschreiben lassen. *ah*



Mal ist die deutsche Corona-Warn-App bis vergangenen Freitag heruntergeladen worden. Die App wurde Anfang vergangener Woche freigeschaltet und soll auf freiwilliger Basis helfen, Infektionsketten schneller nachverfolgen zu können.

ZAHL DER WOCHE

9,6 Millionen

Mal ist die deutsche Corona-Warn-App bis vergangenen Freitag heruntergeladen worden. Die App wurde Anfang vergangener Woche freigeschaltet und soll auf freiwilliger Basis helfen, Infektionsketten schneller nachverfolgen zu können.

ZITAT DER WOCHE

»Ich wiederhole meinen Appell: Versucht es lieber nicht!«

Ulrich Kelber, Bundesdatenschutzbeauftragter, warnt Unternehmen davor, ihren Beschäftigten die Installation der App vorzuschreiben.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Corona Streit über die Feststellung der epidemischen Lage Seite 4

INNENPOLITIK
Wehrbericht Bundestag debattiert über den Zustand der Bundeswehr Seite 5

EUROPA UND DIE WELT
Brexit Ein Abgang Großbritanniens ohne Abkommen wird wahrscheinlicher Seite 7

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Energie Nach langem Tauziehen gibt es neue Standards für Gebäude Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Maß und Mitte

CORONA-PAKET Koalition startet Rekordprogramm. Opposition zweifelt an der Wirksamkeit

Nach dem beispiellosen Stillstand von Wirtschaft und öffentlichem Leben mobilisiert die Politik jetzt alle Mittel gegen die Folgen der Corona-Pandemie. Dabei geht es zu neuen Rekordmarken: Die Ausgaben des Bundes steigen wie noch nie, die Neuverschuldung ist für dieses Jahr so hoch wie in den letzten zehn Jahren zusammen, und der Staatsschuldenstand dürfte auf rund 2,5 Billionen Euro steigen. Angesichts einer Neuverschuldung von 218,5 Milliarden Euro in diesem Jahr sah Finanzminister Olaf Scholz (SPD) in der Debatte des Deutschen Bundestages am vergangenen Freitag Grund genug für mahnende Worte: „Was wir jetzt machen, kostet viel Geld“, sagte er. Manches wolle vielleicht noch mehr ausgeben. Doch „Maß und Mitte“ seien zu bewahren. Es sei in der Vergangenheit solide gewirtschaftet worden, und das müsse jetzt auch in der Krise getan werden.

Neue Normalität Scholz sagte, Deutschland sei erfolgreich, habe die Zahl der Infektionen reduzieren können. Aber zur „neuen Normalität“ gehöre auch, dass das Virus unter uns sei, und das dürfe bis zum Vorliegen geeigneter Therapien und Impfstoffe nicht vergessen werden. Scholz verwies auf das erste Stabilitätsprogramm, das man sehr schnell auf den Weg gebracht habe. Jetzt, wo der Lockdown zu Ende gehe, müsse mit einem Konjunkturprogramm für ein Anspringen der Konjunktur gesorgt werden. „Wir werden das tun wie beim letzten Mal: Ziemlich früh und sehr groß, damit wir auch wirklich wirksam sind.“ Scholz erwartet von der bis Jahresende befristeten Senkung der Umsatzsteuer einen „ganz starken Konjunkturimpuls“. Die Maßnahme werde dazu beitragen, dass insbesondere langlebige Konsumgüter „jetzt mehr gekauft werden als ohne diese Maßnahme“. Lothar Binding (SPD) verwies darauf, mit dem Programm werde die Nachfrage- und Angebotsseite gestärkt. Es gebe „Impulse für beide Seiten“. Dagegen ließ Albrecht Glaser (AfD) kaum ein gutes Haar an dem Koalitionsprogramm. „Obwohl jedem Kundigen klar ist, dass zur Sicherung von Liquidität und zur Wiedergewinnung von Rentabilität von Unternehmen steuerlicher Erleichterungen der Königsweg sind, finden sich dazu nur wenige Maßnahmen im Gesetz“, kritisierte Glaser. Und fast alle hätten nicht Entlastungs-, sondern nur Stundungswirkung. Die Umsatzsteuersenkung belaste die Unternehmen mit Umstellungskosten in Milliardenhöhe. Und der Kinderbonus entfallende bereits bei mittleren Einkommen. Andreas Jung (CDU) verteidigte die Maßnahmen dagegen mit dem Hinweis, ohne das Konjunkturpaket drohten Millionen Menschen arbeitslos zu werden und Betriebe Pleite zu gehen. Jung befürwortete die Neuverschuldung. Die „Schwarze Null“ sei keine Ideologie gewesen, sondern ein Grundsatz der Nachhaltigkeit. In guten Zeiten müsse man mit dem Geld auskommen, „aber jetzt haben wir eine absolute Ausnahme-situation“. Kritik kam von Christian Dürr (FDP). Wie Glaser sprach er von einem „irren bürokratischen Aufwand“ besonders für den Mittelstand für die Umsetzung der Mehrwertsteuersenkung. „Es ist zudem mehr als fraglich, ob das Geld bei den Menschen ankommt“, befürchtete Dürr. Es wäre besser gewesen, kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer zu entlasten und den Solidaritätszuschlag rückwirkend zum 1. Januar 2020 abzuschaffen. „Das wäre der Konjunkturimpuls gewesen, den unser Land jetzt braucht.“ Vom Kinderbonus würden hingegen viele Familien nicht profitieren, weil er mit der Steuer verrechnet werde. „Deutschland braucht ein Paket der Hoffnung, keine Wunderkerze, die schnell abfackelt“, sagte Fabio de Masi (Linke), der Investitionen in Zukunft und sozialen Zusammenhalt forderte, „um die Depression und Verzweiflung in diesem Land zu überwinden. Und diesem Anspruch wird das Konjunkturpaket nicht gerecht.“ Zur Mehrwertsteuersenkung stellte de Masi die Frage, ob sich jemand einen Kühlschrank kaufe, wenn der Arbeitsplatz in Gefahr sei. Mit den rund 20 Milliarden Euro für die Umsatzsteuersenkung hätte man besser Familien und Selbstständigen helfen können. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter lobte die Hilfen für Kommunen und die Förderung der Forschung. Er zeigte sich auch erfreut, dass keine pauschalen Unternehmenssteuersenkungen oder eine pauschale dauerhafte Abschaffung des „Rest-Solis“ in dem Paket seien. Es sei auch ein großer Erfolg der Klimabewegung, „dass es keine fossile Verbrennerprämie gab“. Hofreiter sparte nicht mit Kritik: „Für die Ärmsten gibt es in dieser Krise nicht einmal einen Aufschlag auf Hartz IV.“ Wenn man Milliarden für Konzerne habe, „sollten wir auch Milliarden für die Ärmsten haben, sonst führt das zu einer sozialen Schieflage“. Das von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachte zweite Corona-Steuerhilfegesetz (19/20058) wurde an den Finanzausschuss überwiesen, das von der Regierung eingebrachte Zweite Nachtragshaushaltsgesetz (19/20000), der Gesetzentwurf der Koalition über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunkturpakets (19/29957) sowie ein Antrag der Koalition (19/20128) zur Überschreitung der Kreditobergrenze an den Haushaltsausschuss. Ebenfalls überwiesen wurden zwei Anträge der AfD-Fraktion (19/20071, 19/20072) sowie zwei Anträge der FDP-Fraktion (19/200519, 19/20050). Überwiesen wurden zudem vier Anträge der Linken (19/20027, 19/20036, 19/20034, 19/20031). *Hans-Jürgen Leersch*



Mit Rekordsummen versucht die Koalition, den Folgen der Pandemie beizukommen.

liardenhöhe. Und der Kinderbonus entfallende bereits bei mittleren Einkommen. Andreas Jung (CDU) verteidigte die Maßnahmen dagegen mit dem Hinweis, ohne das Konjunkturpaket drohten Millionen Menschen arbeitslos zu werden und Betriebe Pleite zu gehen. Jung befürwortete die Neuverschuldung. Die „Schwarze Null“ sei keine Ideologie gewesen, sondern ein Grundsatz der Nachhaltigkeit. In guten Zeiten müsse man mit dem Geld auskommen, „aber jetzt haben wir eine absolute Ausnahme-situation“. Kritik kam von Christian Dürr (FDP). Wie Glaser sprach er von einem „irren bürokratischen Aufwand“ besonders für den Mittelstand für die Umsetzung der Mehrwertsteuersenkung. „Es ist zudem mehr als fraglich, ob das Geld bei den Menschen ankommt“, befürchtete Dürr. Es wäre besser gewesen, kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer zu entlasten und den Solidaritätszuschlag rückwirkend zum 1. Januar 2020 abzuschaffen. „Das wäre der Konjunkturimpuls gewesen, den unser Land jetzt braucht.“ Vom Kinderbonus würden hingegen viele Familien nicht profitieren, weil er mit der Steuer verrechnet werde. „Deutschland braucht ein Paket der Hoffnung, keine Wunderkerze, die schnell abfackelt“, sagte Fabio de Masi (Linke), der Investitionen in Zukunft und sozialen Zusammenhalt forderte, „um die Depression und Verzweiflung in diesem Land zu überwinden. Und diesem Anspruch wird das Konjunkturpaket nicht gerecht.“ Zur Mehrwertsteuersenkung stellte de Masi die Frage, ob sich jemand einen Kühlschrank kaufe, wenn der Arbeitsplatz in Gefahr sei. Mit den rund 20 Milliarden Euro für die Umsatzsteuersenkung hätte man besser Familien und Selbstständigen helfen können. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter lobte die Hilfen für Kommunen und die Förderung der Forschung. Er zeigte sich auch erfreut, dass keine pauschalen Unternehmenssteuersenkungen oder eine pauschale dauerhafte Abschaffung des „Rest-Solis“ in dem Paket seien. Es sei auch ein großer Erfolg der Klimabewegung, „dass es keine fossile Verbrennerprämie gab“. Hofreiter sparte nicht mit Kritik: „Für die Ärmsten gibt es in dieser Krise nicht einmal einen Aufschlag auf Hartz IV.“ Wenn man Milliarden für Konzerne habe, „sollten wir auch Milliarden für die Ärmsten haben, sonst führt das zu einer sozialen Schieflage“. Das von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebrachte zweite Corona-Steuerhilfegesetz (19/20058) wurde an den Finanzausschuss überwiesen, das von der Regierung eingebrachte Zweite Nachtragshaushaltsgesetz (19/20000), der Gesetzentwurf der Koalition über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunkturpakets (19/29957) sowie ein Antrag der Koalition (19/20128) zur Überschreitung der Kreditobergrenze an den Haushaltsausschuss. Ebenfalls überwiesen wurden zwei Anträge der AfD-Fraktion (19/20071, 19/20072) sowie zwei Anträge der FDP-Fraktion (19/200519, 19/20050). Überwiesen wurden zudem vier Anträge der Linken (19/20027, 19/20036, 19/20034, 19/20031). *Hans-Jürgen Leersch*

»Für die Ärmsten gibt es nicht mal einen Aufschlag auf Hartz IV.«

Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen)

Akzente für die Zukunft

KONJUNKTURPAKET Mehrwertsteuersenkung, Familienförderung, Unternehmenshilfen und Innovationen

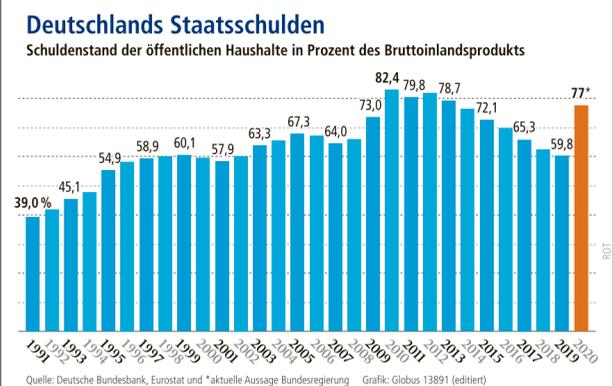
Mehrwertsteuer runter, Leistungen für Familien rauf sowie Akzente für die Zukunft setzen mit Forschungsförderung und Wasserstoff-Initiative: Auf diesen Nenner lässt sich das Konjunkturpaket der Großen Koalition bringen, dessen finanzpolitischer Teil am Freitag mit der Überweisung an die Ausschüsse die erste parlamentarische Hürde genommen hat. Um die aufgrund der Corona-Pandemie geschwächte Kaufkraft zu stärken und Unternehmen mit gezielten Maßnahmen zu unterstützen, wollen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD mit dem Entwurf eines Zweiten Corona-Steuerhilfegesetzes (19/20058) unter anderem eine befristete Senkung der Umsatzsteuersätze vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 vornehmen.

Steuersenkung Der Steuersatz soll in diesem Zeitraum von 19 auf 16 Prozent abgesenkt werden, der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent. Die Kosten des Steuerpakets sollen 23,4 Milliarden Euro betragen. Außerdem soll für jedes im Jahr 2020 kindergeldberechtigende Kind ein einmaliger Kinderbonus von 300 Euro gewährt werden. Der Kinder-

geldbonus wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet und bei Besserverdienern mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Der Alleinerziehenden-Freibetrag soll bis 2021 von 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben werden.

Zu den die Wirtschaft betreffenden steuerlichen Maßnahmen gehören die Erweiterung der Möglichkeit zum steuerlichen Verlustrücktrag für die Jahre 2020 und 2021 und eine verbesserte Abschreibung. Die private Nutzung von Dienstwagen,

die keine Kohlendioxid-Emissionen haben, wird steuerlich günstiger. Zu den weiteren Maßnahmen gehört unter anderem die Erhöhung der maximalen Bemessungsgrundlage der steuerlichen Forschungszulage auf vier Millionen Euro bis 2025. In Vorbereitung sind weitere Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen. Mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz (19/20000) sollen die Ausgaben des Bundes in diesem Jahr auf rund 509,3 Milliarden Euro steigen, die Neuverschuldung auf 218,5 Milliarden. Auf der Koalitionsagenda stehen unter anderem auch die „Sozialgarantie 2021“ zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent, Unterstützung für die Kommunen, das Gesundheitssystem und den Schienenverkehr, für die Stabilisierung des Strompreises sowie eine Innovationsoffensive für eine stärkere Nutzung von Wasserstoff. *h*



EDITORIAL Rauchende Bazooka

VON JÖRG BIALLAS

Dafür, dass in den vergangenen Jahren die Schwarze Null als das Nonplusultra der deutschen Haushaltspolitik gehandelt worden ist, wird in der Corona-Pandemie beeindruckend unbekümmert mit Neuschulden-Milliarden jongliert. Im März hat ein erster Nachtragshaushalt 156 Milliarden Euro Schulden ausgewiesen. In dem jetzt folgenden zweiten Plan soll sich dieser Posten auf mehr als 218 Milliarden Euro erhöhen. Aus der von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) zu Beginn der Coronakrise durchgeladenen einzelnen Bazooka ist eine ganze Geschützatterie geworden. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung hat ein Volumen von 130 Milliarden Euro. Kein Pappenstiel. Aber ein Programm, mit dem sich nachhaltige Effekte erzielen lassen. Über Details wird zu streiten sein, wie immer. Selbst Kritiker müssen schon jetzt zugeben, dass das Konjunkturpaket charmant ist, weil es versucht, die Krise in ihrer Vielschichtigkeit anzugehen. Ziel ist es also nicht nur, der Wirtschaft wieder aufzuhelfen. Auch dem einzelnen Bürger wird unter die Arme gegriffen. Darüber hinaus sollen Kommunen entlastet werden. Und dann stehen auch noch Mittel für Investitionen in Zukunftstechnologien bereit. Die Regierungskoalition hat das Paket in dem Bewusstsein auf den Weg gebracht, dass die aktuellen Herausforderungen alle bisherigen Wirtschaftskrisen in den Schatten stellen. Denn betroffen sind nicht nur einzelne Regionen, ein paar Nationen oder ein Kontinent. Betroffen ist die ganze Welt. Überall leiden Absatzmärkte und Produktionsstandorte unter der Pandemie. Für eine Exportnation wie Deutschland erwächst daraus ein besonderes Problem. Die Notwendigkeit weiterer Verschuldung entbindet den Staat nicht von der Pflicht, darüber nachzudenken, wie der Haushalt wieder ausgeglichen werden kann. Derzeit wird gern betont, die zurückhaltende Ausgabenpolitik in den Jahren vor der Coronakrise habe ein ausreichend dickes Polster geschaffen, um jetzt ordentlich ins Minus gehen zu können. Das mag sein, wird aber auf Dauer nicht als Tilgungskonzept verfangen. Absehbar wird unter einem Bundeshaushalt wohl keine Schwarze Null stehen. Und doch gebietet der Respekt vor der nachwachsenden Generation, die jetzt notwendigen Mehrausgaben eines Tages wieder wettzumachen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHRWERTSTEUERSENKUNG ENTFRISTEN?

Gerechtere Belastung

PRO



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Die Mehrwertsteuer ist ungerecht. Sie trifft vor allem Menschen, die wenig Einkommen haben, weil sie ihr gesamtes Geld notgedrungen verbrauchen müssen. Wohlhabende hingegen zahlen relativ gesehen eher wenig Mehrwertsteuer, weil sie einen großen Teil ihrer Einkommen sparen können. Es ist also ein Fortschritt, dass die Mehrwertsteuer jetzt für ein halbes Jahr um zwei bis drei Prozentpunkte gesenkt wird, um die Corona-Krise zu bekämpfen und die Konjunktur wieder anzukurbeln. Allerdings ist diese Maßnahme sehr teuer: Es kostet den Staat 20 Milliarden Euro, die Mehrwertsteuer für sechs Monate zu reduzieren. Die Mehrwertsteuer lässt sich daher dauerhaft nur senken, wenn der Staat gleichzeitig neue Geldquellen aufuft. Fair wäre es, die Wohlhabenden und Vermögenden wieder stärker heranzuziehen. Denn in den vergangenen Jahrzehnten ging es höchst ungerecht zu: Mehrmals stiegen die indirekten Verbrauchssteuern, die die unteren Schichten besonders drücken, während die Spitzenverdiener gleichzeitig bei den direkten Einkommens- und Vermögenssteuern entlastet wurden. Ein besonders markantes Beispiel: Zwischen 2000 und 2005 wurde der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt, wovon – der Name sagt es – allein die Spitzenverdiener profitierten. Weil anschließend Milliarden in den Staatskassen fehlten, wurde 2007 die reguläre Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht. Die Reichen hatten den Nutzen, die Armen zahlten. Es wäre keine Revolution, die Einkommenssteuern anzuhängen und die Mehrwertsteuer zu senken. Es wäre nur eine Rückkehr in die Ära Kohl. Wie jeder weiß, war der CDU-Kanzler kein Sozialist. Trotzdem war Deutschland damals gerechter.

Passt nicht

CONTRA



Manfred Schäfers »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Endlich kann man ohne schlechtes Gewissen konsumieren – und dabei sogar noch Geld sparen. Nachdem das Corona-Virus weite Bereiche des Wirtschaftslebens gelähmt hat, senkt die Koalition die Mehrwertsteuer für sechs Monate. Das ist mit fast 20 Milliarden Euro die teuerste Einzelmaßnahme aus dem Konjunkturpaket. Damit die Länder die Sache nicht blockieren, übernimmt der Bund die Ausfälle komplett auf seine Rechnung. Unternehmen, die wieder mehr absetzen, können die Kurzarbeit zurückfahren und ihre Mitarbeiter dauerhaft halten. Einkauf wird nun zur ersten Bürgerpflicht. Klagen über Konsumterror sind fehl am Platz. Ziel ist ein Nachfrageschub, um die Konjunktur zu beflügeln. Zum Konzept gehört die Befristung, der Anreiz, zügig zu handeln, rasch ein schickes Auto oder eine neue Küche zu kaufen. Die Leute dürfen nicht lange überlegen, ob sie in den unsicheren Zeiten große Anschaffungen tätigen wollen, sie sollen quasi vom Steuerpartrieb überwältigt zuschlagen. Eine Entfristung der Mehrwertsteuersenkung passt dazu nicht, da hat Finanzminister Olaf Scholz (SPD) völlig recht. Hinzu kommt, dass die Staatsfinanzen es nicht erlauben, ewig so weiter zu wirtschaften, als gäbe es kein Morgen. Zur unangenehmen Wirklichkeit gehört, dass das Defizit im Bundeshaushalt möglichst bald wieder heruntergefahren werden muss. Das gelingt am besten, wenn die Wirtschaft dauerhaft wächst. Dazu muss man die Anreize für Dauerarbeit und Investitionen stärken. Sollte es Spielräume für weitere Entlastungen geben, wäre es daher besser, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen, die Einkommensteuer zu entschärfen und die Lasten für Kapitalgesellschaften zu senken.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Die Bundesregierung will so viel Geld wie noch nie für ein Konjunkturprogramm ausgeben, um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Halten Sie dieses Finanzvolumen für gerechtfertigt?

Es wird um 300 Milliarden Nettoneuverschuldung gehen, ungefähr drei Viertel eines Jahreshaushaltes des Bundes. Man würde diese Höhe etwas anders beurteilen, wenn das Programm wenigstens zielgenau wäre und für die Wiederbelebung der Wirtschaft angemessen wirken würde. Aber beides ist nach meiner und unserer Erkenntnis nicht der Fall.

Größter Posten ist die Senkung der Mehrwertsteuer im zweiten Halbjahr 2020, die den privaten Konsum anregen soll. Erwarten Sie, dass das funktioniert?

Nein, diese Vorgehensweise ist völlig misslungen. Zunächst darf man skeptisch sein, inwieweit die Umsatzsteuersenkung überhaupt weitergegeben wird. Damit ist schon der Leitgedanke nicht erfüllt. Dann der Zeitraum von einem halben Jahr, ein Bürokratiemonster. Ich habe mit vielen Steuerberatern geredet, die mir erzählt haben, was sie gerade Tag und Nacht machen. Sie versuchen in den Unternehmen jetzt alles umzustellen, und gegen Ende des Jahres müssen sie wieder alles umstellen. Auch der Zeitpunkt ergibt keinen Sinn. Jetzt geht es nicht um Impulse für die Nachfrage, jetzt geht es um die Wiederaufrechterhaltung und die Gesundung von scheinot oder kranken Unternehmen – und dazu trägt die Mehrwertsteuersenkung für diese kurze Zeit überhaupt nicht nennenswert bei.

Ein weiterer großer Posten in dem vorliegenden Paket ist der einmalige Kinderbonus von 300 Euro für jedes Kind. Er soll, neben der Stärkung der Kaufkraft, auch eine Anerkennung für die Beschwermissen sein, die Eltern wegen der geschlossenen Schulen und Betreuungseinrichtungen hatten. Können Sie sich damit anfreunden?

Sie sehen schon an der Prädikatisierung „Anerkennung für Eltern“, das ist so wie die Anerkennungsrente eigentlich PR, man könnte auch Populismus sagen. Da geht es um die Verbreitung guter Stimmung der Art: Wir in der Regierung denken an euch. Zum Ziel dieser ganzen Aktivität, nämlich die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Arbeitsplätze zu erhalten, die Unternehmen stark zu machen, trägt das nichts bei. Dazu sind die Beträge viel zu niedrig. Mir liegen weiß Gott Familien mit Kindern sehr am Herzen, ich habe selber vier, und wir haben als AfD ein Verhältnis zum Thema Generationen und Familien, das von keiner anderen Partei zu übertreffen ist. Aber diese Maßnahme hat in dem Kontext, um den es jetzt geht, die Wirtschaftsbelebung, eine marginale bis gar keine Wirkung.

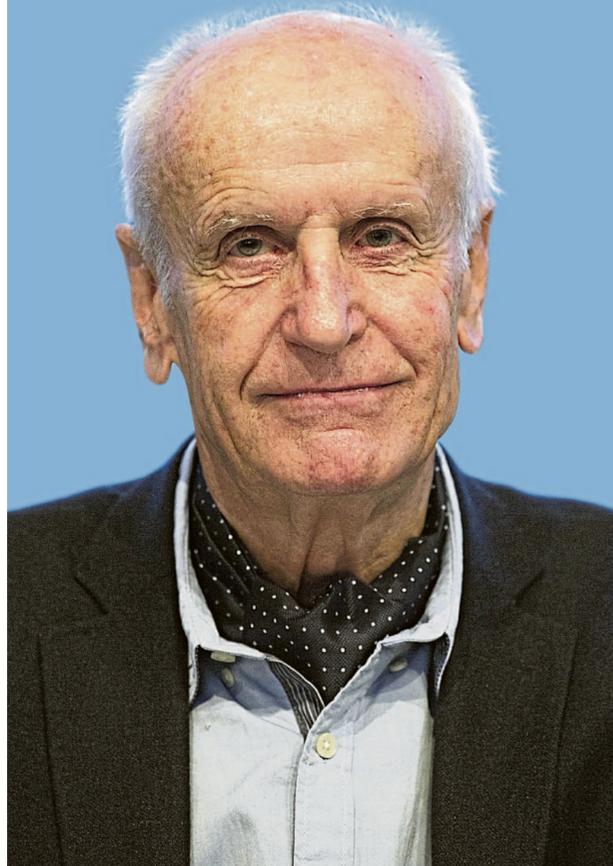
Gilt das auch für den Steuerfreibetrag für Alleinerziehende, der für dieses und das nächste Jahr auf gut das Doppelte steigen soll?

Das ist in der Tat das Gleiche. Auch das ist zeitlich befristet. Da sehen Sie, dass es wirklich sehr ums Publikum und die Galerie geht. Wenn die Entlastung für die Alleinerziehenden eine strukturelle Frage ist, die man angehen muss, dann muss man das dauerhaft machen und damit dieser Lebenssituation Rechnung tragen. Aber jetzt als ein Art Platzpatrone das zeitlich begrenzt zu machen, entlarvt sich selber als Populismus und nicht als Maßnahme zur Wiederankurbelung der Wirtschaft.

Einige Maßnahmen sollen direkt Unternehmen helfen. So sollen sie bei der Steuer Verluste in diesem Jahr besser mit Gewinnen aus früheren Jahren verrechnen können, außerdem sollen sie Investitionen besser abschreiben können. Würden Sie das als hilfreich bezeichnen?

»Es ergibt keinen Sinn«

ALBRECHT GLASER Für den AfD-Finanzexperten ist die Mehrwertsteuersenkung nicht zielführend



picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Diese Maßnahmen sind richtig und werden von uns nachhaltig begrüßt. Wir haben vor Wochen, als das erste Corona-Steuerpaket durch den Finanzausschuss ging, genau diese Maßnahmen vorgeschlagen. Ein Elf-Punkte-Programm mit vielen Punkten, die Sie jetzt im Programm der Bundesregierung finden. Das ging, wie es häufig ist mit dieser eingeschränkten Diskussion und eingeschränkter Offenheit im Finanzausschuss, wir konnten es nicht durchsetzen. Das ändert nichts daran: Das ist unmittelbare Hilfe für die Li-

quidität der Unternehmen, und zwar ganz zielgenau im Kontakt mit der Finanzverwaltung, die das kann, ohne Umlenkung über die KfW oder sonstige Zuteilungs-Administrationen. Man hätte es nur größer machen müssen. Die eingezogene Grenze von fünf beziehungsweise zehn Millionen Euro ist für viele größere Unternehmen zu niedrig.

Die Bundesregierung hat den Anspruch, mit ihrem Konjunkturpaket die deutsche Wirtschaft zugleich zukunfts-

higer zu machen. Vorgesehen ist eine deutlich höhere steuerliche Forschungsförderung. Entspricht die Ihren Vorstellungen?

Wir haben bereits das Gesetz zur steuerlichen Forschungsförderung, das am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist, stets positiv begleitet. Man hat damals zurecht die Frage diskutiert: Machen wir es mit einer eigenen Agentur, die testiert, ob die einzelne Maßnahme im Unternehmen förderungswürdig ist, oder wäre es nicht sehr viel intelligenter, bei den Gewinnsteuern etwas zu tun, also die Spielräume für die Unternehmen zu erhöhen, damit sie unter ihrem eigenen wirtschaftlichen Dach ihre Schwerpunkte stärker in Forschung und Entwicklung lenken. Das wäre der viel intelligentere und bürokratisch sehr viel einfachere Weg gewesen. Sie stehen bei dem, was wir jetzt machen, bei der EU als Bittsteller, ob wir gegen das Beihilfeverbot verstoßen, und ich kann Ihnen mitteilen: Bis zu dieser Stunde gibt es noch keine Genehmigung von der EU, dass wir das überhaupt dürfen. Das heißt, das hängt alles und wird gar nicht kurzfristig wirksam sein.

Zum deutschen Konjunkturpaket werden noch die Maßnahmen der EU kommen, um die derzeit gerungen wird. Befürchten Sie, dass Deutschland am Ende überfordert sein könnte?

Was die EU jetzt macht, hat eine Rückwirkung auf den deutschen Haushalt. Wir hatten 2017, 2018 unter 20 Milliarden Euro an EU-Umlage. Die wird bis über 50 Milliarden Euro steigen. Das Geld fließt aber ab in andere Volkswirtschaften und nicht in die deutsche. Wo soll da ein Belebungsseffekt für die deutsche Wirtschaft sein? Da werden uns dauerhafte Lasten aufgebürdet, so dass man sich gar nicht vorstellen kann, wie man jemals wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen kann.

Zumindest steht Deutschland mit seiner Finanzkraft im internationalen Vergleich gut da.

Wir haben entgegen dem, was der Finanzminister immer sagt, mitnichten gut gewirtschaftet. Denn wir sind in der Finanzkrise auf die gesamtstaatliche Rekordverschuldung von über zwei Billionen Euro gekommen, und wir sind dort noch immer. Es sind nahezu null Schulden getilgt worden in den letzten zehn Jahren. Lediglich der Quotient, also das Verhältnis von gesamtstaatlichen Schulden zum Bruttoinlandsprodukt hat sich verbessert, von 80 auf 60 Prozent. Nur davon spricht der Finanzminister. Gemessen an Ländern wie Italien und Frankreich stehen wir damit etwas besser da. Aber von einer Ausstattung Deutschlands, um ein solches Paket zu schultern, kann nicht die Rede sein. Vor allen Dingen: Die meisten Mittel sollen zum innerstaatlichen Ausgleich verwendet werden. Der Bund will den Gemeinden einen Teil der Gewerbesteuererlöse ersetzen, will den Ländern einen Teil der Umsatzsteuerausfälle ersetzen. Diese Allmachtsphantasie entbehrt eigentlich jeder finanzwirtschaftlichen Grundlage. Und vor allem: Sie entfaltet keine Wirkung für eine wirtschaftliche Belebung.

Das Gespräch führte Peter Stützle. ||

Albrecht Glaser gehört dem Bundestag seit 2017 an, ist finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und Obmann im Finanzausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Humorvolle: Matthias Hauer

Am Tag zuvor hat Matthias Hauer den Plenarsaal abgeschlossen. So nennt er es, weil er die letzte Rede des Sitzungstages gehalten hat, um 20:20 Uhr war er zu Ende. Hauer, 42, CDU-Abgeordneter aus Essen, bevorzugt eine dezente Portion Humor in seinen Worten. Die Regierungserklärung Angela Merkels, von der er gerade kommt? „Ihre Reden nehmen einen immer mehr mit.“ Und als er mal bei einer eigenen Rede im Plenarsaal umfiel, im November 2019? „Meinen ersten Krankenhausaufenthalt in meinem Leben habe ich mir weniger spektakulär vorgestellt.“ Damals war viel zusammengekommen, eine Parlamentarierreise nach Südamerika, danach Bahnfahrt, wenig Schlaf und dann Rückenprobleme, weswegen er kurz zuvor die Parlamentsärztin aufgesucht hatte. „Seitdem trinke ich mehr Wasser vor einer Rede“, lacht er. Ernährt sich bewusst und geht zwei, drei Mal in der Woche frühmorgens Schwimmen; seit Corona halt Joggen. Der rote Balken auf seiner Smartwatch, auch eine Folge des Schwächeanfalls, signalisiert ihm: Ein Viertel seines täglichen Bewegungsziels hat er erreicht. Es ist 9:47 Uhr, in der Cafeteria des Bundestags nimmt er einen Schluck Kaffee. Es ist die Woche der ersten Beratung vom „Corona-Konjunkturpaket“ – 130 Milliarden Euro auf 57 Punkte verteilt. Was sagt der Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht dazu? „Ich war erstmal überrascht, dass so viele gute Themen gelöst wurden“, sagt er. Hauer sitzt im Finanzausschuss und im Ausschuss Digitale Agenda. „Oft gibt es ja eher kleine Lösungen für große



»Oft gibt es ja eher kleine Lösungen für große Themen, aber hier sind viele über ihren Schatten gesprungen.«

tigkeit“. Die Einschränkung der Mehrwertsteuer begrüßt er („Geringere Preise fördern Konsum“) ebenso wie die kalte Schulter gegenüber der Autoindustrie und ihrer Forderung nach einer Kaufprämie („Wir müssen jetzt vielen Branchen helfen“). Mit 15 Jahren trat er in die Junge Union ein. Seitdem macht er Politik, seit 2013 professionell, als er den Wahlkreis als alte Bank der SPD für sich entschied. Es war das einzige Direktman-

dat der CDU im Ruhrgebiet. „Das verleiht meinem Amt nicht mehr Gewicht und macht mich auch nicht besser“, wehrt er mit Blick auf seine Kollegen ab, die über die Liste in den Bundestag eingezogen sind. Hauer ist nicht von kleiner Statur, macht sich aber nicht größer, als er ist. Im Bundestag fehlte er bei keiner Sitzung, meldete sich nicht krank – bis zum November 2019. Der Umfaller am Rednerpult machte ihn bundesweit bekannt. „Ich würde mir wünschen, dass die Hintergründigkeit an Gesetzen eine stärkere Beachtung findet“, sagt er dazu. Im öffentlichen Interesse für Spektakuläres erkenne er indes keinen jüngeren Trend. „In der Corona-Krise sah man das Vertrauen in den Staat“, sagt er, „das ist eine erfreuliche Tendenz“. Weniger staatstragend gibt er sich auf Twitter. Da sieht er mitunter ein „Verhunzen der deutschen Sprache“, wenn jemand „Steuerzahler*innen“ sagt. „Bürger haben Anspruch auf eine klare Ansprache, Politik muss unterscheidbar sein“, sagt er dazu. In der Großen Koalition tue Disziplin nur, nicht alles könne man in der eigenen Fraktion durchsetzen, und die nicht alles im Bündnis mit dem Regierungspartner. „Dann kann man ja sagen, wie man es selber gemacht hätte, ohne Koalitionszwang“, sagt er mit Blick auf sein Engagement in den Sozialen Medien. Gewisse Unabhängigkeiten bewahrt er sich auch im Plenarsaal. Er stimmte für die Ehe für Alle, aber gegen das dritte Griechenland-Paket. Der rote Balken auf seiner Uhr leuchtet auf. Bewegung ist angesagt. Hauer steht auf, für einen Anruf. Und geht nach draußen. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kirstina Pezzer (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
19. Juni 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Marfilden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition

FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Jeder will gewinnen: Bei den Verhandlungen der europäischen Staats- und Regierungschefs geht es in den kommenden Wochen um den 1,1 Billionen Euro umfassenden EU-Haushalt von 2021 bis 2027 und um einen Fonds in Höhe von 750 Milliarden Euro für den Kampf gegen die Corona-bedingte Rezession.

Poker um Milliardenhilfen

EUROPA Beim Streit um das größte Finanzpaket der EU-Geschichte sind nun die Mitgliedstaaten am Zug

Als oberster Verhandlungsführer hatte EU-Ratspräsident Charles Michel schon vor der Video-Schleife der 27 Staats- und Regierungschefs die Erwartungen nach unten geschraubt. Bis zu einer Einigung zu den EU-Finzen in den Jahren 2021 bis 2027 und dem Konjunkturpaket „liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns“, schrieb er im Einladungsschreiben. Somit war klar, dass am vergangenen Freitag kein Durchbruch bei den komplexen Verhandlungen bevorstand, in denen es um den 1,1 Billionen schweren EU-Haushalt und 750 Milliarden Euro im Kampf gegen die Rezession geht.

»Es ist an Ihnen, die Milliarden in eine krisenfestere EU zu investieren.«

Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) drängte im Anschluss auf eine schnelle Einigung. Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, betonte, die Märkte erwarteten eine rasche Lösung – und verwies auf die drohenden wirtschaftlichen Daten im zweiten Halbjahr: Diese dürften angesichts der Corona-Pandemie überall in der EU nicht erfolgreich ausfallen. Einigkeit herrscht unter den Mitgliedstaaten, dass viel Geld mobilisiert werden muss, um der drohenden Rezession entgegenzuwirken. Das Grundprinzip, dass die EU-Kommission Anleihen ausgeben, also an die Finanzmärkte gehen und Schulden aufnehmen soll, hat kein Mitgliedsland in Frage gestellt. Doch der Teufel steckt im Detail. „Jedes Land will das Beste für sich herausholen“, sagt ein EU-Beamter. Chefunterhändler Michel, der nun mit seinem Team eine Verhandlungsgrundlage vorbereiten muss, weist dem Thema offenbar hohe Priorität zu. Vergangene Woche ersetzte er seinen Büroleiter gegen einen ausgewiesenen Experten für Haushaltsfragen. Die Nachbesserungswünsche der Mitgliedstaaten summieren sich nach der Video-Schleife in einem eng beschriebenen Doku-

ment auf 32 Seiten. Die Anliegen von Netozahlern und -empfängern müssen genauso in Einklang gebracht werden wie die von Ländern, die mehr oder weniger stark von der Corona-Pandemie betroffen sind. Um den Verhandlungen Dramatik zu verleihen, haben Netozahler vor dem Gipfel ihre Beiträge aufgebauscht. Österreichs Finanzminister Gernot Blümel sprach davon, dass die Beiträge seines Landes künftig um 34 Prozent steigen würden, Dänemark bezifferte das Plus auf 34 Prozent, die Bundesregierung auf 42 Prozent. Dabei handelt es sich aber um Bruttobeiträge, die keinerlei Rückflüsse berücksichtigen. Umstritten ist, neben den Bedingungen und der Überwachung der Milliardenzuschüsse sowie der Laufzeit der Kredite, weiterhin der Umfang des Konjunkturpakets. Das plant EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 250 Milliarden Euro größer, als der deutsch-französische Kompromiss, den Merkel mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ausgearbeitet hat. Die „sparsamen Vier“, also Österreich, die Niederlande, Schweden und Dänemark halten zudem das Verhältnis von zwei Drittel Zuschüsse und einem Drittel Kredite für zu großzügig. Frankreich wiederum stört sich an den Vergabekriterien, die zwar wirtschaftliche Schwäche, nicht aber die Betroffenheit durch die Pandemie berücksichtigen. Macron hatte vorgeschlagen, die Zahl der Toten einzurechnen.

Gewinner und Verlierer Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass die Transfers in einem Land wie Bulgarien den Einbruch der Wirtschaftsleistung von sieben Prozent in diesem Jahr überkompensieren würden, wenn wie geplant Mittel in Höhe von 15 Prozent der Wirtschaftsleistung flössen. Blicke es dabei, wäre Bulgarien der Hauptgewinner gefolgt von Kroatien, Polen, Rumänien und Lettland.

Ungeachtet dieser Differenzen und des Paradigmenwechsels hin zur gemeinsamen Schuldenaufnahme steht der Deutsche Bundestag den Kommissionsplänen weitgehend positiv gegenüber. Er ist ein wichtiger Akteur in den kommenden Monaten, da er den Brüsseler Plänen wegen der Erhöhung der Eigenmittel der EU-Kommission zustimmen muss. Alle Fraktionen mit Ausnahme der AfD halten es für notwendig, nach dem historischen Einbruch der Wirtschaft einzugreifen. Sie wollen die Krise aber zugleich für wichtige Reformen in der Europäischen Union nutzen, machten sie vergangenen Donnerstag in Berlin im Anschluss an eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin klar. Martin Schulz (SPD) sprach darin von einem „europäischen Moment“, den die Gemeinschaft für „große Weichenstellungen“ nutzen sollte. Die Bundesregierung sollte während ihrer am 1. Juli beginnenden EU-Ratspräsidentschaft alles tun, um den Wiederaufbauplan der Kommission durchzusetzen und die EU zu einer „echten Solidarunion“ umzubauen. Die Digitalkonzerne müssten besteuert, die Klimapolitik beherzt angepackt, soziale Mindestsicherungssysteme und eine Arbeitslosenrückversicherung eingeführt und mehr Souveränität nach Brüssel übertragen werden. Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) geht es um eine „Renaissance“ Europas, die nicht nur die Überwindung der Corona-Pandemie, den EU-Finanzrahmen oder den Klimawandel umfassen soll-

te, sondern auch ein gemeinsames Konzept zur Bewältigung der Migrationsfrage. Wichtig ist ihm dabei, dass Konsumausgaben in der Gegenwart nicht auf nachfolgende Generationen verlagert werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft bezeichnete Brinkhaus als „großartige Gelegenheit“ auch für die Parlamente. Die Bundestagsabgeordneten seien nicht Botschafter dessen, was in Brüssel beschlossen werde, betonte er, sondern „Bestandteil des Entscheidungsprozesses, wie dieses Europa gestaltet wird“. Von einer besonderen Verantwortung für die deutsche Ratspräsidentschaft sprach auch FDP-Fraktionschef Christian Lindner. Diese, wünschte sich der Liberale, sollte „nicht eine der neuen Schulden gewesen sein, sondern eine der neuen Arbeitsplätze“. Die Mittel müssten an konkrete Reformzusagen geknüpft werden, Strukturdefizite beheben und einen breiteren Wachstumspfad ermöglichen. Es dürfe nicht darum gehen, den Zustand der Zeit vor Corona wieder herzustellen, stellte Lindner klar. „Die Ambition muss größer sein.“ Amira Mohamed Ali, Co-Fraktionschefin der Linken, forderte die Bundesregierung auf, während der EU-Ratspräsidentschaft für mehr Gerechtigkeit und Solidarität in Europa zu sorgen. Die Corona-Krise treffe

»Wir haben keine Milliarden zu verschenken; wir müssen uns selbst helfen.«

Alice Weidel (AfD)

die Ärmsten am härtesten, sagte sie, während große Konzerne wie Amazon teils von der Krise profitierten. Sie würden aber nicht zur Kasse gebeten, auch über eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre werde nicht gesprochen. Merkel, urteilte Mohamed Ali, habe nun die Chance, „die richtigen Weichen zu stellen“ für ein sozialeres Europa. Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt, will, dass die Bundesregierung die Ratspräsidentschaft zur Klimapräsidentschaft macht. Konkret solle sie sich für ein Klimaschutzziel 2030 von 65 Prozent weniger Treibhausgasen in der EU im Vergleich zu 1990 einsetzen sowie für jährliche Emissionsbudgets und eine gemeinsame nachhaltige Landwirtschaftspolitik. „Es ist an Ihnen, ob die Milliarden in eine krisenfestere EU und Zukunft für unsere Kinder investiert werden“, sagte Göring-Eckardt in Richtung der Kanzlerin. Merkel selbst hatte die Pandemie in ihrer Regierungserklärung vor der Video-Schleife mit ihren Amtskollegen als größte Herausforderung in der Geschichte der EU bezeichnet und betont, dass die Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie „keine Rückkehr zum herkömmlichen Arbeiten und Wirtschaft-

ten“ bedeuten dürften. Es gehe darum, „Lehren aus der Krise zu ziehen“ und etwa in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung sowie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik voranzugehen. **»Keine Milliarden geschenke«** Einzig die AfD sieht das im Bundestag anders. Sie fürchtet auch durch die Aufstockung des „Pandemieanleihekaufprogramms“ der Europäischen Zentralbank auf 1.350 Milliarden Euro enorme Belastungen auf die deutschen Steuerzahler zurollen. Nach Ansicht von Co-Fraktionschefin Alice Weidel müsse die Corona-Krise „als Vorwand für die quasi unbegrenzte rechtswidrige Staatsfinanzierung über die Notenpresse“ und die Vergemeinschaftung von Schulden herhalten – doch Deutschland habe eigene Probleme und angesichts einer „nie da gewesen Welle von Arbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten keine Milliarden zu verschenken“, urteilte sie. Die Staats- und Regierungschefs wollen Mitte Juli erstmals wieder physisch in Brüssel zusammenkommen, um über die Pläne zu beraten. Ein persönlicher Austausch sei konstruktiver, als Aktennotizen hin- und herzuschicken, hieß es aus dem Umfeld von Michel. Ob ein Treffen im Poker um die Milliardenhilfen ausreichen wird, vermag heute allerdings niemand zu prognostizieren. *Silke Wettach/Johanna Metz*

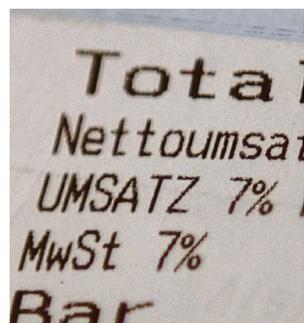
Silke Wettach ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Wie viel »Wumms« ist wirklich?

MEHRWERTSTEUER Die temporäre Senkung bringt hohe Kosten. Ob die Verbraucher profitieren, ist unklar

Es ist das erste Mal seit dem 1. Januar 1968. Seit vor 52 Jahren das Umsatzsteuersystem mit Vorsteuerabzugsberechtigung eingeführt wurde, konnten die Steuersätze auf den Mehrwert nur eine Richtung: aufwärts. Nun sollen Wirtschaft und Finanzverwaltung innerhalb von knapp vier Wochen und zeitlich beschränkt auf sechs Monate einen Corona-Abschlag einbauen. Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 gelten 16 statt 19 Prozent, 5 statt 7 Prozent beim ermäßigten Umsatzsteuersatz. Das soll alle Bundesbürger erreichen und so für einen Konjunkturschub sorgen. Der Liter Milch würde zwei Cent billiger, das Billy-Bücherregal käme zwei Euro günstiger, die Basisversion eines VW-Golf erfuhr einen Preisabschlag von rund 500 Euro. Falls die Steuer-Senkung in all diesen Preisen an die Kunden weitergereicht würden. Da sind sich Experten wie Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nicht vollständig sicher. Wie andere Fachleute auch weist er auf Erfahrungen aus Großbritannien. Dort sollte eine auf ein Jahr befristete Umsatzsteuersenkung von 17,5 auf 15 Prozent die Konjunkturschere der Finanzkrise auswetzen. Zwischen Dezember 2008 und Dezember 2009 gaben drei von vier Unternehmen die Steuersenkung über die Preise

an die Verbraucher weiter. Viele Verbraucher zogen ihre ohnehin geplanten Käufe langfristiger Güter wie Möbel oder Autos lediglich vor. Auf das Ende der Maßnahme folgte eine Konjunkturdelle. Auf Basis der Daten aus dem Sozioökonomischen Panel hat Bach berechnet, welche Spielräume die Mehrwertsteuersenkung jetzt den deutschen Konsumenten verschafft. Je nach der Höhe des Einkommens und der Zusammensetzung des Haushalts könnten Verbraucher im zweiten Halbjahr 2020 zwischen 157 und 696 Euro mehr zur Verfügung haben; vorausgesetzt mit der Steuer sinken auch die Preise. Als zu Jahresbeginn die Mehrwertsteuersätze auf Artikel der Damenhygiene gesenkt wurden, gaben die Firmen dies nach Angaben von Marktexperten nicht an die Kundinnen weiter. Angesichts einer stabilen Nachfrage gab es dazu keinen Grund. Die Umstellung beschert der Wirtschaft hohe Kosten. Kassensysteme müssen neu justiert, Buchhaltungssoftware angepasst, Verträge über Dauerleistungen geändert werden. Vom großen Supermarkt mit bis zu 40.000 Waren bis hin zum Konzern, der die Rechnungen für erbrachte Dienstleistungen peinlich genau abgrenzen muss: Für Unternehmen und Selbstständige birgt der Berliner Wechselschritt bei der Umsatz-



Das Feingedruckte auf dem Kassenzettel soll sich ab Juli ändern.

counter einen neuen Butterpreis festsetzen, zieht die Konkurrenz nach. Die Mehrwertsteuersenkung kann da ein Auslöser für Preisbewegungen sein; bestimmend sind andere Faktoren. Wer beurteilen will, ob die Konjunkturspritze tatsächlich wirkt, muss sich die Branchen im Detail ansehen, rät Gerling. Der Lebensmitteleinzelhandel habe derzeit keine Krise. Nachdem Kantinen und Restaurants geschlossen hatten, mussten sich Millionen Verbraucher zu Hause verpflegen. Leere Supermarktregale bedeuteten volle Kassen bei den Handelsunternehmen. Im Non-Food-Bereich hingegen liege die Frühjahrs- und Sommermode wie Blei in den Lägern. „Hier sehen wir schon jetzt Rabatte von 20, 30, 40 Prozent“, sagt Gerling. Die drei Prozentpunkte an Ende der Rechnung fallen da kaum ins Gewicht. *Dirk Neubauer*

Der Autor ist Redakteur der *Neu-Grevenbroicher Zeitung*.



EU-Ratspräsident Charles Michel muss bis zum nächsten, diesmal physischen Treffen der Regierungschefs Mitte Juli eine Verhandlungsgrundlage erarbeiten.





In dieser Fleischfabrik von Tönnies in Rheda-Wiedenbrück (NRW) ist es zu einem großen Corona-Ausbruch unter den Mitarbeitern gekommen. Rund 7.000 Betroffene müssen jetzt in Quarantäne.

© picture-alliance/dpa

Wachsende Zuversicht

CORONAKRISE Streit über Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite

Es geht neuerdings wieder harmonischer zu bei den Bund-Länder-Gesprächen über die Coronakrise. Nachdem es früher auch mal ordentlich gefunkt hatte, verlief die jüngste Runde vergangene Woche ausgesprochen kooperativ. Der bayerische Regierungschef Markus Söder (CSU), derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), verkündete, die Stimmung sei „deutlich konzentrierter, aber auch harmonischer“ gewesen als bei früheren Begegnungen. Bund und Länder verständigten sich darauf, Hygiene- und Abstandsregeln sowie die Kontaktauflagen beizubehalten, gleichwohl weitere Lockerungen zu ermöglichen, sofern die Zahl der Neuinfektionen niedrig bleibt. So wird nach den Sommerferien eine Rückkehr zum Regelbetrieb an Schulen angestrebt. Auch die Kitas sollen „zeitnah“ von der Notbetreuung in den Normalbetrieb wechseln. Großveranstaltungen sollen hingegen bis mindestens Ende Oktober tabu bleiben. Von der nunmehr freigeschalteten Corona-App erhofft sich die Politik nochmals einen Effekt bei der Eindämmung des Virus, ob es klappt, wird sich erweisen müssen.

»Corona ist nicht besiegt, aber es ist beherrschbarer geworden.«

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP)

merhin schon in der klinischen Prüfung am Menschen. Auch das deutsche Biopharmazeutische Unternehmen CureVac hat einen Hoffnungsträger in der Pipeline, was die Bundesregierung zu einer 300 Millionen Euro schweren Beteiligung veranlasst hat, um den Zugang zu den Produkten zu sichern. Auch an der Medikamentenfront gibt es gute Nachrichten. So fanden britische Forscher von der Universität Oxford heraus, dass der Entzündungshemmer Dexamethason bei einem schweren Verlauf von Covid-19 eine signifikante Verbesserung des Gesundheitszustandes bewirkt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sprach von einem „lebensrettenden wissenschaftlichen Durchbruch“. Hingegen kippte die WHO einen anderen Hoffnungsträger aus dem Programm. Klinische Studien zur Wirksamkeit von Hydroxychloroquin, einem Medikament gegen Malaria, wurden eingestellt. Das Mittel konnte die Sterblichkeit bei Corona-Patienten nicht senken.

Ausbrüche Eingetrübt wird die Zuversicht durch lokale Corona-Ausbrüche, wie zuletzt beim Tönnies-Fleischkonzern in Rheda-Wiedenbrück (NRW) oder in großen Wohnblöcken. Während Skeptiker eine zweite Infektionswelle befürchten, sehen Optimisten den Höhepunkt der Pandemie überwunden. Dieser Streit zieht sich auch durch die Fraktionen des Bundestages, die vergangene Woche darüber berieten, ob die Feststellung einer epidemischen Lage

von nationaler Tragweite aufgehoben oder beibehalten werden sollte. FDP und AfD wollen die am 25. März vom Bundestag getroffene Lagefeststellung beenden, Union, SPD und Grüne lehnen das als verfrüht ab. In der Aussprache ging es konkret um zwei Vorlagen der FDP, über die erstmals beraten wurde. Die FDP-Fraktion will die Feststellung der epidemischen Lage aufheben (19/20046), ohne dass die in der Folge erlassenen Rechtsverordnungen und Anordnungen außer Kraft treten. Zu den weiter erforderlichen Regelungen zählte die Unterstützung von medizinischen oder pflegerischen Einrichtungen, heißt es in einem Gesetzentwurf (19/20042) der Fraktion. Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) sagte, die Gesundheit der Bevölkerung habe weiter Priorität, jedoch habe sich die Gesamtlage verändert. Von einer Überforderung des Gesundheitswesens könne keine Rede mehr sein und damit auch nicht von einer epidemischen Notlage. Sie betonte: „Corona ist nicht besiegt, aber beherrschbarer geworden.“ Sonderrechte für die Bundesregierung seien nicht mehr nötig.

Vermeidbare Verbote Nach Ansicht der AfD-Fraktion war das Krisenmanagement der Bundesregierung verfehlt und für die Bevölkerung eine vermeidbare Zumutung. Robby Schlund (AfD) erinnerte daran, dass seine Fraktion schon Anfang Mai die Aufhebung der epidemischen Lage gefordert habe. Schlund sagte, es wäre besser gewesen, auf den Shutdown zu verzichten und ein gestuftes pandemisches Rastermanagement zu verwenden. Die Sorgen vor einer zweiten Infektionswelle nannte er „Unfug“. Der Bevölkerung sei die Möglichkeit ge-

nommen worden, ihr Leben mit Freude zu führen. Einen solch planlosen Lockdown dürfe es nie wieder geben. Wegen des Missmanagements sei ein Corona-Untersuchungsausschuss nötig. Rudolf Henke (CDU) rügte, die FDP mache es sich zu einfach, weil nur der gute Teil der Lage geschildert werde, nicht die Unsicherheiten. Als Beispiel nannte er den Ausbruch in der Fleischfabrik. Dort müssten 7.000 Menschen in Quarantäne gehen. Der Fall zeige, dass die Infektionslage noch nicht beherrscht werde. „Wir sind mittendrin in dieser Pandemie.“ Sinnvoll sei weiter eine nationale Strategie. Henke betonte: „Für eine Aufhebung der epidemischen Lage ist es jetzt zu früh.“

Grundrechte Zur Vorsicht mahnte auch Sabine Dittmar (SPD), die daran erinnerte, wie wichtig zu Beginn der Krise ein schnelles und effizientes Handeln gewesen sei. Sie räumte ein, dass mit den Verordnungsermächtigungen ein Ausnahmezustand bestehe und Grundrechte eingeschränkt würden. Es sei daher wichtig, dass der Bundestag über die epidemische Lage und deren Aufhebung befände. Der Ausnahmezustand werde nicht länger als nötig aufrecht erhalten. Gleichwohl wäre es jetzt unverantwortlich, die epidemische Lage aufzuheben. Die aktuellen Ausbrüche zeigten, wie hochinfektiös und gefährlich das Virus sei. Aus einem regionalen Hotspot könne ein landesweites Problem werden. Wenn

jetzt das Signal zur Entwarnung gegeben werde, könne das fatale Folgen haben. Eine Abwägung zwischen Eingriffen in Grundrechte und Gesundheitsschutz ist auch aus Sicht von Harald Weinberg (Die Linke) immer wieder notwendig. Er rechefertigte die zu Beginn der Pandemie verfügbaren Einschränkungen als notwendige Antwort auf die sprunghaft steigenden Infektionszahlen. „Es war wichtig, die Kurve flach zu halten, also entschlossen zu reagieren.“ Der FDP warf er „Geschmeidigkeit und Populismus“ vor, deren Initiativen hätten einen schalen Beigeschmack. Grundsätzlich sei es richtig, den Ausnahmezustand mit Sonderrechten für die Bundesregierung so bald wie möglich zu beenden. Die Vorlagen würden daher wohlwollend geprüft.

Pandemierat Die Grünen-Abgeordnete Maria Klein-Schmeink sprach mit Blick auf die FDP-Vorlagen von „Mut gegen alle Vernunft“. Die Initiative komme zu einem Zeitpunkt, wo Infektionszahlen regional wieder stiegen. Größere Ausbrüche seien denkbar. Auf solche Fälle müsse schnell reagiert werden, dies sei kaum möglich, wenn die epidemische Lage für beendet erklärt werde. Die FDP setze ein trügerisches Signal, wonach die Pandemie bereits zu Ende sei. „Wir sind nicht am Ende der Coronakrise, wir sind noch mittendrin.“ Was die Bedingungen zur Aufhebung der epidemischen Lage betreffe, sei ein Pandemierat aus Experten sinnvoll. *Claus Peter Kosfeld*

»Wir sind nicht am Ende der Coronakrise, wir sind mittendrin.«

Maria Klein-Schmeink (Grüne)

Angst vor Rückwärtsrolle

FAMILIE Geschlechtergerechtigkeit in der Corona-Krise

Frauen sind während der Corona-Krise besonders starken Belastungen ausgesetzt. Sie stellen den Großteil der Beschäftigten in jenen Berufen, die in der Pandemie als „systemrelevant“ eingestuft wurden. Die Rede ist beispielsweise von Supermarktkassiererinnen, Pflegerinnen und Krankenschwestern im Pflege- und Gesundheitssystem. Zudem kommen Doppelbelastungen durch die Betreuung und Beschulung von Kindern, weil Kitas und Schulen schlossen. Zumindest an diesem Punkt waren sich die Fraktionen in der vergangenen Woche in der Debatte zum Thema Geschlechtergerechtigkeit einig. Die Oppositionsfraktionen der FDP, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen warnten gar von einer Rolle rückwärts, der Wiederkehr alter Rollenbilder, und legten eine Reihe von Anträgen vor, wie dies zu verhindern sei. So fordern die Grünen (19/20038), das alle aktuellen Hilfsmaßnahmen und Konjunkturpakete durch eine beim Kanzleramt anzusiedelnde Stabsstelle

einem Geschlechtergerechtigkeits-Check unterworfen werden. Auch die Steuer-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik soll überprüft werden auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter.

Homeoffice und Kinder Die FDP setzt sich für die Einberufung eines jährlichen „Zukunftsgipfels zur Emanzipation“ (19/20052) ein und fordert, dass die Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz (19/20060) auch an Eltern gezahlt werden, die im Homeoffice arbeiten und ihre Kinder betreuen müssen, weil Kitas und Schulen geschlossen sind oder nicht im Regelbetrieb arbeiten. Die AfD wiederum, die in der Debatte eine prinzipielle Benachteiligung von Frauen bezweifelte, fordert eine Änderung des Bundesgleichstellungsgesetz (19/20069), damit zukünftig Männer ebenfalls über das aktive und passive Wahlrecht bei der Wahl von Gleichstellungsbeauftragten verfügen. Die Koalitionfraktionen von CDU/CSU und SPD lehnten die Forderungen in den Anträgen, die zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurden, zwar weitestgehend ab, teilten aber die Einschätzung, dass Frauen in der Corona-Krise sehr viel häufiger als Männer von Doppelbelastungen betroffen waren und sind. *aw*

Prävention und Strafen

AKTUELLE STUNDE Debatte über sexuellen Missbrauch

Seit Ende Mai in Münster ein 27-Jähriger festgenommen wurde und mit ihm ein bundesweiter Ring von mindestens 18 Pädokrimeinellen aufgeklügelt ist, tobt eine Debatte über ein höheres Strafmaß für Kindesmissbrauch und Kinderpornografie. In der vergangenen Woche ging diese Debatte im Bundestag mit einer Aktuellen Stunde in die nächste Runde. In der nächsten Sitzungswoche soll der Bundestag über einen Gesetzentwurf beraten. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) stellte klar, es dürfe keine minderschweren Fälle von Kindesmissbrauch mehr geben. Auch der Besitz von Kinderpornografie, hinter dem ein Verbrechen steht, soll nach dem Willen der Ministerin künftig als Verbrechen eingestuft werden. Sie kündigte darüber hinaus eine Fortbildungspflicht für Familienrichter an und warb für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Beim Koalitionspartner CDU/CSU stieß sie damit auf Skepsis. So erwiderte Thorsten Frei (CDU): „Im Grundgesetz steht nichts, was uns hindert, alles Mögliche zu tun, um unsere Kinder besser zu schützen.“ Grüne, Linke und SPD unterstützten dagegen den Vorschlag der Ministerin. Mariana Harder-Kühnel (AfD) betonte: „Es darf keine Entkriminalisierung von Pädokrimeinellen geben. Wir brauchen endlich härtere Strafen.“ Nicht nur die Mindeststrafen müssten erhöht, auch müsse das Strafmaß öfter ausgeschöpft werden. Katja Suding (FDP) forderte: Was bisher als „Vergehen“ eingestuft werde, müsse als Verbrechen eingestuft werden mit einem Mindeststrafmaß von einem Jahr. Jedoch dürfe man sich nicht einer Ausweitung des Strafmaßes nicht begnügen, denn Kinder besser zu schützen funktioniere nur mit einer besseren Prävention. Norbert Müller (Die Linke) argumentierte ähnlich: Man wisse doch, dass harte Strafen die Täter nicht von ihren Strafen abhalten würden. „Was Täter ernsthaft erschrickt, ist die Sorge, erwischt zu werden.“ Deshalb brauche man einen anderen Ansatz, der unter anderem die Kinder selbst stärke. Katja Dörner (Grüne) nannte die abschließliche Diskussion über das Strafmaß verfehlt. Man müsse stattdessen über Kinderschutz reden und damit über die mangelhafte Ausstattung von Jugendämtern, Gerichten und Ermittlungsbehörden. Dirk Wiese (SPD) betonte ebenfalls, das Strafrecht sei nur die eine Seite der Medaille. „Wir brauchen eine Stärkung der Prävention in Kitas, Jugendämtern und bei Projekten.“ *Claudia Heine*

Rechtssicherheit für Opfer

CONTERGAN Ansprüche dürfen nicht aberkannt werden

Contergangeschädigten Menschen soll ihr Anspruch auf Leistungen nach dem Conterganstiftungsgesetz – insbesondere auf die lebenslanglich gewährte monatliche Conterganrente – grundsätzlich nicht mehr aberkannt werden können. Der Bundestag verabschiedete eine entsprechende Gesetzesvorlage der Koalitionfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/19498) zur Novellierung des Conterganstiftungsgesetzes am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen aller Fraktionen. Eine Aberkennung von Leistungen soll nur noch im Fall von vorsätzlich falschen oder unvollständigen Angaben des Leistungsempfängers möglich sein. Nach der bisherigen Rechtslage war eine Aberkennung möglich, wenn körperliche Fehlbildungen aufgrund späterer Erkenntnisse nicht mehr mit der Einnahme von thalidomidhaltigen Präparaten der Firma Grünenthal in Verbindung gebracht werden konnten. Ein Nachweis über den Zusammenhang zwischen den Fehlbildungen und der Einnahme der Präparate sei aber inzwischen nicht mehr oder nur noch sehr schwer möglich, heißt es in der Gesetzesbegründung. Wegen der Einnahme des Beruhigungs- und Schlafmittels Contergan kam es Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre bei Neugeborenen zu einer Häufung

KURZ NOTIERT

Novelle des Entsendegesetzes

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einem Gesetzentwurf (19/19371; 19/20145) der Bundesregierung zur Novellierung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in geänderter Fassung zugestimmt. Mit dem Gesetz soll eine EU-Änderungsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Demnach sollen bundesweite allgemeinverbindliche Tarifverträge nicht mehr nur im Baugebiet gelten, sondern „in allen Branchen nach dem AEntG auf Arbeitgeber mit Sitz im Ausland“ angewendet werden, wenn diese Arbeitnehmer im Inland beschäftigen.

Linke fordert sofortige Erhöhung des Mindestlohns

Die Linke fordert in einem Antrag (19/20030), den gesetzlichen Mindestlohn in einem Schritt von derzeit 9,35 Euro auf zwölf Euro je Stunde zu erhöhen. Dies sei nötig, um einen angemessenen Mindestschutz der Beschäftigten zu erreichen und faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen. Die Zwölf-Euro-Forderung orientiere sich an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze (60 Prozent des Medianlohns). Die Erhöhung auf das neue Niveau würde den Mindestlohn nicht nur armutsfest und existenzsichernd machen, sie würde gleichzeitig auch die Tarifbindung stärken, schreibt die Fraktion. Der Antrag wurde in der vergangenen Woche erstmals beraten und in die Ausschüsse überwiesen. *che*

Ausgabe von Reisegutscheinen statt Rückerstattung

Die Ausgabe freiwilliger Reisegutscheine statt einer sofortigen Rückerstattung des Reisepreises sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Abmilderung der Pandemiefolgen im Pauschalreisevertragsrecht vor (19/19851). Viele Reiseunternehmen stünden wegen der Pandemie vor großen Herausforderungen, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) in der ersten Lesung vergangene Woche. Der Entwurf berücksichtige die Interessen der Verbraucher, die sich für Geld oder Gutscheine entscheiden könnten, als auch der Firmen, die nicht durch die Auszahlung von geleisteten Anzahlungen in Schwierigkeiten kommen sollen. Die Gutscheine sollen gegen eine Insolvenz des Reiseveranstalters abgesichert werden. *mwo*

FDP und Grüne wollen Transsexuellengesetz ersetzen

Gesetzentwürfe der Grünen (19/19755) und der FDP (19/20048) zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes (TSG) hat der Bundestag am Freitag an die Ausschüsse überwiesen. Danach soll das TSG durch ein „Selbstbestimmungsgesetz“ beziehungsweise „Gesetz zur Selbstbestimmung über die Geschlechtsidentität“ ersetzt werden. Die beiden Vorlagen zielen zudem auf ein Verbot genitalverändernder chirurgischer Eingriffe bei Kindern ab. Überwiesen wurde auch ein Linken-Antrag (19/17791) mit dem Titel „Fremdbestimmte Operationen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen – Aufarbeiten, Entschuldigen und Entschädigen“. *sto*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Der General und der Verdacht

VERTEIDIGUNG Probleme mit Rechtsextremisten in der Truppe dominieren Debatte über den Bericht des Wehrbeauftragten



In der Kritik: In den vergangenen Wochen mehrten sich Berichte über Rechtsextremisten beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr.

© picture-alliance/dpa

Der nicht unbedingt freiwillig aus dem Amt geschiedene Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels steckte noch im hauptstädtischen Stau fest, als ihm vergangenen Freitag seine Nachfolgerin Eva Högl ebenso wie Vertreter aller Fraktionen für seine geleistete Arbeit dankte. So auch für den von ihm vorgelegten Wehrbericht 2019 (19/16500), den Högl – kaum vier Wochen im Amt – dem Bundestag vorstellen durfte. Dessen Inhalt freilich stimmte weder die Wehrbeauftragte, noch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und auch die Abgeordneten nicht glücklich. Die Bundeswehr leide nach wie vor unter „zu wenig Material, zu wenig Personal und zu viel Bürokratie“, sagte die Wehrbeauftragte. Seit 2016 arbeite das Verteidigungsministerium zwar engagiert an einer Trendwende. Obgleich eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden, seien aber im Arbeitsalltag der Soldaten kaum konkrete Verbesserungen spürbar gewesen, sagte Högl.

»Kein Generalverdacht« Die Wehrbeauftragte ging auch auf die rechtsextremen Verdachtsfälle beim Kommando Spezialkräfte (KSK) ein. Das Agieren von Brigadegeneral Markus Kreitmayr, der in einem offenen Brief Verfassungstreue angemahnt und Soldaten, „die mit dem rechten Spektrum sympathisieren“, zum Austritt aus der Truppe aufgefordert hatte, sei „vorbildlich und gelebte innere Führung“ befand sie. Zugleich betonte Högl: „Es darf keinen Generalverdacht gegenüber dem KSK und der gesamten Bundeswehr geben.“

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sagte, man sei es der überwiegenden Mehrheit der Soldaten, die sich verfassungstreue verhielten, gegenüber schuldig, „dass all diejenigen, die das nicht tun, in der Bundeswehr erkannt und aus ihr entfernt werden“. Zugleich müssten die Rahmenbedingungen, die ein solches Verhalten begünstigen, abgestellt werden. Dieser Aufgabe stelle sich das Ministerium, sagte Kramp-Karrenbauer.

»Gesinnungsdiktatur« Berengar Elsner von Gronow (AfD) warnte hingegen vor einer Gesinnungsdiktatur und einseitiger politischer Indoktrinierung in der Bundeswehr. Eine Bestrafung von zulässigen, „aber nicht den Vorgaben entsprechenden Ansichten“ wie im National- und Realsozialismus dürfe es in den Streitkräften nicht geben. Soldaten seien freie Bürger in einem freien Land. Der AfD-Abgeordnete machte deutlich, dass es in der Bundeswehr keine Extremisten geben dürfe. Mit dem erwähnten Brief schieße der KSK-Kommandeur aber über das Ziel hinaus, „und das mit voller Unterstützung der Verteidigungsministerin“, kritisierte er. Eberhard Brecht (SPD) erinnerte daran, dass 2020 rund 45 Milliarden Euro – und damit neun Prozent des Bundeshaushalts – für Verteidigung ausgegeben würden. Das Parlament stehe daher sowohl gegenüber den Steuerzahlern aber auch den Soldaten in einer besonderen Verantwortung. Brecht verwies auf Erfolge, die im Wehrbericht angeführt würden. So habe es Verbesserungen bei der Zulagenhöhe und dem Trennungsgeld gegeben, aber auch neue Therapieformen bei Posttraumatischen Belastungsstörungen. Dennoch sei es nicht akzeptabel,

wenn der Bundestag einerseits zwischen 2014 und 2019 einem Aufwuchs des Verteidigungshaushalts von 32 auf 45 Milliarden Euro zugestimmt habe, „die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aber andererseits nicht nennenswert gesteigert werden konnte“. Die Regierung muss endlich handeln und diesen extremistischen Stall ausmisten“, forderte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Es gelte herauszubekommen, ob es Netzwerke gebe, „die von außen auf die Bundeswehr einwirken“. Mit Blick auf die bekanntgewordene Weitergabe von Informationen eines Mitarbeiters des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) an einen KSK-Soldaten, sagte die FDP-Politikerin, es sei schauerlich, dass in Sicherheitsdiensten „solche Leute sitzen“. Bei der Bekämpfung

von Extremisten sei die FDP an der Seite der Wehrbeauftragten, sagte Strack-Zimmermann. Im Auge behalten müsse man aber, dass 99,9 Prozent der Soldaten mit beiden Beinen „fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“. Auf die „stetig wachsende Belastung“ der Soldaten – auch durch die Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr – verwies Christine Buchholz (Linke). Die Stehzeit im Einsatz sei von vier auf sechs Monate verlängert worden, „obwohl das die Belastung der Familien massiv erhöht“. Buchholz forderte die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Was die rechtsextremistischen Tendenzen beim KSK angeht, so vertrat sie die Meinung, dass eine solche „Geheimtruppe“ nicht nur im Widerspruch zu parlamentarischer Kontrolle stehe, sondern auch ein Nährboden für rechtes Gedankengut biete. Tobias Lindner (Grüne) kritisierte die aus seiner Sicht mangelnde Informationspolitik der Verteidigungsministerin. Lediglich über die Presse hätten die Abgeordneten von den Zuständen beim KSK erfahren. Zugleich betonte Lindner, hinsichtlich der Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sei nicht allein Geld das Problem, „sondern die Prozesse dahinter“. Seine Fraktion begrüße es, dass die Ministerin dies zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit in diesem Jahr machen wolle. Für die Unionsfraktion stellte Anita Schäfer (CDU) fest: „Die Bundeswehr akzeptiert keine Extremisten in ihren Reihen.“ Die Union stehe ganz fest an der Seite der Soldatinnen und Soldaten und unterstütze sie dabei, die Probleme zu lösen. Sie sei froh, dass auch die Verteidigungsministerin das Thema sehr ernst nehme. Götz Hausding

> STICHWORT

Bericht des Wehrbeauftragten

> **Beschwerden** 2019 gingen 2.459 Eingaben von Angehörigen der Bundeswehr beim Wehrbeauftragten ein. Ein Jahr zuvor waren es 2.534.

> **Belästigungen** Die Zahl der gemeldeten Fälle von sexuellen Übergriffen und Belästigungen in der Truppe stieg von 288 (2018) auf 345 im Jahr 2019.

> **Rechtsextremismus** Der Militärische Abschirmdienst (MAD) ermittelte 2019 in 363 neuen Verdachtsfällen wegen Rechtsextremismus. 45 Soldaten wurden vorzeitig entlassen.

Amthor unter Druck

LOBBYISMUS Linke attackiert CDU-Abgeordneten

Abgeordnete sollten die Logos von Firmen, für die sie tätig seien, auf ihren Jacketts tragen, meinte Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch vergangenen Freitag im Bundestag: „Mancher hier im Haus würde aussehen wie ein Formel-1-Rennfahrer.“ Seine Fraktion hatte zum Ausklang der Sitzungswoche die Aktuelle Stunde zum Thema „Lobbyismus – Transparenz bei möglicher Einflussnahme“ verlangt. Bartsch nutzte sie vor allem zur Attacke auf den CDU-Bundestagsabgeordneten Philipp Amthor aus Mecklenburg-Vorpommern. Dass dieser bei der Bundestagsdebatte fehlte, nannte Bartsch „wirklich feige und unentschuldigbar“. Angesichts der von ihm angeprangerten Verbindung zwischen politischem Mandat und ökonomischen Interessen fragte Bartsch: „Wie konnte bei einem Mann von der Kürste der politische Kompass so versagen?“ Amthor hatte seine offenen Kontakte mit Reisen, Hotelaufenthalten, Aktienoptionen und Direktorenposten verbundene Tätigkeit für das US-Unternehmen Augustus Intelligence als „Fehler“ bezeichnet. Dies sei eine Verniedlichung, meinte Bartsch: Es sei über zwei Jahre gegangen und Amthor sei enttarnt worden. Auf mehr Lobbyismus-Transparenz hob Patrick Sensburg (CDU) ab. Im Geschäftsausschuss des Bundestags sei beschlossen worden, im September die hochkomplizierte Materie eines Lobbyregisters zu erörtern. Daran zu arbeiten, sei sinnvoller, als einen Kollegen niederzumachen, hielt er Bartsch vor. Amthor sei in der Aufklärungspflicht. Bis jetzt kenne keiner die Sachverhalte.

Enrico Komning (AfD) sagte: „Wir handeln für das Allgemeinwohl und nicht für das eigene Interesse.“ Kommunikation mit Fachleuten führe zu besseren Entscheidungen, müsse aber transparent sein. Er sprach sich dafür aus, dass die Existenzgrundlage von Abgeordneten nicht auf dem Mandat, sondern auf einem Beruf basieren solle. Matthias Bartke (SPD) meinte, die Sache Amthor sei kein Fall für ein Lobbyregister, sondern für den Staatsanwalt. Die SPD sei in der Vergangenheit immer für ein Lobbyregister gewesen. Die Große Koalition werde zeitnah ein entsprechendes Gesetz vorlegen. Die Frage, wer Lobbyist ist, sei bisweilen schwierig zu beantworten. Der Gesetzesvorschlag werde mit Augenmaß erstellt. Marco Buschmann (FDP) machte geltend, Lobbyismus gehöre zur Demokratie. Mit dem Fall Amthor habe dies aber nichts zu tun. Betroffene Lobbyisten hätten ihm deutlich gemacht, dass ihre Tätigkeit nicht damit in einen Topf geworfen werden dürfe. Bei dem Register gehe es nicht um Abgeordnete, sondern um Transparenz, ob etwa eine Gruppe im Parlament in überproportionaler Weise etwas durchsetzen wolle. Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) stellte fest, dass der Fall Amthor nicht aufgeklärt sei. Es stellten sich noch zahlreiche offene Fragen an den Abgeordneten – insbesondere bei dem Punkt, ob er Gegenleistungen erhalten habe, die schon nach den gegenwärtigen Regelungen nicht erlaubt sind. Neben mehr Transparenz beim Lobbyismus müsse es auch striktere Regeln für die Veröffentlichung von Nebentätigkeiten der Abgeordneten geben. *fla*

»Wir waren immer schon für ein Lobbyregister.«

Matthias Bartke (SPD)

Klingeln beim Gefährder

FALL AMRI Wie Berlins Polizei 2016 ein Attentat vereitelte

Wer hätte das ahnen können? Hoch explosive Tri-Aceton-Tri-Peroxid, kurz TATP, womöglich kiloweise. Nie und nimmer hätte man Kollegen einem solchen Risiko ausgesetzt. Aber es ahnte eben niemand etwas, als am 26. Oktober 2016 zwei uniformierte Streifenbeamte im dritten Obergeschoss eines Hauses im Berliner Stadtteil Buch bei Magomet Ali Chamagow klingelten. Dabei war dieser Chamagow den Behörden als islamistischer Gefährder längst bekannt, was ihm letztlich auch den unangekündigten Besuch eingetragen hatte. Dass jedoch Chamagow, als die Polizei bei ihm vor der Tür stand, gemeinsam mit seinem Kumpel Clément Baur und dem späteren Breitscheidplatz-Attentäter Anis Amri damit beschäftigt war, einen Anschlag auf das Gesundbrunnen-Center zu planen und in seiner Wohnung wahrscheinlich schon den Sprengstoff hortete, wurde erst anderthalb Jahre später durch einen Hinweis aus Frankreich in Berlin bekannt. Kriminalhauptkommissar R.W., der dem Amri-Untersuchungsausschuss in der vorigen Woche die Umstände des Besuchs bei Chamagow schilderte, leitet im Landeskriminalamt eine für verdeckte Observationen zuständige „Mobile Einsatzgruppe“. Dass seine Leute im Oktober 2016 zwei Tage in Buch verbrachten, erklärt sich mit einem besonderen „Gefährderkonzept“ der Berliner Behörden. Es besagt, dass die Polizei erkannte Verdachtspersonen in unregelmäßigen Abständen immer mal wieder diskret in den Blick nimmt. Im Fachjargon sei, erläuterte der Zeuge W., von „legendierten Kontrollen“ die Rede.

So stand seit dem 25. Oktober ein Wagen mit Beamten in Zivil vor Chamagows Wohnhaus, wo zudem eine Videokamera installiert war. Den ersten Tag über ließ sich Chamagow indes nicht blicken, und auch am 26. Oktober bekamen die Überwachter ihn zunächst stundenlang nicht zu sehen. Weiter ausharren, hieß das, denn, so erklärte der Zeuge, für den Erfolg einer „legendierten Kontrolle“ sei die Sichtung der Zielperson unabdingbar. Schließlich tauchte Chamagow auf, begleitet von einem Unbekannten. Ein Beamter schlüpfte mit den beiden ins Haus und stellte fest, dass sie in Chamagows Wohnung verschwanden. Der Auftrag war damit eigentlich erledigt, doch hätte Einsatzleiter W. gerne noch den Begleiter identifiziert und entschloss sich deshalb, Chamagow nochmals aus der Wohnung locken zu lassen. Dieser machte artig auf, als die Streifenbeamten unter dem Vorwand, ruhestörendem Lärm nachgehen zu müssen, bei ihm klingelten. Den zweiten Mann bekamen sie aber nicht zu Gesicht. Hätte er geahnt, dass die Wohnung womöglich ein Sprengstofflager beherbergte, nie hätte er den Einsatz angeordnet, sagte W. Ein Fehler also? Heute weiß man, dass das Erscheinen der Polizei auf Clément Baur einen so gravierenden Eindruck machte, dass er sich in Panik nach Frankreich absetzte. Die Attentatsplanung für das Gesundbrunnen-Center hatte sich erledigt. Insgesamt doch keine schlechte Bilanz, meinte der Zeuge: „Wir vermuten, dass wir durch die Flucht des Herrn Baur einen Anschlag in Berlin nebenbei verhindert haben.“ *Winfried Dolderer*

»Wir vermuten, dass wir nebenbei einen Anschlag verhindert haben.«

Kriminalhauptkommissar R.W.

Streit um extremistische Ränder

INNERES Die AfD will bundesweites Verbot der »Antifa« prüfen lassen

Die AfD-Fraktion verlangt, ein bundesweites Verbot der „Antifa“ zu prüfen, und fordert den Bundestag auf, sich zu einem gegen alle extremistischen Strömungen rechter, linker oder islamistischer Art gerichteten Grundkonsens zu bekennen und dabei insbesondere von antifaschistischen Gruppen zu distanzieren. Über zwei entsprechende Anträge der Fraktion debattierte der Bundestag am vergangenen Freitag. Der Antrag zum „antirechtsextremistischen Grundkonsens“ (19/13521) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt, der Antrag zum Verbot der Antifa (19/20074) wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Jens Maier (AfD) warf dem Bundestag vor, viel zu reden, aber über die „wirklichen Untaten“ zu schweigen. Er sei dankbar, dass der amerikanische Präsident da anders agiere und der Antifa den Kampf angesagt

habe. Dies erwarte er auch von der Bundesregierung, sagte Maier, der die Antifa als „organisierte Schlägerbanden“ bezeichne, die mittelbar sogar über öffentlichen Gelder finanziert würden. Marian Wendt (CDU) warf der AfD vor, nur von eigenen Problemen mit dem Rechtsextremismus ablenken zu wollen. „Die Partei ist bis heute nicht mutig genug, den Mord an Walter Lübke zu verurteilen. Schämen Sie sich“, sagte er. Linda Teuteberg (FDP) sagte: „Wir nehmen die Gewaltenteilung so ernst, dass wir den Behörden keine Anweisungen aus dem Bundestag erteilen, wen sie zu beobachten haben.“ Uli Grötsch (SPD) appellierte an die AfD: „Wenn Sie an einer sachlichen Debatte interessiert sind, dann hören Sie auf, Randalierer mit Antifaschisten in einen Topf zu werfen.“

Martina Renner (Die Linke) lobte ausdrücklich mehrere sich als antifaschistisch verortende Initiativen. So hätte es ohne dieses Engagement unter anderem das Verbot der rechtsextremen Vereinigung Combat 18 nicht gegeben. „Wir vergessen nicht die Namen der Opfer und die Namen der Täter“, betonte sie. Manuela Rottmann (Grüne) warf der AfD vor, die Anträge auf der „Falschbehauptung“ aufzubauen, Antifaschismus sei gleich Linksextremismus. Dies wolle gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus mundtot machen. *che*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

Kürschners Handbücher: Wissen, wer entscheidet ...

Kürschners Handbuch Bundesregierung
364 Seiten, 16,80 EUR

Kürschners Handbuch Europäisches Parlament
260 Seiten, 16,80 EUR

Kürschners Handbuch Deutscher Bundestag
352 Seiten, 9,80 EUR

Kürschners Politikkontakte
NDV GmbH & Co. KG
Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach

Postfach 1560
53585 Bad Honnef

Telefon 02224 3232
Telefax 02224 78639
E-Mail info@kuerschners.com

www.kuerschners.com

Das Standardwerk zur Bundesregierung!
Der Klassiker auch als E-Book

Dauerbrenner Gremienwahl

KULTUR Die Wahl zu den Kuratorien der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ und der „Stiftung Deutsches Historisches Museum“ (DHM) hat sich für die AfD-Fraktion zum parlamentarischen Dauerbrenner entwickelt. Seit Monaten versucht die Fraktion erfolglos in immer neuen Wahlgängen eine Mehrheit für ihre vorgeschlagenen Kandidaten zu bekommen. In der vergangenen Woche verweigerte der Bundestag zum neunten Mal mehrheitlich die Zustimmung zur Wahl der Abgeordneten Nicole Höchst in das Kuratorium der Stiftung des Holocaust-Mahnmal und des Abgeordneten Uwe Witt in das Kuratorium der Stiftung des Holocaust-Mahnmal. Wiese tritt die Nachfolge von Eva Högl an, die Ende Mai das Amt des Wehrbeauftragten übernahm und deshalb aus dem Bundestag ausschied. Zudem wählte der Bundestag Katrin Budde (SPD) in das Kuratorium der DHM-Stiftung. Sie tritt die Nachfolge ihres ehemaligen Fraktionskollegen Johannes Kahrs an, der Anfang Mai sein Bundestagsmandat niedergelegt hat. aw

KURZ NOTIERT

Linke fordert mehr Schutz für Journalisten

Nach dem Willen der Linken sollen Pressevertreter besser gegen Übergriffe und Gewalt geschützt werden. In einem Antrag (19/20032), der in der vergangenen Woche ohne Aussprache in die Ausschüsse überwiesen wurde, fordert sie die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern und Journalistenverbänden eine entsprechende Strategie zu erarbeiten. Zudem sprechen sich die Linken für verbindliche Module zur Rolle der Presse und zum Umgang mit Journalisten in der Ausbildung der Polizei aus. aw

Modernisierung des Schriftenbegriffs

Nach dem Willen der Bundesregierung soll der Schriftenbegriff im Strafgesetzbuch modernisiert werden. Den entsprechenden Gesetzentwurf (19/19859) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in die Ausschüsse. Danach soll der Schriftenbegriff zu einem Inhaltsbegriff fortentwickelt werden. Anstatt auf das Trägermedium solle zukünftig als Oberbegriff auf den Inhalt selbst abgestellt werden. Da dies mehrere Änderungen im Pornografiestrafrecht erfordere, sollen dort zudem Korrekturen an Tatbeständen vorgenommen werden. So sollen im Paragraphen über die Schuldenfähigkeit die Begriffe „Schwachsinn“ und „Abartigkeit“ durch die Begriffe „Intelligenzminderung“ und „Störung“ ersetzt werden. mwo

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Die Perspektive wechseln

FAMILIE Linke und Grüne wollen Corona-bedingte Nachteile für Kinder beseitigen

Während des Corona-Lockdowns wurde sehr viel über die besonderen Belastungen für Familien berichtet. Eltern mussten plötzlich Arbeit und Schulprogramm gleichzeitig bewältigen, nicht allen gelang dies gleich gut. Nach Ansicht von Grünen und Linken wurde jedoch in den vergangenen Wochen zu viel über, aber viel zu wenig mit den Kindern über deren besondere Bedürfnisse geredet. Um dies zu ändern, haben beide Fraktionen mehrere Anträge vorgelegt. Zwei Linken-Anträge zum Kindergipfel (19/19145) und für einen Familien-Rettungsschirm (19/18941) sowie ein Grünen-Antrag zu den Rechten von Kindern (19/19146) wurden im Anschluss an die Bundestagsdebatte dazu am vergangenen Freitag abgelehnt. Zwei weitere Linken-Anträge für ein „Qualitätskitagesetz“ (19/20025) und für ein Investitionsprogramm (19/20029) zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit wurden zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ungleicher Kampf: Demonstranten bewerfen am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin sowjetische Panzer mit Steinen. © picture-alliance/akg-images

Der Aufstand

GESCHICHTE Bundestag debattiert über die Bedeutung des 17. Juni 1953 und würdigt den Mut der Ostdeutschen

Zumindest auf die einleitenden Worte von Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) zur Debatte über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 konnten sich alle Fraktionen einigen: „In Ostberlin und in vielen anderen Städten der DDR kämpften die Menschen damals gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für Freiheit und Selbstbestimmung. Dieser Aufstand wurde brutal niedergeschlagen. Dass der Drang nach Freiheit und der Wunsch der Menschen in Ostdeutschland nach Selbstbestimmung ungebrochen blieben, zeigte sich dann 1989, als die Menschen mit friedlichen Mitteln die Mauer zum Einsturz brachten. Das war eine große Bereicherung für unsere Geschichte, und dafür sind wir den Menschen im damaligen Ostdeutschland bis heute zutiefst dankbar.“ An dieser Stelle

vermerkten die die Stenographen des Bundestages „Beifall im ganzen Haus“ im Protokoll der Sitzung vom vergangenen Mittwoch. Doch der weitere Verlauf der Debatte offenbarte, dass die Interpretationen der historischen Ereignisse in der DDR beziehungsweise die daraus zu ziehenden Schlüsse durchaus unterschiedlich ausfallen können.

»Unrechtsstaat« Für den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), ist der 17. Juni 1953 etwa ein weiterer Beleg für einen politisch umstrittenen Vokal: „Die DDR hat die Freiheit vieler Einzelner systematisch brutal beschneidet. Sie war ein Unrechtsstaat.“ An dieser Stelle klatschten lediglich die Abgeordneten der Union, der AfD und der FDP. Auch wenn sich Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag in Thüringen Anfang des Jahres noch

auf die Formulierung geeinigt hatten, dass die DDR „eine Diktatur, kein Rechtsstaat“ war, ist der einst von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer während des Prozesses gegen den Wehrmachtsgeneralmajor Otto Ernst Remer benutzte Begriff „Unrechtsstaat“ für viele Linke, Sozialdemokraten und Grüne mit der nationalsozialistischen Diktatur verbunden.

Katrin Budde (SPD) ordnete den Volksaufstand vom 17. Juni in der DDR in die Entwicklungen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Die Politik der SED in den Jahren 1952 und 1953, der Beschluss, „den Sozialismus planmäßig aufzubauen“, die Umwandlung der kasernierten Volkspolizei zu einer Armee, die Enteignungen und die Überführung von fast allen Betrieben in das sozialistische Eigentum, die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, die Auflösung der Länder und die Einführung der 14 Bezirke, über die die

SED die vollständige politische Kontrolle übernahm, habe „das Ende aller demokratischen Möglichkeiten“ bedeutet, führte Katrin Budde aus. Der Volksaufstand aber sei der „erste Nadelstich, der den Sozialismus, der die Diktaturen in der DDR und Osteuropa, der die Macht der Sowjetunion ins Wanken gebracht hat“ gewesen.

Monika Lazar (Grüne) fügte an, dass auf diesen ersten Nadelstich 1956 der Ungarnaufstand, der Prager Frühling 1968, die Streiks und Demonstrationen in Polen in den 1970er- und 1980er-Jahren und schließlich das Ende der Diktaturen in Osteuropa Ende der 1980er Jahre folgten. „Das alles zeigt uns: Der Wunsch nach Freiheit lässt sich nicht für immer mundtot machen und von Panzern überrollen“ sagte Lazar und appellierte: „Die Opfer des 17. Juni 1953 mahnen uns, die Werte von Freiheit und Demokratie hochzuhalten und zu verteidigen, und das muss auch weiterhin unsere gemeinsame Aufgabe sein.“ Dafür gab es Beifall aus allen Fraktionen mit Ausnahme der AfD.

»Causa Borchert« Aus dem 17. Juni sei die Lehre zu ziehen, „dass Sozialismus immer mit Gewaltherrschaft einhergeht“, betonte Leif-Erik Holm (AfD). Deshalb müsse „jeden, der die Freiheit schätzt“ das „Kuscheln der Altparteien mit der umbenannten SED“ erschrecken. Selbst die Union feiere „nach dem Motto ‚Einmal Blockpartei, immer Blockpartei‘“ Verbrüderung mit der SED. Anders sei es nicht zu erklären, dass die CDU in Mecklenburg-Vorpommern die „Betonkommunistin“ Barbara Borchert zum Amt einer Verfassungsrichterin verholten habe, montierte Holm. Borchert relativiere bis heute die vielen Mauer-toten. „Die CDU hat damit das Erbe der Wiedervereinigung und auch das Erbe der mutigen Männer des 17. Juni verraten.“

Auch FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg griff die „Causa Borchert“ auf: „Berufsfreiheit, Eigentumsfreiheit und die Freiheit zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften sind Inhalte unseres Grundgesetzes. Und wer sagt, er sei nur zum Hüten der Verfassung da, das habe mit der Wirtschaftsordnung nichts zu tun, der hat unser Grundgesetz leider nicht verstanden“, führte Teuteberg in Anspielung auf Äußerungen Borcherts aus. Gerade der Volksaufstand vom 17. Juni habe gezeigt, dass politische Freiheit und wirtschaftliche Freiheit zusammengehören. „Viele deuten die Ereignisse entweder nur als Arbeiteraufstand im Gegensatz zu einer Demokratiebewegung oder nur als demokratische Bewegung. Beides gehört aber zusammen und ist kein Gegensatz“, sagte die Liberale.

Für die Linken stellte Petra Pau dann klar: „Unser Bruch mit dem Stalinismus als System von 1989 gilt unwiderruflich. Wer das infrage stellt, ist kein Linker.“ Ebenso sei ein Sozialismus, in dem soziale Rechte und Freiheits- und Bürgerrechte nicht als gleichwertig gelten, kein Sozialismus. Pau zog auch eine andere Lehre aus dem 17. Juni 1953: Die soziale und politische Krise in der DDR sei damals durch den Kalten Krieg und das Wettrennen zwischen den USA und der UdSSR beschleunigt worden. Deshalb sei ihre Partei „aus historischen, aus sozialen und aus Friedensgründen“ gegen die Militarisierung der Politik und die Aufrüstung, wie sie aktuell wieder zu beobachten sei.

»Fröhlicher Patriotismus« Eine ganz andere Botschaft verkündete der CDU-Abgeordnete Manfred Grund: „Wir gedenken heute des 17. Juni, und wir freuen uns auf unseren neuen Nationalfeiertag, den wir zum 30. Mal feiern, den 3. Oktober. Die Freiheitskämpfer von 1989 stehen auf den Schultern der Freiheitskämpfer von 1953.“ Dies sei Anlass für einen „fröhlichen Patriotismus“. Alexander Weinlein

KURZ REZENSIIERT



Emmanuel Saez, Gabriel Zucman:

Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert. Suhrkamp Verlag, Berlin 2020; 279 S., 22 €

„Das zeigt, wie smart ich bin“, brüstete sich Donald Trump im US-Präsidentenwahlkampf 2016. Vor der versammelten Fernsehzuschauer freute er sich des Umstands, keine Bundeseinkommensteuer zu zahlen. Gleichzeitig brach er mit einer seit den 1970er Jahren etablierten Tradition und weigerte sich, seine Steuererklärung offenzulegen.

Den Ökonomen Saez und Zucman von der University of California dient Trumps Geständnis nur als anekdotischer Beleg für das ungerechte US-Steuersystem. Während die Einkommen der Reichen immer neue Höchststände erklommen und sie die Früchte der Globalisierung ernteten, wurden ihre Steuersätze reduziert. Die Arbeiter machten die gegenteilige Erfahrung: Ihre Einkommen stagnierten, ihre Arbeitsbedingungen verschlechterten sich, ihre Schuldenlast wuchs und die Steuern stiegen.

In ihrem überzeugenden und auch für Laien gut verständlichen Buch weisen Saez und Zucman nach, dass das Steuersystem seit den 1980er-Jahren die Vermögenden reicher machte und diejenigen ärmer, die von ihren Arbeitseinkommen leben müssen. Ausdrücklich warnen die beiden Ökonomen die Europäer vor diesem Weg. Sie weisen darauf hin, dass es sich bei der Einkommens- und Vermögenskonzentration um ein globales Phänomen handelt, das die EU durch Steuerkonkurrenz keinesfalls weiter befördern sollte. Als Ausweg schlagen sie eine gemeinsame Steuerpolitik vor.

Neben Empfehlungen für mehr Steuergerechtigkeit präsentieren die Autoren auch programmatische Thesen: Danach führt die Existenz von Steueroasen dazu, dass führende Wirtschafts- und Industrienationen wie die USA, Deutschland oder Frankreich Gefahr laufen, zu den größten Verlierern des Steuerwettbewerbs zu werden. Zudem sollten die Vermögenden nicht vergessen, dass die Infrastruktur aus Steuern finanziert werde. Zu deren Erhalt müssten sie einen gerechten Anteil beitragen. manu



Gerd Hankel:

Das Dilemma. „Entwicklungshilfe“ in Afrika. Ein Erfahrungsbericht.

Verlag zu Klampen, Springe 2020; 148 S., 16 €

„Den Afrikaner“ gibt es genauso wenig, wie „den Europäer“. So lapidar beginnt der Völkerrechtler Gerd Hankel seinen düsteren Erfahrungsbericht über seine 20-jährige Arbeit in Zentralafrika. Der Autor von Büchern über den Völkermord in Ruanda beschreibt die Dorf-Gerichte, Versöhnungsrituale und das politische Leben unter dem autoritären Präsidenten Paul Kagame. Deutschland, so klagt Hankel, unterstütze mit seiner Entwicklungshilfe dessen antidemokratisches Treiben weiterhin.

Der Afrika-Kenner fragt, warum mehr als fünf Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit die Lage in Afrika weiterhin von Armut und Hunger, Gewalt und Perspektivlosigkeit geprägt wird. Dabei sei die internationale Entwicklungshilfe von jährlich mehr als hundert Milliarden US-Dollar, die größtenteils Afrika zugute komme, „ein Beitrag, der etwas zu bewegen vermag“. Das Ergebnis jedoch sei „dürftig bis beschämend“. Die Fortschritte würden durch Korruption, Klientelismus und Inkompetenz zunichte gemacht. Projekte würden nur finanziert, um im Land präsent zu bleiben, wirtschaftliche Interessen durchzusetzen oder um politischen Einfluss zu nehmen.

Hart geht Hankel mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ins Gericht, die in Afrika weit entfernt von jeder Realisierung seien. Alltägliche Praxis seien hingegen die Ausplünderung der Bodenschätze, Umweltzerstörung sowie die aggressive Eroberung von Absatzmärkten, die es seit der Kolonisierung des Kontinents gebe. Hankel widerspricht der These, die Umstände erlaubten in vielen Ländern Afrikas noch keine demokratischen Verhältnisse. Dies sei Selbstbetrug. Die „besondere Form der afrikanischen Demokratie“ nütze nur den autoritären Regimen, ihre mafiotischen Strukturen zu stabilisieren und die Opposition zu unterdrücken. Zugleich würde so jene Migrationsbewegung erzeugt, die Europa mit der Entwicklungshilfe zu verhindern versuche. aw



Boris Johnson (im Vordergrund) vergangene Woche in der Videokonferenz mit EU-Ratspräsident Charles Michel, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli sowie EU-Chefunterhändler Michel Barnier. Auch in der fünften Verhandlungsrunde konnten sich beide Seiten nicht auf ein Brexit-Abkommen nach der Übergangsphase einigen. © picture-alliance/Photoshot

Verlängerung im Kosovo

KFOR Die Bundeswehr wird ihre Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) um ein weiteres Jahr fortsetzen. Vorgesehen ist die Entsendung von bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten. Ein entsprechender Antrag der Bundesregierung (19/19001) wurde vergangene Woche in namentlicher Abstimmung von 513 Abgeordneten angenommen, 152 stimmten mit Nein, fünf enthielten sich. Zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören laut Antrag neben der Unterstützung der „Entwicklung eines stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Kosovo“ die Unterstützung des Aufbaus der Kosovo Security Force „und anderer Akteure im Rahmen der Sicherheitssektorreform (SSR) unter Vorbereitung der weiteren Einbindung in euro-atlantische Strukturen“.

Die Bundesregierung betont, „aufgrund der zunehmenden Stabilität in den vergangenen Jahren entlang der Nato-Planungen und in Abstimmung mit unseren Partnern Anpassungsschritte an der deutschen Beteiligung an KFOR“ vorgenommen zu haben. „Dazu gehörten der im Dezember 2018 vollzogene Abzug der Bundeswehr aus dem Feldlager Prizren sowie die Konzentration deutscher Kräfte am Standort Pristina.“ Mit der fortgesetzten und konstanten Beteiligung an KFOR unterstreiche die Bundesregierung ihr Engagement zur Stabilisierung von Frieden und Sicherheit in der Region.

Die Kosten für die einsatzbedingten Zusatzausgaben beziffert die Bundesregierung auf insgesamt rund 16,6 Millionen Euro. *ahf*

Volles Risiko

GROSSBRITANNIEN Ein Brexit ohne Abkommen mit der EU wird immer wahrscheinlicher

In vollem Tempo rast Boris Johnson auf die Brexit-Mauer zu, wieder einmal. Unmittelbar vor dem Juni-Rat der EU ließ der britische Premier mitteilen, dass er keine Verlängerung der bis Ende 2020 laufenden Übergangsphase beantragen werde. Damit ist Neujahr endgültig Schluss, der Brexit vollzogen. Unabhängig davon, ob Johnson sich mit Brüssel auf einen Vertrag einigen kann.

Die Basta-Politik des Konservativen mag in der aktuellen Coronakrise erstaunen. Sie ist aber lediglich eine Wiederholung seiner Taktik aus dem Herbst 2019. Auch damals hatte Johnson alles auf eine Karte gesetzt und war am Ende mit einem Deal nach Hause gekommen. Ungestraft zog er den einstigen Koalitionspartner seiner Vorgängerin Theresa May, die nordirische DUP, über den Tisch. Dass ein britischer Premier Kontrollen zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs zulassen würde, das hatte May noch kategorisch mit Hinweis auf die territoriale Integrität ausgeschlossen. Bei Johnson ging das auf einmal, weil er seinen Bürgern zu Hause nur die halbe Wahrheit zu verkaufen verstand.

Für London geht es grundsätzlich um neu errungene nationale Souveränität.

„Wir haben einen ofenfertigen Deal!“, so hieß seinerzeit der Slogan. Erst Monate später, als er die Parlamentswahl gewonnen und den Brexit-Vertrag durchs Parlament gebracht hatte, gestand er ein: Sehr wohl wird es künftig an und in der Irischen See Kontrollen geben.

Wird es auch dieses Mal wieder eine Johnson-Show geben, in der der Brite am Ende den Forderungen der EU-27 weitgehend nachgibt, sie aber zu Hause als Sieg verkauft? Das ist gut möglich. Zumal sein Land im Herbst in die tiefste Wirtschaftskrise seit 300 Jahren zu stürzen droht. Um bis zu 14 Prozent könnte das Bruttoinlandsprodukt laut OECD einbrechen und jeder zehnte Brite seinen Job verlieren. Weil die britische Volkswirtschaft so stark serviceorientiert ist, ist der Schaden durch den Covid-19-Lockdown gravierender als in anderen Ländern. Einen No Deal vor Augen, der den Handel zwischen Insel und Kontinent mit einem Schlag am 1. Januar 2021 zum Erliegen bringen würde, könnten auch die härtesten Brexit-Anhänger Kompromissen mit den Europäern zustimmen. Für London geht es grundsätzlich um die „neu errungene“ na-

tionale Souveränität nach dem EU-Austritt. „Souveränität bedeutet die Fähigkeit, unsere eigenen Regeln in einer Art zu bestimmen, die zu unseren Voraussetzungen passen“, erklärte Londons Chefunterhändler David Frost vor einigen Monaten die Haltung seiner Regierung. Will heißen: Keine EU-Kommission, kein EU-Parlament und keine Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) haben dem Königreich je mehr etwas zu sagen.

Streit um Standards EU-Chefunterhändler Michel Barnier kontert diesen Anspruch regelmäßig mit der Ansage, dass auch die EU souverän sei und daher nur Angebote mache, die mit ihren Voraussetzungen zusammenpassen. Im Kern geht der Streit daher um Bereiche, in denen dem nicht so ist. Beispiel ist das so genannte Level Playing Field. Dieser Grundsatz regelt, dass kein Vertragspartner den anderen unterbieten kann bei Standards für Umwelt, Arbeitnehmerrechten, Steuern und Staatsbeihilfen. Die Sorge der 27 Regierungen ist es, dass sie „einen Konkurrenten gleich vor der Haustür bekommen“, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) es einmal formulierte. Uneinigkeit herrscht auch bei der Frage, wer künftigen Streit etwa über Handelsfragen schlichtet. In Londons Augen darf das keinesfalls der EuGH sein. „Es liegt auf der Hand, dass es ohne Fische-

reiabkommen, ohne gleiche Wettbewerbsbedingungen und ohne starke Governance-Mechanismen kein umfassendes Handelsabkommen geben wird“, stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vergangene Woche im Europäischen Parlament klar. Niemand könne mit Sicherheit sagen, wo die Verhandlungen am Ende des Jahres stünden. „Mit Sicherheit weiß ich aber, dass wir dann alles getan haben werden, eine Einigung zu erzielen und mit dem Vereinigten Königreich als Drittstaat und als Nachbarn einen guten Start hinzulegen“, fügte von der Leyen hinzu.

Ob Johnson ebenfalls alles tun wird, um eine Einigung hinzubekommen, bleibt abzuwarten. Der Druck im Land wird durch die Corona-Krise mit Sicherheit nur wachsen. Schon jetzt war die deutliche Mehrheit der Briten für eine Verlängerung der Übergangszeit, mithin für eine weichere Linie. Gut möglich, dass die Brexit-Hardliner am Ende mit ihrem Prinzip, „Global Britain“ dürfe sich nicht von der EU „abhängig“ machen, unterliegen. *Stefanie Bolzen*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

> STICHWORT

Wie geht es weiter mit den Brexit-Verhandlungen?

> Übergangsphase Die Briten waren am 31. Januar aus der EU ausgetreten. In der Übergangsphase bis Jahresende bleibt das Land jedoch im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion. Bei den Verhandlungen über die künftigen Beziehungen und ein Handelsabkommen gab es bisher keine wesentlichen Fortschritte.

> Aufschub Eine Verlängerung der Übergangsfrist wäre nach dem mit der EU vereinbarten Austrittsvertrag um ein oder zwei Jahre bis Ende 2021 oder Ende 2022 möglich. Das hat die britische Regierung vergangene Woche aber ausgeschlossen. Briten und die EU, vertreten durch Chefunterhändler Michel Barnier (Foto), wollen nun bis Ende Juli intensiver verhandeln.



© picture-alliance/ZUMA Press

»Die Vernetzung ist Basis unseres Wohlstands«

PARLAMENTSVERSAMMLUNG Finanzminister Deutschlands und Frankreichs verteidigen Wiederaufbauhilfen

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat sich vergangene Woche während einer Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung erneut für eine europaweit geltende Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Besteuerung von Finanztransaktionen notwendig ist und dass dies in Europa allgemeine Praxis werden muss“, sagte Scholz in der von den Parlamentspräsidenten Deutschlands und Frankreichs, Wolfgang Schäuble (CDU) und Richard Ferrand, geleiteten Sitzung in Form einer Videokonferenz mit Paris.

Thema war darin auch der von Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorgeschlagene Corona-Wiederaufbaufonds im Umfang von 500 Milliarden Euro. Scholz' französischer Amtskollege Bruno Le Maire nannte diesen „historisch“. Erstmals in seiner Geschichte akzeptiere Europa eine gemeinsame Schuldenaufnahme für künftige Ausgaben. Es sei eine Geste der Solidarität, zu den Transferzahlungen an die von der Corona-Krise am stärksten betroffenen Länder zu stehen, betonte der französische Finanzminister. Die Entscheidung über den Fonds müsse aber schnell fallen, da der Wiederaufbau der Wirtschaft nicht warten könne.

Scholz sagte, der Fonds würde eine weitere Verschuldung verhindern und klare Krite-

rien beinhalten. So würden die Zuwendungen für Investitionen und Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die den Wiederaufbau der Länder und die Stabilisierung ihrer Ökonomien ermöglichen. „Darlehen würden an der Staatsverschuldungssituation dieser Länder nichts ändern“, betonte Scholz. Es gebe zudem die klare Ansage, dass das eine einmalige Maßnahme sei und ein Zeitpunkt festgelegt werde, ab dem die von der EU aufgenommenen Kredite

für den Wiederaufbaufonds zurückgezahlt werden. Auf die Nachfrage, wie dem deutschen Steuerzahler die zusätzliche Belastung erklärt werden könne, machte der Finanzminister deutlich, dass Deutschland stark von den europäisch vernetzten Volkswirtschaften profitiere. „Die Vernetzung ist Basis unseres Wohlstands“, sagte er. Es sei daher vernünftig, dafür zu sorgen, „dass Wachstum überall in Europa möglich ist.“

Scholz zeigte sich überzeugt davon, dass es gelingt, bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) und zum Wiederaufbaufonds eine Übereinstimmung der 27 EU-Staaten zu erreichen, auch wenn dies nicht einfach werde. Bruno Le Maire sprach sich dafür aus, Steuerfragen in der EU statt mit Einstimmigkeit mit einer qualifizierten Mehrheit zu entscheiden. Zudem müsse im Interesse der Nachhaltigkeit in „grünes Wachstum“ investiert und ein solidarisches Wirtschaftsmodell etabliert werden, in dem niemand zurückgelassen werde.

Intensive Beratungen Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung war bereits am 28. Mai zusammengekommen, um über die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie zu beraten (siehe auch Seite 3). Sie setzt sich aus je 50 Abgeordneten von Bundestag und Nationalversammlung zusammen und tagt mindestens zweimal im Jahr abwechselnd in Deutschland und Frankreich. *Götz Hausding*



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, rechts), Finanzminister Olaf Scholz (SPD, Mitte) und Staatssekretär Jörg Kukies während der Videokonferenz zur Sondersitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung © DeutscherBundestag/Achim Melde

Anzeige

Politische Hochleistungsteams im Deutschen Bundestag

Politische Hochleistungsteams im Deutschen Bundestag

Professionelles Management in Abgeordnetenbüros in Zeiten hyperkomplexer Anforderungen

Von Dr. Adriana Lettrari
2020, 258 S., brosch., 54,- €
ISBN 978-3-8487-6306-1
(Nomos Universitätschriften – Politik, Bd. 197)

Abgeordnetenbüros im Deutschen Bundestag bewältigen, wie Hochleistungsteams, hyperkomplexe Anforderungen. Die reibungslose Interaktion zwischen Abgeordneten und ihren Mitarbeitenden ist für eine gelungene Ergebnisbringung erfolgskritisch. Die Autorin verdeutlicht, wie sich MdB-Büroteams zu politischen Hochleistungsteams entwickeln können.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Nahzu synchron gehen Präsident Donald Trump und die republikanische Mehrheitsfraktion im Senat dieser Tage bei dem Versuch, der aufgeheizten öffentlichen Stimmung mit moderaten Vorschlägen zu begegnen. Weiträumig umfahren sie den nach dem Tod von Georg Floyd in Minneapolis und Rayshard Brooks in Atlanta zum x-ten Mal erhobene Befund, die Polizei sei strukturell rassistisch und müsse sich auf einen Bewusstseinswandel einlassen.

In einer Exekutiv-Anordnung stellte der Präsident den 18.000 weitgehend autonomen Polizei-Direktionen im Land finanzielle Anreize im Volumen von 1,5 Milliarden Dollar in Aussicht. Dazu müssen sich örtliche „Police Chiefs“ freiwillig auf folgende Maßnahmen einlassen: Vom Justizministerium autorisierte unabhängige Organisationen sollen die Auswahl- und Zulassungsverfahren in den Polizei-Direktionen künftig wie eine Art TÜV beglaubigen. Dabei sollen Standards für den maßvollen Einsatz von Schusswaffen, Streitschlichtungs-Techniken ohne Gewalt und die enge Verzahnung von Polizei und Gemeindefunktion im Vordergrund stehen. Über nationale Frühwarnsysteme sollen auffällig gewordene Polizisten früher identifiziert werden, um den Wechsel von einem Polizeirevier ins nächste zu verhindern. Außerdem sollen Polizisten bei Einsätzen häufiger direkt gemeinsam mit Sozialarbeitern auf Streife gehen, um dem Problem-Dreieck Obdachlosigkeit/Drogensucht/psychische Erkrankungen adäquater begegnen zu können.

Neunmütiges Martyrium Trump sprach sich außerdem dafür aus, dass – wenn nicht im Einzelfall tödliche Gefahr für die „Cops“ drohe – Einsatztechniken wie der „choke-hold“ (Würgegriff) verboten werden sollen, an dem am 25. Mai der Schwarze George Floyd nach fast neunmütigem Martyrium gestorben war. Für die Republikaner präsentierte der einzige schwarze Senator der USA, Tim Scott aus South Carolina, ein nahezu gleichlautendes Reform-Programm.

Beide Initiativen sind den oppositionellen Demokraten, die im Repräsentantenhaus die Mehrheit haben und ihren Gesetzentwurf bereits vorgestellt hatten, nicht tiefgreifend genug. Nach Ansicht von Sprecherin Nancy Pelosi werden sie der „Epidemie der Rassenungerechtigkeit und der Polizeibrutalität“ nicht gerecht.

Dreh- und Angelpunkt ihrer Kritik ist das Festhalten an der weitreichenden juristischen Immunität, die Polizisten in den USA seit mehr als 50 Jahren genießen. Sie wird von den einflussreichen Polizeigewerkschaften akribisch verteidigt und ist höchststrichlich abgesegnet.

Anders als in Europa werden Polizisten in den USA deshalb nach tödlichen geendeten Einsätzen voller Fragezeichen selten angeklagt und noch seltener verurteilt. Selbst dann, wenn die Tatabläufe durch Passanten oder die Body-Kameras der Beamten auf Video festgehalten sind.

In zwei Grundsatzurteilen hat der Oberste Gerichtshof in Washington 1967 und 1989 die sogenannte „eingeschränkte Immunität“ geschaffen und zementiert. Polizisten, die in einem Land mit mehr als 350 Millionen Waffen in Privatbesitz während der Arbeit oft in Sekundenbruchteilen Entscheidungen über Leben und Tod treffen müssen, können danach juristisch nur dann haftbar gemacht werden, wenn sie eindeutig gegen Gesetze oder die Verfassung verstößen haben; sprich: etwa gegen Bürgerrechte.

Die Staatsanwälte in Minneapolis und Atlanta halten das in den aktuellen Fällen für erwiesen. Darum ist Derek Chauvin des Mordes zweiten Grades beschuldigt, weil er den wehlosen Schwarzen Georg Floyd



Fast unantastbar

USA Nach den jüngsten Fällen tödlicher Polizeigewalt gegen Schwarze droht ein parlamentarischer Grabenkampf um den Umfang einer als überfällig bezeichneten Polizei-Reform

Protest gegen tödliche Polizeigewalt gegen Schwarze Anfang Juni in Washington

© picture-alliance/Photoshot

durch eine Kniepresse umbrachte. Officer Garrett Rolfe wird sogar des „verbrecherischen Mordes“ bezichtigt, weil er dem ebenfalls dunkelhäutigen Rayshard Brooks von hinten auf der Flucht durch den Rücken ins Herz schoss. Rolfe Strafmäßig im Falle einer heute noch nicht abschbaren Verurteilung könnte im für ihn schlimmsten Fall die Hinrichtung sein.

Kein Regelfall Dass sich beide in absehbarer Zeit vor Gericht wiederfinden, ist nicht der Regelfall. Die Anwendung tödlicher Gewalt ist den rund 800.000 hauptamtlichen Cops im Land grundsätzlich gestattet, wenn sie aus der Perspektive eines „vernünftig handelnden Beamten am Einsatzort“ angezeigt erscheint. Staatsanwälte und Geschworenen-Jurys reicht oft die Erklärung des Beamten, dass er sich massiv bedroht gefühlt habe.

Es ist dieser Schutzschild, den Bürgerrechts-Organisationen für den zentralen Stolperstein auf dem Weg zu einer Polizeireform halten. Diese sehen viele Amerika-

ner in Umfragen inzwischen als unverzichtbar an. 65 Prozent glauben, dass das Justizsystem mit Polizisten, die im Dienst töten oder anderen schwere Verletzungen zufügen, zu „nachsichtig“ umgeht. Für Trump und die Republikaner ist die „Immunität“ unantastbar. Cops, die permanent mit Strafverfolgung rechnen müssten, würden im Alltag Konfliktsituationen meiden, argumentieren sie. Dadurch steige die Kriminalität. Ein Punkt, der nicht vollends abwegig ist. Nach dem von der Polizei verschuldeten Tod des Afro-Amerikaners Freddie Gray 2015 in Baltimore und erheblichen Ausschreitungen zog sich die Ordnungsmacht vorübergehend zurück. Die Zahl der Tötungsdelikte in den sozial schwachen, oft von Schwarzen bewohnten Bezirken der Küstenstadt stieg an. Die Demokraten halten es für unabdingbar, dass Beamte, die unverhältnismäßige Gewalt anwenden, schneller haftbar gemacht werden können. Aber sie haben im Senat keine Mehrheit. Weil der Oberste Gerichtshof in dieser Woche Versuche abge-

schmettert hat, die „eingeschränkte Immunität“ neu zu prüfen, wird es auf absehbare Zeit keinen neuen Rechtsrahmen geben. Für Expertinnen wie Jalane Dawn Schmidt, schwarze Professorin für afro-amerikanische Studien an der Universität von Charlottesville, spiegelt sich darin eine hinderliche Geschichtslosigkeit wieder. „Die Wurzeln der professionellen Polizei in diesem Land waren Sklaven-Patrouillen. Wenn Sklaven flohen, wurden weiße Männer kommandiert, um sie wieder einzufangen. Sie konnten jeden Schwarzen beliebig kontrollieren. Schwarze Körper, die sich frei bewegen, waren prinzipiell suspekt.“ Diese „mentale Befindlichkeit“ habe sich bis heute gehalten. „Schwarze werden nicht als gleichberechtigter Teil der Bevölkerung mit dem gleichen Recht auf Unverletzlichkeit wahrgenommen. Sondern als latente Bedrohung, die in Schach zu halten ist.“

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

Bruderkrieg in Warschau

POLEN Vor den Präsidentenwahlen blüht ein alter Zweikampf neu auf

Es geht steif und hölzern zu: Elf Präsidentschaftskandidaten haben sich in der Nacht zum vergangenen Mittwoch zur einzigen Debatte im Staatsfernsehen TVP eingefunden. Sie antworten auf fünf reichlich seltsame Fragen, die Amtsinhaber Andrzej Duda (PiS) begünstigen. Polen kämpft mit der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen, doch das regierungshörige TVP fragt nach Erst-Kommunikationsunterricht in den Schulen, LGBT-Partnerschaften und einem Covid-19-Impfobligatorium, sollte in Zukunft ein Impfstoff auf dem Markt sein. „TVP hat LGBT zum Hauptersatz-Thema hochgeschaukelt, doch das wahre Problem sind die Corona-bedingten Arbeitslosen“, sagt der liberale Rafal Trzaskowski von der Bürgerkoalition KO entwert.

Der Warschauer Bürgermeister ist Polens neuer Polit-Star, seit mitten in der Corona-Krise die Präsidentschaftswahlen vom 10. Mai auf den 28. Juni verschoben werden mussten. Und seit sich das Bündnis KO aus

Liberalen und Grünen entschlossen hatte, ihre in den Umfragen abgesackte Kandidatin Malgorzata Kidawa-Blonska zu ersetzen. Mit der Bekanntgabe des neuen Wahldatums haben sich auch die Grundzüge des Wahlkampfes verändert. Der Kampf des einsamen Favoriten Duda mit drei gleichwertigen Außenseitern ist zum traditionellen Zweikampf PiS gegen PO (seit 2020 KO) geworden, der die Innenpolitik an der Weichsel seit 15 Jahren beherrscht.

Kopf-an-Kopf-Rennen Duda ist nach der Wahlverschiebung in den Umfragen abgestürzt. Galt es Anfang Mai noch als höchstwahrscheinlich, dass der Amtsinhaber bereits in der ersten Runde erneut gewinnt, muss der Regierungskandidat sieben Wochen später in der zweiten Runde am 12. Juli mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen rechnen. PiS-Parteichef Jaroslaw Kaczynski, Polens starker Mann, schiebt dafür der Opposition die Schuld in die Schuhe. Dabei waren es Widerstände im eigenen rechtspopulistischen Lager, die die Wahlverschiebung erzwingen hatten.

Während Duda von über 60 auf rund 40 Prozent abgesackt ist, hat Trzaskowski die zuletzt zwei Prozent für KO auf inzwischen 32 Prozent hochgetrieben. Dabei hat der Linkliberale alle weiteren Oppositi-

onskandidaten abgehängt. Am schlimmsten trifft das den katholischen Publizisten Szymon Holownia, der lange als aussichtreicher Unabhängiger galt, als neue Hoffnung auf eine Überwindung des Bruderkriegs zwischen PiS und PO. Die beiden ehemaligen „Solidarosc“-Dissidentengruppen haben das Land seit 2005 völlig polarisiert. „Ich träume von einer Zeit, in der ich als Wähler keine Entscheidung zwischen dem kleineren und größeren Übel treffen muss“, sagt Holownia. Er habe viele bisherige Nichtwähler motiviert, sich am politischen Prozess zu beteiligen, erzählt er, doch ob er sie in der zweiten Runde an die Urnen bewegen kann, bezweifelt er. „Ich glaube nicht an die Weitergabe ganzer Wählerschichten.“ Dabei lässt Holownia keinen Zweifel übrig, dass Duda, der zuletzt brutal gegen LGBT gewettert hat, für ihn persönlich nicht wählbar ist.

Der Wahlkampf ist damit auch zu einem Kulturkampf geworden. Je näher die Entscheidung rückt, desto brutaler wird das Ringen zwischen den Kaczynski-Anhängern und den Freunden eines weltoffenen Polen.

Paul Flückiger

Der Autor ist freier Korrespondent in Warschau.

Sorge um nukleare Aufrüstung

AUSWÄRTIGES Fraktionen warnen vor dem Auslaufen des New-START-Vertrages

Vor zehn Jahren hat der Bundestag die Bundesregierung mit großer Mehrheit aufgefordert, sich „mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“. Doch drei Bundesregierungen unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) später lagern noch immer US-Atomwaffen vom Typ B61-3 und B61-4 auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz. In den Augen von Sevim Dagdelen (Die Linke) „unverantwortlich“ und „brandgefährlich“. Die Frage der atomaren Abrüstung sei „insbesondere für die Menschen hier in Deutschland“ eine „Frage von Sein oder Nichtsein“. Auch Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) ist überzeugt: „In Sicherheit sind wir erst, wenn Atomwaffen abgerüstet und vernichtet werden.“

Beide Fraktionen haben Anträge für ein atomwaffenfreies Deutschland und globale atomare Abrüstung vorgelegt (19/2028, 19/20065), die der Bundestag vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an den Auswärtigen Ausschuss überwies. Beide drängen darin auch auf eine Verlängerung des im Februar 2021 auslaufenden New-START-Vertrages zwischen den USA und Russland, der eine deutliche Verringerung der Zahl einsatzbereiter nuklearer Sprengköpfe regelt

Freiheit im Netz

MENSCHENRECHTE Anhörung zu digitalen Chancen und Risiken

Experten bewerten die Chancen und Risiken, die sich aus der Digitalisierung für die Menschenrechte ergeben, unterschiedlich. Das ergab vergangene Woche eine Anhörung des Menschenrechtsausschusses zum Thema „Menschenrechte und politische Teilhabe im digitalen Zeitalter“.

Matthias Kettemann, Leibniz-Institut für Medienforschung, betonte, dass „alle Menschenrechte online wie offline“ gelten. Voraussetzung für die digitale Welt sei aber einen Internetzugang. Staaten seien gefordert, allen Menschen Zugang zu ermöglichen.

Constanze Kurz vom Chaos Computer Club gab zu bedenken, dass die Infrastruktur des Darknets vielerorts die einzige Möglichkeit darstelle, anonymisiert zu kommunizieren oder Informationen ins Netz zu stellen, ohne mit Repressionen rechnen zu müssen.

Zara Rahman (The Engine Room) bezeichnete biometrische Gesichtserkennung als eine „besonders beunruhigende Form“ einer Überwachungstechnologie. Problematisch sei, dass es in den meisten Ländern bislang keine Gesetze zu ihrem Einsatz gebe.

Lena Rohrbach (Amnesty International)

sprach von einem „Instrumentenkasten digitaler Methoden und Techniken, die Regierungen gegen Zivilgesellschaften einsetzen“. Dazu gehörten Internet-Shutdowns, Zensur, das Kriminalisieren von Verschlüsselungswerkzeugen und Massenüberwachung.

Nighat Dad (Digital-Rights-Foundation in Pakistan) lenkte den Blick auf das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Dieses habe ein „Übermaß an staatlicher Macht und Regulierungsbefugnissen ermöglicht, die unter Umständen missbräuchlich gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung eingesetzt werden könnten“.

Joachim Steinhöfel, Medienanwalt, teilte diese Ansicht: „Es steht die fundamentale Frage im Raum, wer in einer offenen Gesellschaft legitimerweise über wahre und falsche Meldungen entscheidet.“

Kristin Shi-Kupfer, Mercator Institute for China Studies, verwies auf die Lage in China: Das Land sei „ein digitales Labor- und damit ein sehr lehrreiches Schaufenster für all den Missbrauch und die Bedrohung die von digitalen Technologien ausgehen können“.

Sandra Schmid

Handel auf Augenhöhe

ENTWICKLUNG Mehr Engagement bei Rechtsberatung

Die Mitglieder des Entwicklungsausschusses befürworten einen Beitritt Deutschlands als Vollmitglied zum Beratungszentrum für das Recht der Welthandelsorganisation (WTO, ACWL). Einem Gesetzentwurf (19/19384) der Bundesregierung, der dafür die rechtlichen Grundlagen legt, stimmten die Fraktionen mit einer Gegenstimme vergangene Woche im Ausschuss zu.

Deutschland ist seit 2017 einziges assoziiertes Mitglied des ACWL, dem außerdem elf Industrieländer und 37 Entwicklungsländer als Vollmitglieder angehören. Das 1999 gegründete und von der WTO unabhängige Zentrum leistet Entwicklungs- und Schwellenländern anwaltlichen Beistand in Handels-Streitbeilegungsverfahren und organisiert Kurse in WTO-Recht.

Das Zentrum sei „international anerkannt für seine guten und kostengünstigen Leistungen“, betonte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Maria Flachsbarth (CSU). Eine Vollmitgliedschaft biete Gestaltungsmöglichkeiten für Deutschland und stärke das multilaterale regelgebundene Handelssystem.

Es sei gut, die Kapazitäten der Entwicklungsländer bei Verhandlungsrunden der WTO zu stärken, urteilte auch ein Vertreter der SPD. Aus Union und FDP hieß es, die Unterstützung in Rechtsfragen sei wichtig, um über Handelsfragen gleichberechtigt und kooperativ verhandeln zu können.

Die AfD-Fraktion interessierte sich für die Inanspruchnahme des Beratungszentrums und Lücken bei Rechtsdurchsetzung. Nach Ansicht der Linksfraktion besteht ein großer Bedarf an den Leistungen des Beratungszentrums. Bündnis 90/Die Grünen lobten, das nach der langjährigen Schwächung der WTO die Notwendigkeit einer multilateralen Organisation für Handelsrecht erkannt worden sei.

Johanna Metz

Wege aus dem Konflikt

NAHOST Oppositionsanträge zur Syrienpolitik

Mit einer Reihe von Vorschlägen zur Syrienpolitik hat sich das Plenum am vergangenen Donnerstag befasst. Die AfD-Fraktion setzt sich in einem Antrag (19/20070) für eine Teilaufhebung der EU-Sanktionen gegen Syrien ein. „Aufgrund der Beendigung von kriegerischen Handlungen sowie der Niederwerfung jener extremistischen Milizen, die zuvor Teile des syrischen Staatsgebietes besetzt gehalten hatten, ist nun der Weg frei für einen Aussöhnungsprozess und den schrittweisen Wiederaufbau des Landes“, schreiben die Abgeordneten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will hingegen die Hilfen für Binnenvertriebene in der syrischen Provinz Idlib verstärken. Die Abgeordneten fordern in ihrem Antrag (19/20040) die Bundesregierung auf, „die Eskalation der Gewalt in Idlib, die durch das Assad-Regime und seinen Verbündeten Russland ausgelöst wurde, und die dort

von ihnen begangenen Kriegsverbrechen klar zu verurteilen und zu sanktionieren und sich für eine dauerhafte Einhaltung der Waffenruhe in Nordsyrien einzusetzen“.

Beide Anträge sind in die Ausschüsse überwiesen worden. Keine Mehrheit fand die AfD-Fraktion mit einer Reihe weiterer Anträge (19/15065, 19/15066, 19/15067). Darin hatte sie unter anderem den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien verurteilt und sich für die Einrichtung einer Schutzzone unter UN-Mandat im Norden des Landes eingesetzt. Außerdem warb sie für ein Programm zum Wiederaufbau sowie für eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen.

Keine Mehrheit fand zudem ein Antrag der Linksfraktion (19/8357), die sich für einen Friedensprozess und Verhandlungen unter Einbeziehung aller Akteure in Syrien eingesetzt hatte.

Alexander Heinrich



Auf dem Luftwaffenstützpunkt in Büchel lagern noch immer US-Atomwaffen.

joH



Am Rande der großen „Black Lives Matter“-Demonstrationen in Berlin Anfang Juni kam es zu vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern und der Polizei. Für die Eskalation machte man sich gegenseitig verantwortlich.

© picture-alliance/Eventpress

Dein Freund und Helfer?

RACIAL PROFILING Schwarze Menschen und People of Color sehen sich unter Generalverdacht, ebenso sieht sich die Polizei

Vor einigen Jahren sitzt Sylvie Nantcha im ICE von Berlin nach Freiburg. Drei Polizisten streifen durch den Zug – und fragen sie plötzlich nach ihrem Ausweis. Als einzige unter den rund 100 Mitreisenden in dem Wagen. Es sei eine Routinekontrolle nach dem Zufallsprinzip, erwidern die Beamten auf ihre Frage nach dem Grund. Das glaubt sie nicht. Die promovierte Germanistin ist sicher: Sie wird wegen ihrer Hautfarbe kontrolliert. Sie will ihren Ausweis nicht zeigen, bittet, auch die anderen Fahrgäste zu kontrollieren. Man diskutiert, einer der Polizisten fragt schließlich nach dem Ziel ihrer Reise. Freiburg – dort sitze sie im Übrigen im Stadtrat, lautet ihrer Antwort. „Darauf haben sich die drei angeguckt, sich entschuldigt und sind gegangen“, erinnert sich die CDU-Politikerin.

Nantcha kann von solchen Erfahrungen nicht nur aus eigenem Erleben berichten. Sie ist Initiatorin und Bundesvorsitzende von The African Network Germany (TANG), einem Zusammenschluss von mehr als 800 Vereinen und Einzelpersonen afrikanischer Herkunft: „Wir bekommen fast täglich Rückmeldung von Betroffenen, die den Eindruck haben, dass sie kontrolliert worden sind, nur weil sie Schwarze Menschen sind.“ (Verbände wie TANG schreiben Schwarze Menschen als Selbstbezeichnung groß.)

Genannt wird dieses Phänomen „Racial Profiling“. Das bedeutet, die Polizei lässt sich bei ihren Kontrollen vor allem von äußerlich unveränderlichen Merkmalen wie der Hautfarbe beziehungsweise der ethnischen Zugehörigkeit leiten. Diverse Verwaltungsgerichte haben dieses Vorgehen als rassistische Diskriminierung im Sinne von

Artikel 3 Grundgesetz gewertet. Eigentlich sollte es Racial Profiling also gar nicht geben. Schwarze Menschen und People of Color sind dem aber offenbar alltäglich ausgesetzt. Laut einer repräsentativen Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte von 2017 gaben 14 Prozent der befragten Menschen afrikanischer Herkunft – ihre Zahl wird auf eine Million geschätzt – an, in den vorangegangenen fünf Jahren in Deutschland Racial Profiling erlebt zu haben. Belastbare Zahlen der Polizei existieren nicht.

Es gibt seit langem Forderungen, das Problem anzugehen. Im Fokus stehen dabei die landes- und bundespolizeirechtlichen Regelungen, die verdachtsunabhängige und anlasslose Kontrollen, etwa in Zügen, im Grenzgebiet und auf Bahnhöfen, aber auch in von der Polizei der Länder ausgewiesenen Gefahrengebieten, ermöglichen. Die Bundespolizei führte auf dieser Grundlage 2019 mehr als zwei Millionen Kontrollen durch, ohne Angaben zu machen, wen sie kontrollierte. 2013 wies das Deutsche Institut für Menschenrechte darauf hin, dass ein Paragraph im Bundespolizeigesetz Racial Profiling ermögliche – und es „Lebensfremd“ sei, anzunehmen, dass es dann nicht passiere. Laut dem Bericht einer Expertengruppe des UN-Menschenrechtsrates von 2017 ist das Problem in Deutschland „endemisch“. Die damalige Leiterin der Gruppe warf den Polizeibehörden vor, es zu leugnen. Zudem konstatierte die Gruppe „institutionellen Rassismus und rassistische Vorurteile im Strafrechtssystem“. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates forderte im März die Bundesrepublik auf, dem Problem mit einer Studie auf den Grund zu gehen. Dem will die Bundesregierung nun nachkommen.

„Racial Profiling ist ein großes Problem – auch wenn es von der Polizei und den verschiedenen Innenministerien bestritten wird“, kritisiert CDU-Politikerin Nantcha. Für die Betroffenen ist es eine Kontrolle einschneidend: „Man fühlt sich ohnmächtig, man wird in aller Öffentlichkeit gedemütigt.“

Davon kann auch Biplab Basu berichten. Basu arbeitet in Berlin für ReachOut, einer Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, und engagiert sich bei der örtlichen „Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt“. Mehr als 270 Berichte hat die Initiative in den vergangenen 20 Jahren dokumentiert. In vielen Fällen, so berichtet Basu, geht es um solche Kontrollen. „Betroffene werden wie Kriminelle behandelt“, sagt Basu. Gerade weil die Polizei in der weißen Mehrheitsgesellschaft hohes Ansehen genießt, könne für Passanten der Eindruck entstehen, der Kontrollierte werde schon irgendetwas angestellt haben. Zudem eskalierten solche Situationen oft, wenn die Betroffenen die Kontrolle hinterfragen würden. Die Beamten würden dann ungehalten reagieren, Menschen auf den Boden werfen und niederdrücken. „Viele berichten davon, keine Luft mehr bekommen zu haben – genauso wie George Floyd“, berichtet Basu. Allerdings würden solche Vorfälle in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Erfahrungswerte Das Motiv ist bei anlasslosen und verdachtsunabhängigen Kontrollen schwer feststellbar. Der Kritik Be-

troffener und internationaler Gremien stehen Aussagen von Polizisten entgegen. Sie verweisen wie der Bremer Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Luder Fasche, vergangenes Jahr in einer Gewerkschaftspublikation vielmehr auf „eine Summe von Erfahrungswerten“. Diese setze nicht nur bei der Hautfarbe an, sondern auch an Zeit, Ort, Alter und Habitus, umriss Fasche mit Bezug auf die Kontrolle von „Schwarzafrikanern“, die in einer bestimmten Straße Bremens für den Drogenhandel verantwortlich seien. Das habe mit „Lebens- und Berufserfahrung“ zu tun. In den allermeisten Fällen trafe es die Richtigen und wenn nicht, dann „ist das noch lange kein Rassismus“.

»Man fühlt sich ohnmächtig, man wird in aller Öffentlichkeit gedemütigt.«

Sylvie Nantcha, TANG-Bundesvorsitzende

Kritik an Polizeigewalt und die Thematisierung von Rassismus ist ein schwieriges Thema. Dies zeigte sich jüngst rund um die Debatte um Saskia Eskens (SPD) Aussagen zum „latenten Rassismus“ oder das Berliner Antidiskriminierungs-

gesetz. Es wird gewarnt, Einsatzkräfte nicht unter „Generalverdacht“ zu stellen. Beim Rassismus handle es sich um Einzelfälle. Der Bundesvize der GdP, Dietmar Schillf, wies Einschätzungen, dass in der deutschen Polizei latenter, struktureller oder gar institutionalisierter Rassismus aufzufinden sei, deutlich zurück.

Für den Rechts- und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl von der Universität Kassel ist es hingegen unbestreitbar, dass es in der Polizei institutionellen Rassismus gibt. Schon bei der Aufklärung des Polizeiversagens rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ hätten sich Formen institutio-

nellen Rassismus nachzeichnen lassen und seien etwa auch von der SPD klar benannt worden. Racial Profiling sei ein weiterer Ausdruck davon. Es gehe nicht um den einzelnen Beamten und ob dieser nun rassistisch eingestellt ist oder nicht. „Wir reden über Routinen, Arbeitsweisen und Strukturen in Behörden, aber auch gesetzliche Grundlagen wie das Bundespolizeigesetz, die es möglich machen, dass rassistische Vorurteile und Welterklärungen, die wir in der Gesellschaft alle teilen, sich im polizeilichen Handeln ausdrücken.“ Auch bei den vermeintlichen Erfahrungswerten mahnt der Wissenschaftler zu mehr Reflektion. So müsse gefragt werden, woher sich dieses Wissen speise – ob man sich beispielsweise immer nur diese Fälle anschaut und ähnliches Verhalten in der Mehrheitsgesellschaft weniger.

Das betont auch die TANG-Vorsitzende Nantcha. Sie empfindet es als Ausdruck von Doppelmoral, dass sich die Polizei einerseits gegen einen Generalverdacht wehre, was sie unterstützt – aber andererseits Schwarze Menschen unter Generalverdacht stelle. Für Basu ist der Verweis auf Erfahrungswerte ein „Armutszugnis“. „Demokratie lebt nicht von einem Bauchgefühl, sondern von transparenten Regelungen und klaren Hinweisen – nicht nur für die Polizei, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger.“ Wie Pichl fordert er Gesetzesänderungen – und strengere Dokumentationspflichten bei Polizeikontrollen: „Die rassistischen Paragraphen müssen verschwinden.“ Bei der Debatte geht es für Basu, Nantcha und Pichl ganz grundsätzlich um das Verhältnis der Betroffenen zur Polizei. Menschen afrikanischer Herkunft hätten kein großes Vertrauen in die Polizei, betont Nantcha. Dazu würden Erfahrungen mit Racial Profiling oder auch Vorkommnisse

wie der Tod von Oury Jalloh, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle unter ungeklärten Umständen verbrannte, beitragen. So argumentiert auch Basu: Hohes Ansehen habe die Polizei vor allem in der weißen Mehrheitsgesellschaft. „Dieses Vertrauen haben Schwarze Menschen und People of Color nie gehabt, sie wurde nie gleichbehandelt.“ Während die ältere Generation ihre Wut runtergeschluckt habe, um keine Unruhe zu machen, nehme die jüngere Generation das nicht mehr hin. „Sie haben die Schnauze voll!“. Das zeige sich an den großen „Black Lives Matter“-Demonstrationen. Aber auch darin, dass immer mehr Menschen eine Beratung wollten. Seinen Klienten rät er etwa bei Racial Profiling stets zur Beschwerde, auch wenn er die Antwortbriefe schon selbst schreiben könne. Die meisten verzichteten aber mangels Vertrauen in die Behörden darauf. Deshalb brauche es eine unabhängige Beschwerde-

Ende der Ignoranz Nantcha fordert, Rassismus gegen Schwarze Menschen viel stärker in den Blick zu nehmen. Dazu gehört für sie unter anderem, dass Straftaten gegen sie – analog wie etwa antisemitische Straftaten – in den Polizeistatistiken gesondert erfasst und ausgewiesen werden. Polizei, Lehrkräfte und Justiz müssten zudem geschult und sensibilisiert werden. Auch dürfe die Politik rassistische Erfahrungen im Bildungsbereich oder bei der Wohnungs- und Arbeitssuche nicht länger ignorieren, sagt Nantcha: „Diese Thema muss endlich – und besonders auch in Deutschland – ernstgenommen werden. Wir müssen gemeinsam den Kampf von Martin Luther King weiterführen, bis sein Traum weltweit und bei uns auch Realität wird: I have a dream!“ Sören Christian Reimer

Konsens und Kontroverse

POLIZEI Bundestag lehnt Vorstöße zu Bundesbeauftragten und Beschwerdestelle ab

In einem Punkt herrschte im Bundestag Einigkeit, als es vergangene Woche um Rassismus in Deutschland und die Frage polizeilichen Fehlverhaltens ging: „Selbstverständlich ist die Situation der deutschen Polizei nicht vergleichbar mit amerikanischen Verhältnissen“, betonte Irene Mihalic (Grüne) mit Blick auf die Tötung des Afroamerikaners George Floyd, und auch Mathias Middelberg (CDU) konstatierte, die Situation in den USA sei eine völlig andere als hierzulande.

Weiter trug der Konsens nicht in der Debatte über einen Grünen-Antrag zu „verfassungsfeindlichen Tendenzen in der Polizei“ (19/20063). Während sich Mihalic dagegen wandte, „jede Diskussion zum Thema mit dem pauschalen Vorwurf der Polizeifeindlichkeit abzuwürgen“, las Middelberg „sehr viel Misstrauen gegenüber der Polizei“ in den Antrag.

Darin dringen die Grünen auf einen statischen Überblick über Vorkommnisse bei der Polizei, die „auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie rechtsextre-

me und andere verfassungsfeindliche Einstellungen hindeuten könnten“. Zudem wollen sie eine wissenschaftliche Analyse „zum Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie rechtsextremer und anderer verfassungsfeindlicher Einstellungen und Praktiken, wie Racial Profiling, in deutschen Polizeibehörden“. Die Vorlage wurde an die Ausschüsse überwiesen; ein Gesetzentwurf (19/7928) und zwei ergänzende Anträge (19/7929, 19/7930) der Grünen zur Einsetzung eines unabhängigen Bundespolizeibeauftragten wurden ebenso abgelehnt wie ein Linken-Antrag, eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle auf Bundesebene einzurichten (19/7119). Mihalic argumentierte, dass es wie in der Gesellschaft auch bei der Polizei Diskriminierung und Rassismus gebe. Die Polizei sei aber „nicht irgendwer“, sondern über das Gewaltmonopol aus und dürfe in Grundrechte eingreifen. Die meisten gingen damit verantwortungsvoll um, „aber jeder, der das nicht tut, ist einer zu viel“. André Hahn (Linke) sagte, der weit über-

wiegende Teil der Polizisten arbeite gewissenhaft und kompetent. Dennoch müsse man auch über Fälle polizeilichen Fehlverhaltens sprechen, „weil es diese Fälle gibt“. Middelberg hob hervor, dass unrechtmäßiges Verhalten in der Polizei verfolgt werden müsse, er dort aber keine „verfassungsfeindlichen Tendenzen“ sehe. Martin Hess (AfD) unterstrich, es gebe kein strukturelles Rassismusproblem bei der Polizei. Fehlverhalten von Beamten könnten Polizei und Gerichte ahnden; einen Bundespolizeibeauftragten oder eine unabhängige Beschwerdestelle brauche es dazu nicht.

Beschwerdestelle Konstantin Kuhle (FDP) sagte, natürlich müsse es Stellen geben, an die man sich bei polizeilichem Fehlverhalten wenden könne. Dazu gebe es in Bund und Ländern bereits unterschiedliche Modelle. Auch Susanne Mittag (SPD) verwies darauf, dass es in Bund und Ländern schon Beschwerdestellen gebe. Sie seien bei den Länderpolizeien und der Bundespolizei „auch am richtigen Ort“. sto

»Signal für wehrhafte Demokratie«

RECHT Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen

Gegen die Stimmen von AfD und Linke hat der Bundestag vergangenen Woche bei Enthaltung der FDP und der Grünen den Gesetzentwurf der Regierungskoalition „zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ (19/17741) in modifizierter Fassung (19/20163) beschlossen. Als zentrale Neuerung soll mit dem Gesetz eine Meldepflicht der Anbieter sozialer Netzwerke für bestimmte strafbare Inhalte gegenüber dem Bundeskriminalamt (BKA) eingeführt werden.

In der Debatte mahnte Johannes Fechner (SPD) mit Blick auf den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie die Terroranschläge in Halle und Hanau, man dürfe nicht länger hinnehmen, dass sich Hass und Hetze „immer mehr im Netz ausbreiten“ und „aus diesen Worten dann Taten werden“. Zugleich wertete er den Gesetzentwurf als „starkes Signal für eine wehrhafte Demokratie“. Eine „ganz wichtige Maßnahme“ sei die Pflicht der Betreiber sozialer Netzwerke, bei Kenntnis strafbarer Inhalte diese ans BKA weiterzu-

leiten. Auch gehe man gegen sogenannte „Feindeslisten“ vor. So werde es für die Strafbarkeit der Billigung einer Straftat nicht mehr erforderlich sein, dass die Tat tatsächlich begangen oder der Versuch unternommen wurde. Auch sei künftig bereits die „Bedrohung mit einer einfachen Körperverletzung“ oder einer Sexualstraftat strafbar. Zudem sollten auch Kommunalpolitiker einen besseren strafrechtlichen Schutz vor Anfeindungen erhalten.

»Digital und real« Jan-Marco Luczak (CDU) verwies darauf, dass schon heute im Netz vieles strafbar sei, man aber der Täter nicht habhaft werde. Das werde nun geändert: „Zukünftig muss gemeldet werden. Das BKA kann an die Staatsanwaltschaften weiterleiten. Dort kann man die Täter identifizieren, und dann werden sie auch bestraft“, sagte er. „Unser Rechtsstaat gilt, digital und real.“ Benjamin Strasser (FDP) begrüßte einzelne Punkte des Gesetzentwurfs wie etwa die Strafverschärfung bei antisemitischen Mo-

tiven. Bei der Meldepflicht von Plattformbetreibern habe seine Fraktion dagegen ebenso wie bei der Pflicht zur Herausgabe von Passwörtern durch Telemedienanbieter „massive Bedenken“. Renate Künast (Grüne) kritisierte, dass „massenhaft Benutzerdaten ohne vorherige rechtliche Prüfung“ ans BKA gingen. Niema Movassat (Linke) warf der Koalition vor, nur Strafvorschriften zu verschärfen und Eingriffsbefugnisse für Ermittlungsbehörden auszuweiten. Damit springe sie eindeutig zu kurz. Stephan Brandner (AfD) beklagte, durch Begriffe wie „Hasskriminalität“ werde die Grenze der Meinungsfreiheit verwischt, und der Bürger bekomme „Angst, sich noch zu äußern“. Dies schade der Demokratie. sto

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Grün und mit hervorragender Energiebilanz: ein Passivhaus im Freiburger Vauban-Viertel

© picture-alliance/imageBROKER

Vom Winde getrieben

ENERGIE I | Ja zu Gebäudeenergiegesetz, Abstandsregeln für Windanlagen und Solarförderung

Es ist eine schwere Geburt gewesen, die der Bundestag am Donnerstagabend bewältigt hat: Nach monatelanger Taueiszeit und mehrjähriger Vorarbeit brachten die Abgeordneten das Gesetz zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude (19/19716, 19/17037, 19/17193 Nr. 8, GEG) auf den Weg. Es soll die Regelungen rund um Energiestandards für Häuser vereinheitlichen und dafür sorgen, dass der Gebäudebereich mehr als bislang zur Energiewende beiträgt. Eine Einigung hatte sich weniger wegen dieser Verabredungen gezogen – der eigentliche Zankapfel lag an ganz anderer Stelle: Zusammen mit dem Gebäudeenergiegesetz verabschiedeten die Abgeordneten die Neuregelungen zu den Mindestabständen zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagen: Hier sollen die Länder künftig weitgehend freie Hand erhalten. Mit diesem Kompromiss war der Weg frei für ein Streichen des Förderdeckels für die Solarenergie, wovon sich die Bundesregierung einen Schub für den Ausbau des Energiezweigs erhofft.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) überließ an seinem 62. Geburtstag dem Parteikollegen Jens Koeppen (CDU)

das Wort. Der zeigte sich zwar erleichtert über das Erreichte im GEG, machte aus seiner Unzufriedenheit über die Kompromisse bei den Knackpunkten Wind und Sonne allerdings keinen Hehl. Er hoffe, dass die Länder bezüglich der Abstandsregeln zugunsten der Menschen entscheiden, sagte Koeppen. Die Solarenergie hätte er lieber mit Marktanzreizprogrammen gefördert, außerdem stärker Eigenverbrauch und dezentrale Lösungen unterstützt. Stattdessen nutze man wieder das Erneuerbare-Energien-Gesetz. „Das wird ein Kostentreiber bleiben und zu negativen Strompreisen führen“, sagte Koeppen. Timon Gremmels (SPD) gab sich ebenfalls zufrieden mit den Vereinbarungen zur Gebäudeenergie. Nun wachse in diesem Bereich zusammen, was zusammengehört. Gremmels erwähnte etwa, dass Kohle-

öfen analog zu Ölheizungen nicht mehr gefördert werden sollen und dass im Gesetz eine Innovationsklausel verankert worden sei. Von der Abschaffung des Solardeckels versprach er sich neues Wachstum für die Branche und Impulse für die regionale Wirtschaft. Ausruhen dürfe man sich mit dem Erreichten nicht, schränkte der Abgeordnete ein: „Im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es gerade auch bei der Photovoltaik noch viel zu tun“, sagte Grem-

mels und verwies auf ausstehende Lösungen für Mieterstrom und Altanlagen, die demnächst aus der Förderung fallen. Auch wolle die SPD eine Solarpflicht für Neubauten.

Breite Kritik an GEG Die Opposition kanzelte das Gesetz ab, wenngleich mit unterschiedlichen Motiven. Weite Teile bemängelten, dass damit keinerlei energetische Verbesserung einhergehe, die AfD erneuerte hingegen ihre Kritik an der Energiewende. Marc Bernhard (AfD) bezeichnete das GEG als energiepolitischen Irrweg, der sich über die Gesundheit von Menschen hinwegsetze. Außerdem riskiere dieser Weg die Versorgungssicherheit im Energiebereich und belaste die Bürger über Gebühr. Ein Antrag seiner Fraktion wurde wie andere Oppositionsinitiativen abgelehnt, ein weiterer AfD-Antrag zu den Gesundheitsbelastungen durch Windenergieanlagen (19/20121) an den Umweltausschuss überwiesen. Hagen Reinhold (FDP) kritisierte, das GEG trage nicht zum Bürokratieabbau bei. Es würden zu viele Vorschriften gemacht. „Wenn CO₂-Einsparung das Maß aller Dinge ist: Gebäudesektor rein in den CO₂-Zertifikatehandel, jedes Jahr CO₂-Zertifikate rausnehmen, und die

CO₂-Neutralität ist 2050 geschafft wie gewünscht“, warb er stattdessen für das Ansinnen seiner Fraktion, mehr auf den Zertifikatehandel zu setzen.

Der Linksfraktion und den Grünen waren die Ziele zu wenig ambitioniert. „Mit diesem Gebäudeenergiegesetz legt die Koalition leider den Grundstein für die Fehlleitung der Klimaziele im Gebäudebereich, und das ist ein Problem“, sagt Lorenz Gösta Beutin (Die Linke). Es würden veraltete Standards für Gebäude gesetzt. Außerdem sei die Chance verpasst worden, bezahlbares Wohnen mit Klimaschutz zu verbinden. Die Immobilienlobby habe sich durchgesetzt, die Klimagerechtigkeit bleibe auf der Strecke, bilanzierte Beutin. „Besser hätten wir kein Gebäudeenergiegesetz als dieses schlechte Gebäudeenergiegesetz.“

»Besser hätten wir kein Gebäudeenergiegesetz als dieses Gesetz.«

Lorenz Gösta Beutin
(Die Linke)

Regeln zu Ölheizungen Chris Kühn (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, es sei absurd, dass die Union sich für das Gesetz lobte. Sie schaffe mit dem Solardeckel nur Regelungen ab, die sie selbst eingeführt habe. Außerdem müsse die Windkraft ausgebaut werden, die „Windsperren“ müssten weg. Mit den Punkten zum Gebäudeenergiebereich komme man Klimaschutztechnisch keinen Schritt voran; zudem sei das

Gesetz sozial ungerecht. „Die Krone der Absurdität des Ganzen ist, dass Sie die Technologie der Ölheizung noch in die übernächste Wahlperiode hinüberretten wollen“, sagte Kühn außerdem. „Wir brauchen nicht Ölkessel im Keller, sondern mehr erneuerbare Energien.“ Am Ende stimmten die Koalitionsfraktionen für, die Opposition gegen den Entwurf. Es gab zudem eine Enthaltung aus der Unionsfraktion. Auf Wunsch der Grünen stimmte der Bundestag in zweiter Lesung über Teile des Gesetzentwurfs getrennt ab. Der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Artikel 8 stimmten außer AfD und FDP bei einer Enthaltung aus der Unionsfraktion alle übrigen Fraktionen zu. Die übrigen Gesetzesteile lehnten die Oppositionsfraktionen ab. Damit gilt für den Bau neuer Gebäude künftig ein einheitliches Anforderungssystem, in dem Energieeffizienz und erneuerbare Energien integriert sind sowie EU-Vorgaben umgesetzt werden. Die ordnungsrechtlichen Vorgaben sollen dabei weiterhin dem Ansatz folgen, den Primärenergiebedarf von Gebäuden gering zu halten und dazu den Energiebedarf eines Gebäudes von vornherein durch einen energetisch hochwertigen baulichen Wärmeschutz – vor allem durch Dämmung, Fenster und Vermeidung von Wärmebrückenverlusten – zu begrenzen. Der verbleibende Energiebedarf soll zunehmend durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Kristina Pezzei

»Nun wächst im Energiebereich das zusammen, was zusammen gehört.«

Timon Gremmels (SPD)

Farbenspiel mit Wasserstoff

ENERGIE II | Opposition fordert eine größere Rolle von Wasserstoff bei der Energiewende

Die Rolle von Wasserstoff auf dem Weg in eine klimaneutrale Energieversorgung hat der Bundestag in der vergangenen Woche thematisiert. Anstoß lieferten zwei Anträge der FDP-Fraktion zu dem Thema (19/20020, 19/20021) sowie ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (19/18733). Während die FDP mit ihren Anträgen vor allem die Bundesregierung antreiben will und die angekündigte Vorlage einer Wasserstoffstrategie einfordert, geht es den Grünen darum, bei Wasserstoff auf „grüne“ Technologien und deren Wirtschaftlichkeit zu setzen sowie erneuerbare Energien insgesamt zu fördern. Nach Ansicht der FDP gelingt es der Bundesregierung nicht, die enormen Chancen der Wasserstoffwirtschaft für Klimaschutz und nachhaltig wettbewerbsfähige Industriestrukturen zu nutzen. Daher fordern die Abgeordneten eine Strategie auf europäischer Ebene, die Deutschland während der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte vorantreiben soll. Um das Po-

tenzial der Ressource und entsprechender Technologien für den Klimaschutz zu heben, braucht es nach Ansicht der Fraktion eine erhebliche Menge Wasserstoff. Ein Großteil davon müsse importiert werden, daher böten sich Wasserstoffpartnerschaften mit Produktionsländern in heißeren Regionen der Erde an. Die FDP möchte auch „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff als CO₂-neutral klassifizieren. Von blauem

Wasserstoff spreche man dann, wenn das durch seine Herstellung entstandene CO₂ in geologischen Formationen dauerhaft gespeichert würde. „Dieser ist ebenso klimaneutral wie „türkiser“ Wasserstoff, der mittels Methanpyrolyse ebenfalls aus Erdgas gewonnen wird“, so die Abgeordneten. Der aus Elektrolyse und erneuerbarem Strom hergestellte „grüne“ Wasserstoff jedoch könne in großen Mengen nicht hergestellt werden.

Die Grünen hingegen setzen sich für eine konsequent „grüne“ Wasserstoffstrategie ein. Die Abgeordneten fordern, die Produktion und Verwendung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien im Sinne des Klimaschutzes in Deutschland eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Strom aus erneuerbaren Energien, der bei Netzengpässen bisher nicht produziert werde, solle den Betreibern von Wasserstoff-Anlagen und anderen Spontan-Nutzern kostengünstig zur Verfügung gestellt werden, erklären sie. Außerdem sollten im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien Investoren Sicherheit für Erneuerbare-Energien-Anlagen für den gesamten Zeitraum bis mindestens 2030 erhalten. Alle drei Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. pez



Eine Wasserstofftankstelle

Übernahmehürden

AUSSENWIRTSCHAFT | Schärfere Prüfungen beschlossen

Man freue sich über jedes Unternehmen, das in Deutschland investiert, hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Parlament versichert. Um gleich hinterherzuschicken: über jeden Investor allerdings nicht. Um die Spreu besser vom Weizen trennen zu können, sollen künftig verschärfte staatliche Prüfbefugnisse zum Einsatz kommen. Den Weg dazu ebnete vergangene Woche der Bundestag mit seiner Zustimmung zu einer Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes (19/18700). Es gehe darum, deutsche und europäische Unternehmen vor unfairem Wettbewerb, unzulässigem Technologietransfer und vor Aufkauf durch staatlich subventionierte Konkurrenz zu schützen, sagte Altmaier. Mit der Gesetzesänderung setze der Bundestag auch eine europäische Screening-Verordnung um. Sein Parteikollege Andreas G. Lämmel versicherte, dass es bei dem Gesetzesvorhaben nicht um Protektionismus gehe. Sonst könne Deutschland als Exportnation nicht erfolgreich sein. Markus Töns (SPD) bekräftigte die Stoßrichtung und erklärte, im Fokus stünden technologische Souveränität und der Schutz von kritischer Infrastruktur in der gesamten EU. Aus der Opposition kamen dazu unterschiedliche Töne. Hansjörg Müller (AfD)

erschien das Gesetz zu schwammig. Überdies sprach er von einem bürokratischen Prüfchaos. Reinhard Houben (FDP) bezweifelte, dass die Prüfung von Investitionsanträgen künftig wehrhafter ausfallen werde. Vor allem werde das Verfahren bürokratischer. Pascal Meiser (Die Linke) befand, in der Vergangenheit hätten sich Schlupflöcher bei den Prüfverfahren als verhängnisvoll erwiesen. Nach Ansicht von Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) schließlich machen die USA und China die Wirtschaftspolitik zum Spielball von Machtinteressen. Darauf müsse Europa reagieren. Es gehe darum, ein faires Spielfeld für alle zu schaffen, sagte Dröge.

Initiativen abgelehnt Grundlage des Beschlusses war die im Wirtschaftsausschuss geänderte Fassung des Entwurfs der Koalitionsfraktionen. Abgelehnt wurden ein Grünen-Antrag mit dem Titel „Schlüsseltechnologien und europäische Souveränität im Zuge der Covid-19-Pandemie schützen“ (19/18703) und ein FDP-Antrag mit dem Titel „Selbstbewusstsein statt Abschottung – Für ein liberales Außenwirtschaftsrecht trotz Corona-Pandemie“ (19/18673). Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (19/20167) fand ebenfalls keine Mehrheit. fla

KURZ NOTIERT

Änderungen beim Pfändungsschutz diskutiert

Der Bundestag hat erstmals über den Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Rechts des Pfändungsschutzkontos (P-Konto) und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzgesetzes (19/19850) diskutiert. Wie es darin heißt, hat eine Evaluierung des P-Kontos ergeben, dass dieses sich seit seiner Einführung 2010 bewährt hat, aber noch in einzelnen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht. Darüber hinaus würden weitere vollstreckungsrechtliche Fragen aufgegriffen. Die Vorlage wurde an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. mwo

Übernahme von Gewährleistungen beschlossen

Der Bund wird zur Absicherung des Europäischen Instruments zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken (SURE) Gewährleistungen in Höhe von etwa 6,384 Milliarden Euro übernehmen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalition nahm der Bundestag vergangenen Donnerstag bei Gegenstimmen der AfD ansonsten einvernehmlich an. (19/19494). Der im parlamentarischen Verfahren geänderte Entwurf sieht zudem Anpassungen am Stabilisierungsfondsgesetz und im Wirtschaftsstabilisierungsgesetz vor. Diese seien vor allem redaktioneller Natur, heißt es in der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (19/20147). scr

Erlöse aus dem Handel mit Brennstoffemissionen

Erstmals diskutiert worden ist der Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (19/19929). Damit soll die im Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat verhandelte Erhöhung der Zertifikatpreise umgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die zusätzlichen Erlöse aus dem Brennstoffemissionshandel vollständig zur Senkung der EEG-Umlage und ab dem 1. Januar 2024 auch zur Anhebung der zusätzlichen Entfernungspauschale für Fernpendler verwendet werden. Die Vorlage wurde an den Umweltausschuss überwiesen. lbr

Zahlungsmoral der öffentlichen Hand

Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand ist auf Veranlassung der FDP-Fraktion Gegenstand einer Debatte im Bundestag am Freitag gewesen. Die Abgeordneten fordern in einem Antrag (19/20044) eine Zahlungsmoral-Offensive. Dazu gehören, alle offenen Rechnungen seit dem 23. März, die nicht offensichtlich unbegründet sind, bis zum 30. Juni 2020 vollständig zu bezahlen – im Zweifel unter Vorbehalt. Auch solle der Rechnungsprüfungsprozess in Zukunft für alle Vertragsparteien nachvollziehbar beschreiben und es sollen verlässliche Fristen festgelegt werden. Der Antrag wurde zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. pez

Sammlung und Entsorgung von Geräte-Altbatterien

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Batteriegesetzes (BattG) vorgelegt (19/19930). Künftig soll dem BattG „ein reines Wettbewerbssystem zwischen herstellereigenem Rücknahmesystemen“ zugrunde liegen. Um einen reibungslosen Ablauf der Sammlung und Entsorgung von Geräte-Altbatterien sicherzustellen, werde das BattG angepasst. Damit einheitliche Maßstäbe bei der Bewertung sichergestellt werden, soll die Aufgabe der Registrierung der Hersteller und der Genehmigung der Rücknahmesysteme durch eine Behörde gebündelt wahrgenommen werden. Der Entwurf wurde am Donnerstag zur Beratung an den Umweltausschuss überwiesen.

Linke fordert Pfandsystem für Elektrogeräte

Die Fraktion Die Linke setzt sich für ein Pfandsystem für Elektrogeräte und Batterien ein. In einem an den Umweltausschuss überwiesenen Antrag (19/19642) begründet die Fraktion den Vorschlag mit der aus ihrer Sicht zu geringen Wirkung der Sammelquoten gemäß Elektro- und Elektronikgerätegesetz. Die Abgeordneten fordern, ein Pfand auf alle elektrischen und elektronischen Geräte in Höhe von bis zu zehn Prozent des Kaufpreises beziehungsweise mindestens fünf Euro einzuführen. Bei Batterien bestehe die gleiche Problematik. lbr





Hinter den Mauern des Verkehrsministeriums wurde die Auftragsvergabe organisiert.

© picture-alliance/SZ Photo

»Mildere Mittel«

PKW-MAUT Verstöße gegen Vergaberecht im Fokus

In einem Untersuchungsausschuss gibt es unterschiedliche Sitzungsverläufe. Es gibt Tage, an denen Politstars wie Horst Seehofer (CSU) für Glanz sorgen und Fernsehkameras in großer Zahl auftauchen. Und es gibt Tage wie den Donnerstag im Juni, als sich der 2. Untersuchungsausschuss („Pkw-Maut“) in mühseliger Kleinarbeit durch die Feinheiten des Vergaberechts wühlte, beobachtet von einigen wenigen Unermüdlichen auf der Besuchertribüne. Dabei ging es in der Befragung von zwei Zeugen aus dem Bundesverkehrsministerium um einen zentralen Gegenstand des Untersuchungsausschusses: Hat das Ministerium bei der Vergabe des Auftrags für die Erhebung der Pkw-Maut gegen Vergaberecht verstoßen? Genau diesen Vorwurf hatten Vertreter des Bundesrechnungshofs in ihrer Befragung vor dem Untersuchungsausschuss erhoben. Denn das Ministerium habe nach Eingang des finalen Angebots durch Kapsch TrafficCom/CTS Eventim im Oktober 2018 unzulässigerweise mit dem Bieterkonsortium weiterverhandelt – und es habe dabei Mindestanforderungen verändert, ohne die zuvor ausgeschiedenen Bieter darüber zu informieren und ihnen so die Chance zu geben, wieder ins Rennen einzusteigen. Beide Vorwürfe wiesen die als Zeugen geladenen Vertreter der Servicestelle Vergabe des Bundesverkehrsministeriums zurück. „Ich bin nicht der Ansicht, dass gegen Vergaberecht verstoßen wurde“, sagt Claudia H., die bis Anfang Dezember 2018 als Vergabesachbearbeiterin mit der Pkw-Maut befasst war. Insbesondere sei es nicht unzulässig gewesen, mit dem letzten verbliebenen Bieterkonsortium weiterzuverhandeln. Dies habe ein Vermerk der für das Ministerium tätigen Rechtsberater ergeben.

Bei ihrer Einschätzung blieb die Zeugin auch, als sie mit dem Wortlaut der Vergabeverordnung konfrontiert wurde. Demnach gilt für Verhandlungsverfahren wie bei der Pkw-Maut: „Der öffentliche Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote und alle Folgeangebote, mit Ausnahme der endgültigen Angebote, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern.“ Die Rechtsauffassung des Ministeriums verdeutlichte H.s Vorgesetzter Arnd M., der die Vergabestelle des Verkehrsministeriums leitete. In Ausnahmefällen ist es nach seiner Darstellung erlaubt, von der zitierten Regel abzuweichen. Denn die Aufhebung eines Verfahrens sei die „Ultima Ratio“, weshalb man immer prüfen müsse, ob es nicht „mildere Mittel“ gebe. Dabei bezog sich M. auf Paragraph 97 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), wonach bei der Vergabe öffentlicher Aufträge „die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Verhältnismäßigkeit gewahrt“ werden müssen. Doch wurden bei diesen Verhandlungen möglicherweise die Mindestanforderungen verändert? Diese Frage treibt den Ausschuss um, weil im Lauf der Gespräche mit dem Bieterkonsortium erhebliche Modifikationen am ursprünglich festgelegten Leistungsumfang vorgenommen wurden. Insbesondere erhielt das Konsortium die Zusage, die Zahlstellenterminals der bundeseigenen Toll Collect GmbH mitnutzen zu dürfen. Dies trug wesentlich dazu bei, den vom Konsortium verlangten Preis auf den haushaltsrechtlichen Rahmen von rund zwei Milliarden Euro zu drücken. Die anderen ursprünglichen Interessenten hätten über diese Änderungen nicht informiert werden müssen, da sie zu diesem Zeitpunkt gar keinen Bieterstatus mehr gehabt hätten, argumentierte die Zeugin H.

Und ihr Vorgesetzter M. wies darauf hin, dass allen Bietern bekannt gewesen sei, dass Unterauftragnehmer beschäftigt werden dürften. Allerdings hatte das Ministerium während des Vergabeverfahrens eine andere Information erteilt: In dem allen Bietern zugänglichen Frage-Antwort-Katalog stand, dass das Zahlstellennetz ausschließlich für die Infrastrukturabgabe (also die Pkw-Maut) genutzt werden dürfe. Dies bedeutete implizit, dass die Terminals von Toll Collect nicht zur Verfügung standen, da diese der Erhebung der Lkw-Maut dienen. Den Widerspruch erklärte der Zeuge mit der Vermutung, dass diese Frage möglicherweise anders beurteilt worden sei, nachdem der Bund Eigentümer der zuvor privaten Toll Collect GmbH geworden sei. Auf die Nachfrage, ob es eine Option gewesen sei, das Verfahren zurückzusetzen und die anderen Interessenten wieder einzubeziehen, erklärte M.: „Das Interesse, sich weiter am Verfahren zu beteiligen, war nach meiner Einschätzung nicht mehr gegeben.“ Allerdings teilte der zuvor ausgeschiedene Bieter T-Systems laut einem Brief aus dem Jahr 2019 mit, er hätte mit aller Wahrscheinlichkeit ein Angebot abgegeben, wenn auch ihm die Möglichkeit eingeräumt worden wäre, die Terminals von Toll Collect zu nutzen. Umstrittene Gespräche gab es im Herbst 2018 auch auf höchster Ebene, nämlich zwischen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und seinem Staatssekretär Gerhard Schulz auf der einen und den Topleuten des Bieterkonsortiums auf der anderen Seite. Dem Ausschuss liegen darüber keine Aufzeichnungen vor. Er habe von diesen Gesprächen keine Kenntnis gehabt, erklärte der Zeuge M., weshalb er auch keine Einschätzung dazu abgeben könne. *Christian Hunziker*

KURZ NOTIERT

FDP fordert Tierwohl- und Herkunftskennzeichnung

Die FDP verlangt von der Bundesregierung, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine bindende, mehrstufige Tierwohl- und Herkunftskennzeichnung für alle tierischen Produkte einzusetzen. Das Label solle auf gemeinsamen Nutztierhaltungsstandards basieren, die Wettbewerbsverzerrungen mindern und einheitliche Produktionsbedingungen garantieren, heißt es im Antrag mit dem Titel: „Tierwohl europäisch denken und baurechtlich ermöglichen“ (19/20047), der an den Agrarausschuss überwiesen wurde. *fno*

Grüne fordern Einsatz für europäische Verkehrswende

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll sich die Bundesregierung für eine europäische Verkehrswende einsetzen, verlangt die Grünen-Fraktion. In einem Antrag (19/19558), der in der vergangenen Woche an den Verkehrsausschuss überwiesen wurde, sprechen sich die Abgeordneten auch für eine deutliche Verbesserung der Sozialstandards im europäischen Güterverkehr aus. Gleichzeitig fordern sie eine Stärkung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Schiene und die Erarbeitung eines europäischen Nachtzugnetzes. *hau*

Umgang mit Dämpfen von Binnenschiffen neu geregelt

Der Umgang mit gasförmigen Resten flüssiger Ladungen (Dämpfen) in Binnenschiffen, die derzeit häufig ohne weitere Vorkehrungen in die Atmosphäre entlassen werden, wird neu geregelt. Der Bundestag verabschiedete vergangene Woche den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschiffahrt“ (19/18007, 19/19695). *hau*

Dennis Rohde neues Mitglied im Vertrauensgremium

Dennis Rohde (SPD) gehört künftig dem für die Nachrichtendienst-Budgets zuständigen Vertrauensgremium sowie dem Sondergremium des Stabilisierungsmechanismusgesetzes an. Rohde folgt jeweils auf den ehemaligen Abgeordneten Johannes Kahrs (SPD). Bei den Gremien-Wahlen vergangenen Donnerstag fanden die Wahlvorschläge der AfD-Fraktion hingegen keine Mehrheit. *scr*

Umstrittene Verbote

VERKEHR AfD hält Dieselfahrverbote für wirkungslos

Die „umweltpolitisch wirkungslosen und ökonomisch höchst schädlichen Dieselfahrverbote“ müssen aus Sicht der AfD-Fraktion rückgängig gemacht werden. Das sieht ein Antrag (19/20069) vor, den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat. Die Verbote seien ohne fundierte wissenschaftliche Datengrundlage erlassen worden, beklagte Marc Bernhard (AfD). Beleg dafür sei, dass trotz Abnahme des Autoverkehrs durch den Corona-Shutdown sich der Stickstoffdioxidwert in diesem Zeitraum praktisch nicht verändert habe. „Die Hauptursache für die Luftverschmutzung in unseren Städten liegt also offensichtlich woanders“, urteilte Bernhard. Ein Befund, der auch aus Sicht von Judith Skudely (FDP) Fragen aufwirft. Es zeige sich, „dass der Zusammenhang zwischen sauberer Luft und Verkehr eben doch nicht so eng ist, wie es uns die Koalition im März 2019 weismachen wollte“. Ihrer Ansicht nach müsse die Gesetzeslage geändert und die „kalte Enteignung“ der Bürger rückgängig gemacht werden. Die Festlegung von Grenzwerten sei eine politische Abwägungsentscheidung, sagte Arno Klare (SPD). Alle Studien zu Luftschadstoffen sagten, es gebe keine gesund-

heitliche Wirkschwelle. „Da wir das Vorsorgeprinzip haben, haben wir uns für ambitionierte Werte entschieden“, betonte er. Die AfD habe bei ihren Betrachtungen vergessen, das Wetter zu berücksichtigen, sagte Ralph Lenkert (Die Linke). In Stuttgart hätten 2019 normale Wetterbedingungen geherrscht – anders als 2020, wo es eine Inversionswetterlage gebe und es kälter sei. „Damit ist es logisch, dass die Belastung mit Stickoxiden aus anderen Bereichen höher war“, schlussfolgerte er. Oliver Krischer (Grüne) sagte, dass es heute eine Verbesserung bei der Luftqualität gibt, liege allein daran, dass durch Druck der Deutschen Umwelthilfe Maßnahmen verwirklicht würden. Die Bundesregierung hingegen habe nur zugeschaut, wie die Autoindustrie „getrickt und betrogen hat“. Florian Oßner (CSU) resümierte: „Was für die AfD der Diesel ist, ist für die Grünen das Elektrofahrzeug.“ Dazwischen passten nach deren Ideologie keine Alternativen. Die Union hingegen stehe für Technologiefreiheit, moderne schadstoffarme Diesel, batteriebetriebene Elektromobilität, synthetische Kraftstoffe und Wasserstofffahrzeuge mit Brennstoffzellen „neben Bus, Bahn und Flugzeug“. *hau*

Hilfe für Schiffsbauer

WERFTEN Debatte über Unterstützung in Corona-Zeiten

Der Bundestag hat sich am Freitag auf Grundlage zweier Anträge mit der Lage in der Schiffbauindustrie beschäftigt. Sowohl CDU/CSU und SPD als auch Teile der Opposition forderten dabei Unterstützung für die Branche, die unter den weltweiten wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie leidet. Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem Antrag (19/20067) die Bundesregierung auf zu prüfen, inwieweit die Vergabe-

bestimmungen bei der Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen sowie Marinefahrzeugen so angewendet werden können, dass auch bei diesen Schiffstypen eine europarechtskonforme Vergabe an deutsche Werften unterstützt wird. Bei der Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen sollten verstärkt innovative und umweltfreundliche Technologien gefördert werden. Auch soziale und umweltfreundliche Aspekte sollten eine gewichtigere Rolle einnehmen. Der Bundestag nahm den Antrag an. An die Ausschüsse überwiesen wurde ein FDP-Antrag (19/20053). Die Abgeordneten plädieren dafür, zivile Bundes-Schiffbauprojekte früher als geplant umzusetzen. So könne man man kurzfristig für den Fortbestand der Branche sorgen. Zugleich sollten militärische Neu- und Ersatzbeschaffungen zügig ausgeschrieben und bundeseigene Schiffe mit nachhaltigen Technologien nachgerüstet werden. *pez*



Werftkräne an der Elbe in Hamburg

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige



... jetzt **kostenlosen** Probezugang anfordern!

Sie suchen Kontakte? Wir haben die Adressen!

Vertrauen Sie der OECKL-Adress-Datenbank – Ihr Kontaktportal zu Akteuren in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft.

OECKL. 70 JAHRE
DIE KONTAKTMANUFAKTUR

www.oeckl.de – mit einem Klick zum Ziel

AUFGEKEHRT

Kein L für ein U

Die Zinsen sind weg, daher empfehlen Vermögensberater, das Volk sollte Aktien kaufen. Sachwerte. Nun sollen wir tatsächlich alle Aktionäre eines Luftfahrtkonzerns werden, der mit seiner schlichten Eleganz und dem Kranich im Logo unser Basisvertrauen anspricht. „Lusthansa“ pflegte eine gute Freundin zu sagen und aalte sich wohl in Erinnerungen an einen Kulturtrip nach Mallorca in den 1970er Jahren, als der Ballermann-Tourismus noch keinen Namen hatte, geschweige einen Ruf. Als vergangene Woche die erste Test-Charge an deutschen Post-Corona-Touristen die Balearen heimsuchte, war die Freude allseits groß, die Hoteliers klatschten (und dachten sich ihren Teil), die Presse berichtete, die Corona-Abenteurer müssen sich gefühlt haben wie Magellan auf der Suche nach den Gewürzinseln. Der Mallorca-Tourist war immer schon ein schräger Vogel, der genau wusste, was er nicht wollte: Ruhe und Abstand. Dabei ist es geliebt. Kaum aus dem Fieger, antwortete eine junge Frau auf die Frage eines Reporters, wie sie auf der Sonneninsel zu tun gedenke: „Trinken, trinken, trinken.“ Alkohol ist auch eine dankbare Lösung, wenn es darum geht, die Spätfolgen der staatlichen Aktienkultur gedanklich zu bewältigen. Die sogenannten Charttechniker an der Börse raunen sich neuerdings seltsam anmutende Dinge zu: „Kann ein V werden“ oder „Ich befürchte ein U“, Schrecken verbreitet das L: Abschwung, Rezession, Crash. Als Kinder haben wir Buchstabenuppe bekommen und unsere Namen gesucht, da gab es keine Pandemie, Geld für Aktien hatten wir ohnehin nicht. Wenn wir Pech haben, finden wir heute nur noch ein L, die kalte Suppe können dann unsere Enkel auslöffen. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 60 JAHREN...

Abtrünnige Abgeordnete

1.7.1960: Fraktion der Deutschen Partei zerbricht. Sich auflösen, mit der Abhängigkeit von der CDU abfinden, oder sich von ihr emanzipieren? Die Deutsche Partei (DP) stand vor einer Richtungsfrage, an der sie schließlich zerbrechen sollte. Der Anfang vom Ende kam am 1. Juli 1960, als neun der 15 DP-Bundestagsabgeordneten ihren Austritt aus ihrer Fraktion bekanntgaben und



Im Kabinett Adenauer IV hatten auch ehemalige DP-Abgeordnete Posten inne.

ankündigten, sich der CDU anschließen zu wollen. Die Union regierte fortan allein. Noch bei der Bundestagswahl 1957 hatte die CDU der DP ins Parlament verholfen, indem sie in mehreren Wahlkreisen auf Direktkandidaten verzichtet hatte. Ohne diese Absprache hätte die DP, die unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb, nicht die für den Einzug in den Bundestag erforderlichen Direktmandate gewonnen. Die Union holte zwar mit 50,2 Prozent die absolute Mehrheit, ging mit der DP aber dennoch eine Koalition ein. Dass die DP-Abgeordneten den Regierungskurs mittragen, auch entgegen des Bundesparteikurses, führte zur Entfremdung zwischen Fraktion und Partei. Dennoch wurde DP-Chef Heinrich Hellwege von dem Schritt seiner abtrünnigen Parlamentarier überrascht: Man wolle nicht länger, schrieben diese, „an kleinen Parteien, die nur zersplittern und zahlreiche Wählerstimmen nicht zum Tragen bringen“, festhalten. Stattdessen wollten sie „unseren Kampf im Rahmen der großen Partei, der CDU/CSU, mit der wir seit elf Jahren in enger Partnerschaft an Deutschlands Wiederaufbau erfolgreich zusammengearbeitet haben, fortsetzen“. Bei der Bundestagswahl 1961 verlor die DP ihre letzten Mandate. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: DAS FREIHEITS- UND EINHEITSDENKMAL IN BERLIN



Nach langer Vorgeschichte setzten Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU, 2. von rechts) und die ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD, ganz rechts), Norbert Lammert (CDU, 2. von links) sowie der Designer Johannes Milla Ende Mai den ersten Spatenstich für das geplante Denkmal vor dem Berliner Stadtschloss.

Baubeginn für die Freiheitswippe

Der erste Spatenstich ist getan. Ursprünglich sollte das Freiheits- und Einheitsdenkmal am Schinkelplatz vor dem rekonstruierten Berliner Stadtschloss zum 30. Jahrestag des Mauerfalls im November 2019 eröffnet werden. Doch der Termin scheiterte an Finanzierungsfragen. Ende Mai läutete nun Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) gemeinsam mit dem Planer Johannes Milla und Sebastian Letz vom Stuttgarter Architekturbüro Milla & Partner sowie dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) und Norbert Lammert (CDU) den Baubeginn für das lang umstrittene Projekt ein. Auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals vor dem Humboldt Forum soll unter dem Motto „Bürger in Bewegung“ eine bewegliche Schale an die deutsche Wiedervereinigung erinnern. Die Schale ist 50 mal 18 Meter groß und umfasst eine begehbare Fläche von 700 Quadratmetern. Besucher können diese nur gemeinsam in Bewegung bringen, indem sich auf einer

Hälfte mindestens zwanzig Personen mehr zusammenfinden als auf der anderen. Die Botschaft: Einheit hat mit Balance zu tun und muss immer wieder neu erarbeitet werden. Das Denkmal soll offen für spontane, informelle, spielerische, aber auch offizielle Begegnungen sein. Es erinnere an die Zivilcourage der Menschen, „die ihre Stimme für demokratische Freiheitsrechte erhoben“, sagte Grütters beim Spatenstich. Es stehe für Mut, Freiheitsstreben und Gewaltlosigkeit. Sie wünsche sich, dass das Denkmal ein Ort der friedlichen Begegnung und des Austausches für Menschen aller Nationen werde. Architekt Sebastian Letz erklärte, das Denkmal sei eine soziale Skulptur: „Sie gewinnt Leben, wenn die Besucher sich zusammenfinden, verständigen und gemeinsam bewegen“, sagte er. 2018 genehmigte der Haushaltsausschuss des Bundestages die notwendigen 17 Millionen Euro für den Bau des Denkmals. Erstmals beschlossen hatte der Bundestag das

Projekt im Jahr 2007. Im Gespräch ist es allerdings bereits seit 1998. Doch ein gescheiterter Wettbewerb, Meinungsverschiedenheiten im Siegerteam und Einwände von Denkmal- und Tierschützern sorgten für immer neue Verzögerungen. Zuletzt hatten im Baugrund lebende und als gefährdet geltende Zwerg- und Wasserfledermäuse den Baubeginn verzögert. Per Gutachten wurde nachgewiesen, dass derzeit keine Fledermäuse mehr in dem Sockel leben. Ende April stimmte die Berliner Senatsumweltverwaltung dann einem geänderten naturschutzrechtlichen Konzept des Bundes zum Schutz der Fledermäuse zu und erteilte eine Ausnahme genehmigung für den Bau. Die Planer kündigten an, dass die Arbeiten bis Ende 2021 abgeschlossen sein sollen. Im Frühjahr 2022 könne das Denkmal voraussichtlich seiner Bestimmung übergeben werden – als Treffpunkt zum Austausch und für den demokratischen Streit. *Lisa Brüßler*

LESERPOST

Zur Ausgabe 20 vom 11. Mai 2020, „Sorglos in der Krise“ auf Seite 1: Das Editorial zu den Lockerungsmaßnahmen in der Corona-Pandemie hat mich begeistert. Eins der besten, das ich in dieser Hinsicht gelesen habe. Danke!

Klaus Harke, Köln

Zur Ausgabe 21-22 vom 18. Mai 2020, „Zu schnell unterwegs“ auf Seite 8: Vielen Dank für den Artikel zur neuen Bußgeldkatalog-Verordnung. Bei der Lektüre über die dazu geführten Diskussionen musste ich doch etwas inne halten. In Berlin zum Beispiel nimmt der Fahrradverkehr auf Gehwegen seit Jahrzehnten unbehelligt zu. Seit dem letztem Jahr noch verstärkt durch E-Scooter, von Extremverstößen wie illegalen Autorennen ganz zu schweigen. Auf Nachfrage gibt die bedauernde Berliner Poli-

zei offen zu, nicht über die Mittel zu verfügen, den Verkehrsraum zu schützen. Ein neuer Bußgeldkatalog ändert daran nichts. Wenn der Verabschiedung von Verordnungen keine Wirkmacht verliehen wird, passiert nur eines: die politische Arbeit macht sich lächerlich und unsere Demokratie wird zum Gespött. Die Höhe von Strafen und Bußgeldern erscheint ganz und gar nebensächlich, solange die staatlichen Organe die demokratisch beschlossene Ordnung nicht durchsetzen können. Es ist beängstigend, dass bei der Diskussion über Bußgelder Überlegungen zu ihrer Durchsetzung gänzlich fehlen.

Andreas Glass-Kehrer, Berlin

Zur Ausgabe 21-22 vom 18. Mai 2020, „Entlastung in Sicht“ auf Seite 10: Ich möchte in Frage stellen, ob eine Entlastung nötig ist. Deutschland kann keine eigenständ-

ige Außenpolitik betreiben – siehe etwa zu den Fragen des Ukraine-Konflikts das „Normandie-Format“ mit Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine. Es ist nicht vorstellbar, dass unter solchen Voraussetzungen ein Ministerium mit 12.000 Mitarbeitern überlastet ist und entlastet werden muss.

Hans-Dieter Seul, Berlin

Zur selben Ausgabe „Die Zeit läuft“ auf Seite 6:

In der von Partei-Egoismus und Besitzstandswahrung geprägten Diskussion um eine Wahlrechtsreform möchte ich eine Lösungsmöglichkeit vorschlagen. Wenn aus den 299 Direktwahlkreisen nicht nur der oder die Erste in den Bundestag einzieht, sondern Platz 1 und Platz 2 ein Mandat erhalten, wird die vorhergesehene Zahl von 598 Mandaten niemals überschrit-

ten. Was spricht gegen diese einfache Regelung? Abgesehen von diesem Vorschlag stelle ich mir die Frage, ob Deutschland bei 83 Millionen Einwohnern überhaupt 598 Volksvertreter braucht. Im Repräsentantenhaus in den USA sitzen 435 Frauen und Männer – bei 330 Millionen Einwohnern.

Alfred Paulzen, Mönchengladbach

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 6. Juli.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 29.6 – 3.7.2020

Corona-Steuerhilfegesetz (Mo.),
Nachtragshaushaltsgesetz (Do.)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Petra Crone
Bundestagsabgeordnete 2009-2017, SPD
Petra Crone wird am 3. Juli 70 Jahre alt. Die Sozialwissenschaftlerin aus Kierspe/Märkischer Kreis trat 1988 der SPD bei, gehörte dem NRW-Landesparteirat und von 2013 bis 2017 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1999 bis 2014 war sie Ratsfrau in Kierspe. Im Bundestag wirkte Crone im Ernährungs- und im Familienausschuss mit. *brm*

PERSONALIA

>Sibylle Laurischk
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, FDP
Am 22. Mai starb Sibylle Laurischk im Alter von 65 Jahren. Die Rechtsanwältin aus Offenburger trat 1990 der FDP bei und war von 2003 bis 2010 Vorsitzende ihrer Partei im Ortenaukreis. Von 1994 bis 2014 gehörte sie dem Offenburger Stadtrat und von 2004 bis 2009 dem Kreistag an. Laurischk wirkte im Familienausschuss mit und stand von 2009 bis 2013 an dessen Spitze.

>Joachim Kalisch
Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CDU
Joachim Kalisch starb am 25. Mai im Alter von 90 Jahren. Der Großhandelskaufmann aus Berlin trat 1948 der CDU bei, stand von 1960 bis 1964 an der Spitze der dortigen Jungen Union und gehörte von 1977 bis 1979 dem CDU-Landesvorstand an. Kalisch betätigte sich im Innenausschuss.

>Wolfgang Krause
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU
Am 4. Juni starb Wolfgang Krause im Alter von 84 Jahren. Der Diplom-Ingenieur aus Dessau trat 1954 der CDU in der DDR bei, war dort 1989/90 kurzzeitig Kreisvorsitzender und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Dessau-Bitterfeld arbeitete im Bundestag im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Paul Breuer
Bundestagsabgeordneter 1980-2003, CDU
Am 25. Juni wird Paul Breuer 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Siegen trat 1969 der CDU bei, war von 1981 bis 2003 Kreisvorsitzender und zog 1983 in den CDU-Landesvorstand Westfalen-Lippe bzw. NRW ein. Von 1979 bis 1992 war er Ratsherr in Siegen, von 1975 bis 2014 Kreistagsmitglied. Zwischen 2003 bis 2014 amtierte er als Landrat des Kreises. Als verteidigungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1992 bis 2003 engagierte er sich vor allem im gleichnamigen Ausschuss.

>Honor Funk
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, 1985-1987, 1988-1989, CDU
Am 27. Juni vollendet Honor Funk sein 90. Lebensjahr. Der Diplom-Agraringenieur und Landwirt aus Ochsenhausen/Kreis Biberach war von 1969 bis 1994 Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag arbeitete Funk vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1989 bis 1999 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

>Renate Gradistanac
Bundestagsabgeordnete 1998-2009, SPD
Am 27. Juni wird Renate Gradistanac 70 Jahre alt. Die Gymnastiklehrerin aus Wildberg/Kreis Calw trat 1989 der SPD bei und war von 1991 bis 2001 dort stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbands. Von 1989 bis 1999 gehörte sie dem Gemeinderat von Wildberg und von 1994 bis 2002 dem Kreistag in Calw an. Sie wirkte im Familien- und im Tourismusausschuss mit.

>Ernst Kranz
Bundestagsabgeordneter 2002-2009, SPD
Ernst Kranz begeht am 28. Juni seinen 70. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Wutha-Farnroda/Wartburgkreis trat 1989 der SDP/SPD bei und war von 1999 bis 2004 Mitglied des thüringischen SPD-Landesvorstands. Von 1990 bis 2002 amtierte er als hauptamtlicher Bürgermeister in Wutha-Farnroda. Kranz arbeitete im Verkehrs- sowie im Rechtsausschuss mit.

>Gerald Thalheim
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, SPD
Am 29. Juni wird Gerald Thalheim 70 Jahre alt. Der Diplom-Landwirt aus Claußnitz/Kreis Mittelsachsen zählte 1989 zum Gründerkreis der SDP/SPD in der DDR und gehörte von 1990 bis 1994 dem Kreistag in Mittweida an. Von 1998 bis 2005 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Er wirkte im EU-Ausschuss sowie im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Uwe-Jens Rössel
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, PDS
Uwe-Jens Rössel wird am 2. Juli 70 Jahre alt. Der Diplom-Wirtschaftler und wissenschaftliche Mitarbeiter trat 1974 der SED bei. Von 1991 bis 1994 war er Referent in der Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste. Der kommunalpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1998 bis 2002 engagierte sich im Finanz-, im Haushalts- sowie im Verteidigungsausschuss.

>Dieter Grasedieck
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD
Dieter Grasedieck vollendet am 2. Juli sein 75. Lebensjahr. Der Oberstudiendirektor aus Bottrop wurde 1971 SPD-Mitglied und stand von 1995 bis 2001 an der Spitze des Unterbezirks Bottrop. Von 1976 bis 2004 war er Ratsherr und von 1990 bis 1992 Bürgermeister. Grasedieck engagierte sich im Finanz- sowie im Bildungsausschuss. *brm*

SEITENBLICKE



WENN DAS HANDY 2-MAL KLINGELT...



Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Europa starkmachen und gemeinsam neue Wege gehen



Angela Merkel (*1954)
Wahlkreis Vorpommern-Rügen

Am 1. Juli beginnt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Das ist eine Aufgabe, auf die ich mich sehr freue und auf die sich die ganze Bundesregierung sehr freut; denn Europa braucht uns, so wie wir Europa brauchen: nicht nur als historisches Erbe, das wir geschenkt bekommen haben, sondern als ein Projekt, das uns in die Zukunft führt. Europa ist ja nicht einfach etwas, das wir besitzen. Es ist etwas, das wir gestalten können und müssen. Europa ist eine offene, eine dynamische Ordnung des Friedens und der Freiheit, die wir stetig verbessern können und müssen.

Europa lag am Boden, als es geschaffen wurde; zerstört, zersplittert und zerstritten nach der Katastrophe des Vernichtungskriegs und des Zivilisationsbruchs der Shoah, verursacht durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft, durch Deutschland. Und dennoch gelang es den Gründungsvätern und -müttern, das tiefe Misstrauen, die bitteren Erfahrungen aus Krieg und Vertreibung nicht zu vergessen, nicht zu leugnen, sondern anzunehmen und in ein friedliches, demokratisches Europa zu verwandeln. Sie schufen damals mit dem unbedingten Willen zur Versöhnung aus den Trümmern der feindlichen Nationalstaaten eine europäische Gemeinschaft. Ausgehend von einer Wirtschaftsgemeinschaft, verpflichteten sich Mitglieder, Grenzkontrollen abzuschaffen und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu verbürgen. Das war die Lehre aus

dem furchtbaren Krieg: dass in Europa nie wieder der nationalistische, rassistische Wahn einzelne Menschen oder Gruppen ausgrenzen und entmenschlichen dürfte, dass in Europa die politische, kulturelle, religiöse Vielfalt der Menschen nicht nur respektiert, sondern geschützt werden muss.

Wir sind als Europäische Union gewachsen. Die Europäische Union hat sich nicht nur erweitert, sondern sie hat sich auch vertieft. Europa ist nicht nur einfach größer geworden, sondern hat auch mit jedem Gipfel, jeder Verhandlung, jedem Konflikt, jeder Auseinandersetzung an Substanz und – ja, auch das, wenn auch manchmal unendlich mühsam – an gegenseitigem Verständnis gewonnen.

Das hat uns auch ermöglicht, viele Krisen zu bestehen: die Ablehnung der europäischen Verfassung vor der letzten deutschen Ratspräsidentschaft 2007, die Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise, die uns ab 2008 erschüttert haben, und zuletzt 2015 die großen Flüchtlingsbewegungen. Das alles war wahrlich nicht immer leicht. Da gab es bittere Konflikte, und es gab auch Verletzungen. Es gab auch immer wieder Missverständnisse oder Fehleinschätzungen. Aber sie haben nie zum Bruch, nie zur Absage an Europa geführt. Daran, so paradox das auch erscheinen mag, ändert auch ein Einschnitt wie der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nichts. Nein, mehr noch: Auch diese Entscheidung, die wir uns gewiss nicht gewünscht haben, hat letztlich nur dazu geführt, dass uns 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sogar stärker denn je die Gewissheit leitet, es nur als Gemeinschaft schaffen zu können, unsere europäischen Werte und Interessen zu leben und weltweit zu behaupten. Das ist eine ungeheure Leistung aller in der Europäischen Union. Vielleicht, meine

Damen und Herren, leidet Europa auch daran, dass wir, die wir Europa wollen, zu selten sagen, worauf wir stolz sein können. Vielleicht leidet Europa auch daran, dass wir es zu lange als selbstverständlich genommen haben, dass wir es zu sehr den Gegnern überlassen haben, über Europa zu sprechen, anstatt dass wir, die wir von Europa überzeugt sind, es zum Kern der politischen Diskussion machen. Das beinhaltet natürlich auch Kritik oder Ungeduld, die Europa genauso braucht wie Fantasie und Gemeinsinn. Deswegen lassen Sie mich hier auch ganz persönlich sagen: Als Deutsche, als jemand, die die ersten 35 Lebensjahre in der DDR gelebt hat, erfüllt mich Europa mit seinem demokratischen Versprechen von Freiheit und Gleichheit unverändert mit großer Dankbarkeit und mit der Verpflichtung, mich mit ganzer Kraft für dieses europäische Versprechen einzusetzen; denn Europa wird nicht das Europa sein, das wir wollen, wenn wir es passiv und bequem hinnehmen. Europa wird nur wachsen und gedeihen, wenn wir unsere ganze Kraft darauf richten, wenn wir Ehrgeiz dafür entwickeln, was aus Europa noch werden kann.

Die EU hat sich nicht nur erweitert, sondern sie hat sich auch vertieft.

Wir übernehmen diese Verantwortung in einer Zeit, in der die Europäische Union der größten Herausforderung ihrer Geschichte gegenübersteht. Und deswegen ist für die Bundesregierung diese deutsche Ratspräsidentschaft mitten in der Pandemie eine so große Herausforderung. Denn wir müssen ja einerseits die Folgen der Krise bewältigen, aber zugleich auch Europa widerstandsfähiger und zukunftsfähiger machen. Die Krise, die wir gerade erleben, ist anders als all das, was wir seit der Gründung Europas erlebt haben. Die Coronaviruspandemie trifft uns alle, unverschuldet und unvorbereitet, in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt.

Sie hat allein in Europa mehr als 100 000 Menschen das Leben gekostet. Wenige Wochen des wirtschaftlichen Stillstands haben ausgereicht, um vieles, was wir über Jahre aufgebaut haben, zu gefährden. Selbstverständliche Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger wurden vorübergehend eingeschränkt. Das war ein sehr hoher Preis, und der ist jedem, der an diesen Entscheidungen beteiligt war, schwergefallen, auch mir.

Die kritischen Stimmen zu den Einschränkungen der Grundrechte waren wichtig. Eine demokratische Gesellschaft, in der sich niemand regt, wenn demokratische Grundrechte angetastet werden, wäre keine. Aber es gab und es gibt besondere Umstände, unter denen ich diese Maßnahmen nicht nur für richtig, sondern für unverzichtbar gehalten habe, und manche, wie die Einhaltung des Mindestabstandes von anderthalb Metern oder das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes im öffentlichen Raum, halte ich weiter für unverzichtbar. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Virus ist nicht weg. Es ist da, solange es keinen Impfstoff und kein Medikament gibt; wir erleben es ja jeden Tag. Aber wir müssen auch zugeben: Die Pandemie hat offengelegt, wie fragil das europäische Projekt noch ist. Die ersten Reflexe, auch unsere eigenen, waren eher national und nicht durchgehend europäisch. Das war, so gut manche Gründe dafür auch gewesen sein mögen, vor allem unvernünftig. Denn eine globale Pandemie verlangt gemeinsames, internationales Handeln und wechselseitige Unterstützung. Ich bin froh, dass die Europäische Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen so rasch und umsichtig agiert hat und uns immer wieder zu gemeinsamen Absprachen aufgefordert hat.

Die Pandemie hat uns auch Europas Abhängigkeit von Drittstaaten bei der Produktion von Medikamenten oder Schutzausrüstung deutlich gemacht. Defizite bei der Beschaffung, Bevorratung und Verteilung medizinischer Ausrüstung wurden offengelegt. Und ja, auch Unterschiede der Wirtschafts- und Haushaltslage in den EU-Mitgliedsländern wurden durch die Pandemie verschärft.

Hinzu kommt, dass die Pandemie zwar alle getroffen hat, aber nicht alle gleich. Die medizinischen und ökonomischen Folgen der Krise vertiefen die Ungleichheiten in der Europäischen Gemeinschaft. Die Pandemie zeigt uns: Unser Europa ist verwundbar. Und deswegen sage ich aus voller Überzeugung: Noch nie waren Zusammenhalt und Solidarität in Europa so wichtig wie heute.

Kein Land kann diese Krise isoliert und allein bestehen. Sie lässt sich nur überwinden, wenn wir miteinander und füreinander handeln. Unser gemeinsames Ziel muss es jetzt sein, die Krise gemeinschaftlich, nachhaltig und mit

Blick auf die Zukunft zu bewältigen, und genau das wird das Leitmotiv unserer EU-Ratspräsidentschaft sein. Ich bin überzeugt, dass im Angesicht der Pandemie das Engagement für die Europäische Union nicht nur politisch und menschlich geboten ist, sondern der leidenschaftliche Einsatz für ein solidarisches Europa sich auch wirtschaftlich als nachhaltiger erweisen wird als alles andere. Und natürlich braucht ein starkes Europa ein starkes Deutschland. Dass dies so bleibt, dafür setzt sich die Bundesregierung mit ganzer Kraft ein, indem wir die Folgen der Pandemie entschlossen bekämpfen, und dank Ihnen, dem schnellen und entschlossenen Handeln des Deutschen Bundestages haben wir Unterstützungspakete verabschieden können, die jetzt ja auch schon gewisse Wirkung zeigen.

Damit haben wir es nicht bewenden lassen, sondern wir haben ein Konjunktur- und Zukunftspaket in Höhe von 130 Milliarden Euro vorgelegt, das wir in diesen Tagen auch im Parlament beraten. Doch zugleich sollten wir nicht vergessen, dass unsere nationalen Maß-

Die kritischen Stimmen zu den Einschränkungen der Grundrechte waren wichtig.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

nahmen nur wirklich erfolgreich sein werden, wenn auch die anderen Mitgliedstaaten der EU stark sind und wenn unser nationales Handeln durch europäisches Handeln flankiert wird. Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Die Pandemie und der mit ihr verbundene Wirtschaftseinbruch sind die größte Herausforderung in der Geschichte Europas. Wie Europa im Vergleich zu anderen Regionen der Welt diese Krisen bewältigt, das wird über den Wohlstand der europäischen Bürgerinnen und Bürger entscheiden und über Europas Rolle in der Welt.

Aber die Aufgabe ist sogar noch größer; sie ist nämlich eine doppelte. Denn wir leben ja in einer Zeit, in der sich ganz unabhängig von der Pandemie unsere Art zu leben und zu wirtschaften in einem tiefen Umbruch befindet, getrieben von zwei Entwicklungen: dem Klimawandel, dem wir mit einer kohlenstoffarmen und in Zukunft CO₂-neutralen Lebensweise begegnen müssen, sowie der Digitalisierung, die unsere Art zu arbeiten und zusammenzuleben fundamental verändert, und das in einem rasanten Tempo.

Und daraus folgt: Die Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie darf eben keine Rückkehr zu herkömmlichem Arbeiten und Wirtschaften sein, sondern muss den Wandel in ein neues Arbeiten und Wirtschaften stärken und beschleunigen. Davon hängt ab, ob wir nach der Pandemie kreative, wettbewerbsfähige Unternehmen und nachhaltige gesicherte Arbeitsplätze haben.

Die Pandemie hat offengelegt, wie fragil das europäische Projekt noch ist.

Und wir wissen, dass andere in der Welt nicht ruhen, sondern sehr entschlossen und sehr robust handeln. In diesem Geist habe ich Mitte Mai gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron einen 500 Milliarden Euro starken Fonds für die wirtschaftliche Erholung Europas vorgeschlagen. Dieser soll den neuen EU-Finanzrahmen in seinen ersten Jahren verstärken und vor allem die am stärksten von der Pandemie betroffenen Regionen Europas mit Investitionen in ihre Zukunftsfähigkeit unterstützen.

Ich begrüße sehr, dass die Europäische Kommission zusammen mit dem Vorschlag für den nächsten mittelfristigen Finanzrahmen ihren Plan zur wirtschaftlichen Erholung vorgelegt hat, in dem sich auch zahlreiche Aspekte der deutsch-französischen Initiative wiederfinden. Die aktuellen Zahlen belegen ja den dramatischen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit und Wirtschaftskraft in Europa, und deshalb müssen wir jetzt entschlossen und rasch handeln. Daher werde ich mich dafür einsetzen, dass wir im Europäischen Rat möglichst schnell zu einer Einigung sowohl zum mehrjährigen Finanzrahmen als auch zum Aufbaufonds kommen. Die Ausgangslage ist alles andere als einfach. Aber ich hoffe darauf, dass alle Mitgliedstaaten jetzt im Geiste des Kompromisses handeln, angesichts dieser nie dagewesenen Situation.

Das Beste wäre, wenn uns eine Einigung vor der Sommerpause gelänge. Dann würden wir in unse-

rer Ratspräsidentschaft mit dem Europäischen Parlament verhandeln, und die nationalen Parlamente hätten Zeit für die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses bis Jahresende. Dann könnten beide – der mehrjährige Finanzrahmen und der Plan zur Erholung Europas, die im Übrigen zusammengehören – zu Beginn 2021 ihre Wirkung zum Wohl Europas entfalten.

Beim Europäischen Rat morgen, der als Videokonferenz stattfindet, ist zunächst nur ein erster Austausch geplant, und danach wird es intensive Konsultationen durch den Präsidenten des Europäischen Rates geben. Entscheidungen werden wir aber erst bei einem physischen Zusammenkommen des Europäischen Rates treffen können.

Der Plan zur Erholung Europas ist ausdrücklich auf die Pandemie bezogen, zielgerichtet und zeitlich begrenzt. Die Europäische Kommission wird einmalig ermächtigt, Anleihen im Namen der Europäischen Union am Markt aufzunehmen und diese für krisenbezogene Zuschüsse zu verwenden. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, dass dies auf einer sicheren rechtlichen Grundlage geschieht, die Einstimmigkeit im Rat erfordert und die die Haushaltsrechte der nationalen Parlamente achtet. Ich begrüße daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, diese Ausnahmemaßnahme und ihre Begrenzung im Eigenmittelbeschluss zu verankern, der dann von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss.

Dieser Fonds ist ein dringendes

Gebot der Stunde, um eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung aller betroffenen Regionen und Bereiche in Europa möglich zu machen. Nur so können wir Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt in Europa langfristig sichern. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Pandemie zu einem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Perspektiven der EU-Mitgliedstaaten führt und damit den gemeinsamen Binnenmarkt, ein Kernelement Europas, schwächt. Und wir werden entschlossen der Gefahr entgegenarbeiten, dass sich dauerhaft ein tiefer

Spalt durch Europa zieht. Wir dürfen nicht naiv sein: Die antidemokratischen Kräfte, die radikalen, autoritären Bewegungen warten ja nur auf ökonomische Krisen, um sie dann politisch zu missbrauchen. Da scheint sich jemand angesprochen zu fühlen. Sie warten nur darauf, soziale Ängste zu schüren und Unsicherheiten zu verbreiten. Sich für eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen Europas einzusetzen, ist auch ein politisches Instrument gegen Populisten und Radikale.

Meine Damen und Herren, die Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sind hoch; dessen müssen wir uns bewusst sein. Deshalb haben wir wegen der Pandemie unsere Prioritäten präzisiert, aber gleichzeitig haben wir die anderen großen Herausforderungen unserer Zeit fest im Blick. Ich möchte an dieser Stelle heute drei Bereiche nennen.

Erstens: der Klimaschutz und mit ihm der Übergang zu einer klima-

neutralen Wirtschaft. Weil der Klimawandel und auch der digitale Fortschritt unsere Art, zu wirtschaften, zu arbeiten und zu leben, grundlegend und tiefgreifend verändern, haben wir, aufbauend auf den Klimabeschlüssen vom letzten Jahr, sowohl in unserem nationalen Zukunftspaket als auch beim europäischen Aufbaufonds klar auf die Förderung grünen Wachstums und des digitalen Fortschritts gesetzt. Die von der Europäischen Kommission vorgelegte Strategie für einen Grünen Deal bietet gerade bei der Erholung der europäischen Wirtschaft eine zentrale Leitlinie und auch eine große Chance, vor allem für europäische Unternehmen mit hoher Innovationskraft.

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Europas und die Zukunft kommender Generationen werden wir auch die Beratungen für ein europäisches Klimaschutzgesetz intensiv fortführen, mit dem Ziel, eine gemeinsame Position der Mitgliedstaaten zu erreichen. Unser Ziel, um das wir ja sehr gerungen haben, ist, dass wir Europas Klimaneutralität bis 2050 rechtlich verbindlich festschreiben können und dementsprechend auch die Ziele für 2030 anpassen.

Zweitens. Wir wollen die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen. Um den wirtschaftlichen Erfolg Europas und damit seine Handlungsfähigkeit auch zukünftig zu sichern, muss Europa sowohl technologisch als auch digital souverän werden. Denn die Pandemie hat überaus deutlich gemacht, in welchen Abhängigkeiten sich Europa im digitalen Bereich befindet, sowohl was Technologie, aber auch was Dienstleistungen betrifft.

Dabei bedeutet digitale Souveränität nicht, dass wir in Europa alles können müssen. Wir müssen aber in der Lage sein, selbst zu entscheiden, wo europäische Unabhängigkeit geboten ist und wie wir sie umsetzen wollen. Das gilt etwa für den Aufbau einer sicheren und vertrauenswürdigen europäischen Dateninfrastruktur; das gilt aber auch für den Aufbau von Kapazitäten in kritischen Technologien wie etwa der künstlichen Intelligenz oder dem Quantencomputing. Hier wollen wir unsere EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um weiter voranzukommen.

Drittens. Die weltweit dramatischen Folgen der Pandemie erfordern, dass Europa mehr globale Verantwortung übernimmt, und das in einer Zeit, in der das politische Klima nicht nur in Europa, sondern auch weltweit rauer geworden ist. Antidemokratische, autoritäre, menschenverachtende Anfechtungen – sie nehmen zu. Sie wollen das, wofür Europa angetreten ist, leugnen. Sie wollen den Rechtsstaat und die Gewalten-

Noch nie waren Zusammenhalt und Solidarität in Europa so wichtig wie heute.



Politik in Zeiten von Corona: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) während einer Videokonferenz mit den Mitgliedern des Europäischen Rates im Bundeskanzleramt

teilung ausgehöhlt sehen. Sie wollen die Würde des Menschen antasten, Menschen- und Bürgerrechte infrage stellen. Sie wollen die Auseinandersetzung mit der Geschichte, die Erinnerungskultur beenden. Und nicht zuletzt wollen sie uns das nehmen, was wir zu jeder Zeit existenziell brauchen: die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge, von Information und Desinformation, von Wissen und Nichtwissen. Dem müssen wir uns entschieden

Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen – nicht nur hier bei uns, nicht nur in Europa,

entgegenstellen – nicht nur hier bei uns, nicht nur in Europa. Europa und sein Versprechen von Frieden, Freiheit und Gleichheit sind kostbar. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, wenn es von innen und außen beschädigt wird. Jede Generation hat die Aufgabe, es neu zu gestalten, und das ist keine historische Bürde, sondern ein demokratisches Geschenk. Die Welt braucht somit gerade in dieser Zeit Europas starke Stimme für den Schutz der Menschenwürde, der Demokratie und der Freiheit; denn auch viele humanitäre Krisen verschärfen sich, aber treten vor den aktuellen Ereignissen

scheinbar in den Hintergrund. Wir werden daher in unserer EU-Ratspräsidentschaft auch die Bedürfnisse, Anliegen und Nöte unserer Partner in der Welt in den Blick nehmen.

So wird Afrika ein außenpolitischer Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Staaten Afrikas besonders stark unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronaviruspandemie leiden.

Zugleich haben gerade die Staaten Afrikas viel Erfahrung mit der Bekämpfung von Pandemien, wie die Erfolge Ruandas, Ugandas oder Ghanas bei der Bekämpfung des Ebolavirus eindrucksvoll zeigen. Auf dem Gipfel der Europäischen Union und der Afrikanischen Union im Oktober wird es daher darum gehen, gemeinsame Antworten auf die Krise zu finden, darauf, wie die Folgen der Pandemie abgemildert werden können. Aber es wird auch darum gehen, Afrika als Kontinent der Zukunft in den Blick zu nehmen und unsere Beziehungen partnerschaftlich zu gestalten.

Auch Europas Beziehungen zu China werden weiterhin im Mittelpunkt unserer EU-Ratspräsidentschaft stehen. Die Entscheidung, das für den 14. September in Leipzig geplante EU-China-Treffen aufgrund der Pandemie zu verschieben, ist uns nicht leichtgefallen. Mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping bin ich mir einig, dass wir dieses Treffen nachholen. Denn gerade gegenüber einem strategischen Partner wie China ist es wichtig, dass Europa mit einer Stimme aller 27 Mitgliedstaaten spricht. Nur so können wir überzeugend für unsere europäischen Werte und Interessen eintreten. Ich plädiere für einen offenen Dialog, bei dem wir mit China auch an so wichtigen Themen weiterarbeiten wie dem Abschluss eines Investitionsabkommens, Fortschritten im Klimaschutz oder unserer gemeinsamen Rolle in Afrika, aber genauso an Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte und nicht zuletzt an der Zukunft Hongkongs, wo uns

Wir wollen die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen.

die Sorge umtreibt, dass das so wichtige Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ mehr und mehr ausgehöhlt wird. Diesen Dialog werden wir auch in der deutschen Ratspräsidentschaft fortsetzen und hoffentlich auch als EU Ergebnisse für Klimaschutz, Freihandel und Multilateralismus erzielen. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Coronaviruspandemie hat unser gesellschaftliches, wirtschaftliches und politisches Leben völlig auf den Kopf gestellt. Wir leben in der Pandemie. Doch so, wie Europa die letzten Krisen überwunden hat, bin ich zuversichtlich, dass wir auch diese Krise

jetzt gemeinsam bestehen werden, indem wir uns frühzeitig fragen, welche Lehren wir für Europa aus ihr ziehen können und was Deutschland dazu beitragen kann. Die von Kommissionspräsidentin von der Leyen vorgeschlagene Konferenz zur Zukunft Europas könnte dafür ein geeignetes Format sein. Wenn wir uns in diesem Rahmen auf wenige Themen konzentrieren, könnten wir in absehbarer Zeit zu konkreten und greif-

baren Ergebnissen kommen, unter anderem dazu, das Schengensystem weiterzuentwickeln, das Wettbewerbsrecht zu modernisieren, um es an die Herausforderungen von Digitalisierung und Globalisierung anzupassen, eine europaweite Pandemievorsorge zu entwickeln oder einen europäischen Sicherheitsrat in außenpolitischen Fragen zu schaffen.

All das ist von größter Bedeutung, doch entscheidend und alles überragend wird sein, dass wir uns in Europa mutig füreinander starkmachen und gemeinsam neue Wege gehen. „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ – das genau ist das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Dafür wird sich Deutschland, dafür wird sich die Bundesregierung, dafür werde ich mich mit aller Kraft und Leidenschaft in unserer deutschen Ratspräsidentschaft einsetzen. Ich bitte Sie: Lassen Sie uns das gemeinsam tun. Ich bitte Sie deshalb für diesen Weg um Ihre Unterstützung, und ich bin überzeugt: Das Engagement für Europa, es wird sich lohnen. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Nein zu neuen Haftungsrisiken und Milliardentransfers



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Schade, Frau Merkel, wieder eine Gelegenheit verpasst, um den Bürgern reinen Wein einzuschenken, reinen Wein über die enorme Steigerung der finanziellen Lasten, die auf unser Land zukommen. Da ist zum einen – passend zum Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft – die dreiste Forderung der EU-Kommission, die deutschen EU-Beiträge um mehr als 40 Prozent ansteigen zu lassen. Das allein bedeutet rund 13 Milliarden Euro mehr pro Jahr.

Statt den EU-Haushalt nach dem Ausscheiden Großbritanniens entsprechend zu kürzen, soll der deutsche Steuerzahler einspringen, ja sogar überkompensieren.

Zum Zweiten: das Pandemieanleiheaufkaufprogramm der EZB, das erst vor zwei Wochen auf die astronomische Summe von 1 350 Milliarden Euro aufgestockt wurde. Die Coronakrise muss auch hier als Vorwand für die quasi unbegrenzte rechtswidrige Staatsfinanzierung über die Notenpresse herhalten. Bürge der letzten Instanz ist der deutsche Steuerzahler, der obendrein noch durch die Nullzinspolitik enteignet wird.

Auch dazu kein Wort von Ihnen. Ich frage mich: Haben Sie eigentlich den Warnschuss aus Karlsruhe nicht gehört? Wir haben das. Darum wird die AfD-Fraktion auch dagegen klagen.

Drittens: der sogenannten

Green Deal; Sie haben es eben erwähnt. Kommissionspräsidentin von der Leyen jongliert mit mindestens 1 Billion Euro, die sie für grüne CO₂-neutrale Luftschlösser verpulvern will. Wer soll das eigentlich noch bezahlen?

Viertens: der sogenannte Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro. Deutschland bürgt allein für 135 Milliarden Euro, mindestens. Wieder dient die Coronakrise als Vorwand, um das Tabu der rechtswidrigen Vergemeinschaftung der Staatsschulden zu brechen. In Paris, Madrid und Rom plant man schon eifrig neue Ausgabenprogramme.

Die deutschen Bürger, die jetzt schon länger arbeiten, höhere Steuern zahlen und geringere Renten und Privatvermögen haben als die Bürger der Empfängerländer dieser Transfers, müssen sich dagegen auf noch höhere Belastungen einstellen.

Ich frage mich: Haben Sie eigentlich den Warnschuss aus Karlsruhe nicht gehört?

len.

All diesen Haftungsrisiken und Milliardentransfers haben Sie zugestimmt, Frau Bundeskanzlerin, obwohl wir in diesem Land genug eigene Probleme zu lösen haben, für die wir unser Geld dringend brauchen. Wir sind kein reiches Land mehr. Die Infrastruktur bröckelt.

Das Bildungssystem stürzt ab. In Sachen Digitalisierung sind wir weit abgeschlagen. Die sozialen Sicherungssysteme stecken in der demografischen Doppelfalle aus alternder Bevölkerung und unqualifizierter Einwanderung in unseren Sozialstaat.

Dazu kommt der volkswirtschaftliche Schaden durch die Coronakrise, der von Tag zu Tag größer wird. Wir haben heute bereits über 7 Millionen Kurzarbeiter. Das sind zehnmal mehr als auf dem Gipfel der Finanzkrise im Februar 2009. Unserem Land droht eine nie dagewesene Welle von Arbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten. Der Mittelstand verarmt. Mit schuldenfinanzierten Ausgabenprogrammen kommen wir aus dieser Krise überhaupt nicht heraus. Nein, ganz im Gegenteil: Sie verschärfen die Krise dadurch noch mehr.

In dieser Situation haben wir auch keine Milliarden zu verschenken; denn wir müssen uns selbst helfen, den Lockdown und die Coroneinschränkungen unter den Schutzbestimmungen vollständig beenden, damit der Mittelstand wieder auf die Beine kommt.

Zweitens: Steuern und Abgaben deutlich und dauerhaft senken, damit Arbeitnehmer und Selbstständige wieder Luft zum Atmen haben. Und drittens und vor allem: Nein zu neuen Milliarden-transfers und Haftungsrisiken, mit denen deutsches Volksvermögen für Euro-Rettung und Transferunion verpfändet wird. Handeln Sie bitte im Interesse dieses Landes und seiner Bürger, Frau Bundeskanzlerin, und verstecken Sie sich nicht länger hinter ideologisch aufgeladener Phrasendrescherei, wie Sie es leider in Ihrer Rede heute getan haben. Sehr schade für diese verpasste Chance.

(Beifall bei der AfD – Ulli Nissen (SPD): So was Peinliches! Herr Gauland hat geschlafen am Anfang ihrer Rede! Super! – Weiterer Zuruf von der SPD: Arbeitsverweigerung!)

Martin Schulz, SPD:

Die Ratspräsidentschaft ist eine einzigartige Chance für Europa



Martin Schulz (*1955)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir sind durch harte Wochen gegangen, mussten schwierige Entscheidungen treffen, die nicht immer jedem gefallen haben, die aber notwendig waren und weiterhin notwendig sind. Ich finde, es ist bewundernswert, wie diszipliniert sich die Menschen in unserem Land verhalten haben und verhalten, besonders die, die nicht anders konnten, die sich nicht verstecken konnten, die jeden Tag zur Arbeit gehen mussten, die uns allen mit ihrer Arbeit geholfen haben, die den Laden am Laufen hielten. Wir sind ihnen auch in dieser Stunde nach wie vor zu großem Dank verpflichtet.

Aber, meine Damen und Herren, das war kein deutsche Phänomen, das war nicht nur bei uns so. Es waren auch die Menschen in Italien, die am härtesten betroffen waren und immer mit Optimismus weitergemacht haben. Die Bilder singender Menschen auf den Balkonen in Rom haben uns allen das Herz bewegt. Es waren die Menschen in Spanien, das

Land, das am stärksten von dieser Pandemie betroffen war und bis heute die höchsten Infektionszahlen hat. Es waren die Menschen in Frankreich, die durch den härtesten Lockdown gehen mussten. Selten haben die Menschen in Europa so sehr im gleichen Boot gesessen. Nein, wir sind nicht, wie ein Nachrichtenmagazin das am Wochenende schrieb, ein trauriger Kontinent. Im Gegenteil: Europa kämpft sich gemeinsam durch eine globale Pandemie. Deshalb ist das auch ein europäischer Moment. Dass wir das in Europa insgesamt bis hierhin so gut gemeistert haben, darauf sollten wir gemeinschaftlich stolz sein.

Es gab auch Fehler. Grenzen wurden geschlossen, als grenzüberschreitende Hilfe notwendig gewesen wäre. Medizinale Unterstützung wurde da zurückgehalten, wo sie auch hätte gewährleistet werden können. Und – machen wir uns nichts vor – es entstand rund um die sogenannte Coronabondsdebatte der Eindruck, Deutschland sei nicht bereit zu finanzieller Solidarität. Das war absolut falsch, aber kommunikativ war es ein Desaster. Die daraus resultierende Furcht vor dem Auseinanderbrechen Europas hat Bewegung erzeugt. Wir haben ein erstes Zeichen mit dem großen Rettungspaket von 540 Milliarden Euro gesetzt. Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen – Frau Merkel, ich habe das gehört: Sie haben das

erfunden, gemeinsam mit Herrn Macron: Der Dank dafür gilt aber insbesondere dem Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz.

Die Binnengrenzen, meine Damen und Herren, sind nun wieder auf, vor allem für die jungen Menschen in Europa, die nie Grenzen gekannt haben. Im Gegensatz zu manchen Rechtsextremisten, die gehofft haben, es gäbe jetzt Jubel, weil die Grenzen geschlossen sind, gab es den Jubel, als die Grenzen wieder aufgemacht wurden. Das ist das Europa, das die Menschen wollen.

Wir bringen ein historisches Wiederaufbauprogramm auf den Weg, 750 Milliarden Euro, wenn der Vorschlag der Kommission umgesetzt wird. Das ist eine echte solidarische Unterstützung für die Länder, die am meisten in der Krise gelitten haben. Das ist ein historischer Schritt. In meinen Augen eine längst notwendige Souveränitätsübertragung an die EU, ein Schritt, der zu einer echten Solidarität der Tat führt. Das war der Begriff der Gründerväter Europas: Solidarität der Tat; in der Krise helfen die Starken den Schwächeren. Wir machen damit einen Schritt hin zu einem Europa,

das schützt: „une Europe qui protège“, wie Präsident Macron das seit Jahren gefordert hat. Ich finde, Frau Bundeskanzlerin, dass vor allem Sie alles tun sollten, um den Vorschlag der Kommission mit der

Solidarität der Tat; in der Krise helfen die Starken den Schwächeren.

Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen.

Wir müssen diesen Schwung in der deutschen Ratspräsidentschaft nutzen; denn – Sie haben es beschrieben, Frau Merkel – alle alten Probleme sind immer noch da. Europa spricht nicht mit einer Stimme in der Welt. In der EU respektieren Mitgliedstaaten die eigenen grundlegenden Werte der Union nicht, und ein Mitgliedstaat tritt aus. All diese Probleme sind alt, und sie müssen gelöst werden. Wir müssen die EU umbauen zu einer echten Solidarunion, in der es eine Mindestbesteuerung für Unternehmen gibt, in der nicht die Digitalkonzerne sich an der Steuer vorbeimogeln können, in der die Klimapolitik beherzt angepackt wird, aber in solidarischer und sozialer Verantwortung, in der nicht die Überschüsse der einen die Arbeitslosigkeit der anderen sind, in ein Europa, in dem soziale Mindestsicherungssysteme und eine Arbeitslosenrückversicherung eingeführt werden, ein Europa, in dem nicht die Selbstsucht der Wohlhabenden die Verbitterung der Ärmern provoziert; das sage ich an die Adresse der sogenannten frugalen Vier, wie diese Reichtumsseparatisten fälschlicherweise genannt werden.

In einer solchen Solidarunion leistet jeder den Beitrag, den er leisten kann. Und wer diesen Beitrag nicht leisten will, meine Damen und Herren, sei es in der Flüchtlingspolitik oder in der Finanzpolitik, wer sich unsolidarisch zeigt, wer die grundlegenden Prinzipien der Europäischen Union mit Füßen tritt, der kann dann auch nicht erwarten, dass er ohne Sanktionen aus dem EU-Haushalt finanziert wird. Wir brauchen eine EU, in der die Geschwindigkeit nicht von denen bestimmt wird, die eigentlich lieber rückwärts gehen wollen. Es sind große Weichenstellungen nötig. Wenn sich die EU um die großen Fragen dieser Zeit kümmern soll, dann braucht sie dazu auch die notwendigen Kompetenzen und Ressourcen. Wenn wir in der internationalen, der globalisierten Welt Klimaschutz, Handel, soziale Gerechtigkeit, Steuerpolitik, den Frieden stabilisieren wollen, dann braucht die EU vertiefte Strukturen. Dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, eingestanden haben, dass diese Debatte darüber bis hin zu Vertragsänderungen gehen muss, kommt etwas spät, aber es ist der richtige Weg.

Wenn, meine Damen und Herren, wir die EU handlungsfähiger machen, dann, damit wir nicht das erleben, was wir im Umgang

mit China erleben: Die einen wollen richtigerweise Sanktionen wegen Polizeiknüppeln in Hongkong, die anderen lassen sich von der Supermacht ihren Hafen finanzieren. – Aber eine EU, die nicht einig ist, ist schwach. Dabei brauchen wir mehr denn je – das ist der richtige Teil Ihrer Regierungserklärung mit den richtigen Prinzipien für die Ratspräsidentschaft – ein starkes Europa. Denn die Stabilität, die die Vereinigten Staaten von Amerika über einen langen Zeitraum der Weltordnung bei allen Fehlern gegeben haben, sie bricht ja unter diesem irrlichternden Präsidenten völlig weg. Wir betreten, wie die „Zeit“ es geschrieben hat, das postamerikanische Zeitalter. Die Rolle Europas in diesem Zeitalter ist: Europa ist nicht nur ein Staatenverbund.

Europa ist eine Idee, die Idee von einem Gesellschaftsmodell, in dem Staaten über Grenzen hinweg kooperieren, auf der Basis von Werten, die ihre gemeinsame Grundlage sind. Das sind die Werte von Respekt, Toleranz, Vielfalt und Würde. Dieses Modell ermöglicht uns seit Jahrzehnten das Leben, das wir lieben, die Freiheit, in der wir leben, und den Wohlstand, den wir genießen.

Dieses Modell schützt niemand mehr für uns. Wir müssen es selbst schützen, im Wettbewerb der Systeme. Zwischen den unberechenbar gewordenen Vereinigten Staaten, einem expansiven China und dem autoritären Russland geht es für uns Europäerinnen und Europäer, für die Mitgliedstaaten der EU darum, unser Modell zu behaupten. Es geht darum, zu bestehen und mit unserer Idee einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Welt im 21. Jahrhundert zu nehmen. Das Momentum, das durch die Coronakrise auch entstanden ist, bietet uns dazu eine einzigartige Gelegenheit.

Unsere Ratspräsidentschaft ist deshalb eine einzigartige Chance für Europa. Lassen Sie uns doch alle unsere Kraft als Deutsche, als starke Mitgliedsnation innerhalb dieser Staaten- und Völkergemeinschaft nutzen, um diese Idee von Respekt, Würde, Toleranz und Vielfalt als Gegenmodell gegen die Staaten, die unwürdig, intolerant, respektlos und voller Verachtung gegenüber allen anderen das 21. Jahrhundert gestalten wollen, zu verteidigen. Das Beste, das Europa der Welt zu geben hat, ist Einigkeit, die stark macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte im Mai ihre Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan, um die Corona-Krise zu meistern.

© picture alliance / Photoshot

Christian Lindner, FDP:

Mitgliedstaaten müssen alle Schulden tilgen, die jetzt anfallen



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Dr. Weidel, bei Ihrer Rede habe ich mich gefragt, welche Anstrengungen Sie eigentlich unternehmen, um gelegentlich Ihren eigenen politischen Horizont zu erweitern. Gerade in diesen Zeiten lehrt doch eigentlich der Blick nach China und in die Vereinigten Staaten, dass wir in einem guten Land leben und dass wir das vereinte Europa schätzen lernen sollten. Bei allem, was man an Kritik äußern darf, sollte sie doch maßvoll sein.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben kurz vor Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft gesprochen in einer, wie Sie selbst unterstrichen haben, besonders herausfordernden Zeit. Millionen Menschen sind in Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz und ihren Arbeitsplatz als Folge der Bekämpfung der Pandemie, als Folge des Schutzes unser aller Gesundheit. Mit dieser Ratspräsidentschaft kommt nun auf Deutschland große Verantwortung zu.

Diese Ratspräsidentschaft ist aber auch eine große Chance. Wenn man dereinst zurückblickt auf diese Zeit, dann sollte von ihr nicht in Erinnerung bleiben, dass es eine Ratspräsidentschaft der neuen Schulden gewesen sei. Im Rückblick soll man sagen: Es war keine Ratspräsidentschaft der neuen Schulden; es war eine Ratspräsidentschaft der neuen Arbeitsplätze. – Für dieses Ziel, Frau Bundeskanzlerin, wünschen wir Ihnen Erfolg und eine gute Hand.

Wir sind schwer getroffen durch Corona. Aber diese Krise hat auch Defizite offengelegt, die es bereits vorher gegeben hat, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch bei uns. Hier ist oft von Wiederaufbau die Rede. Im Wort „Wiederaufbau“ klingt so etwas mit, als müsse es darum gehen, den Zustand von vor Corona wiederherzustellen. Das kann nicht unser gemeinsamer Ehrgeiz sein. Die

Ambition muss größer sein. Das Ziel darf nicht sein, dass es so wird, wie es vor Corona war. Das Ziel muss sein, dass es nach Corona besser ist als vorher und wir endlich lange bekannte Strukturdefizite abgestellt haben. Daran muss sich Politik messen, in Europa wie im Inland.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben diese Regierungserklärung genutzt, um auch auf die Innenpolitik und ihr Konjunkturpaket einzugehen. Deshalb erlaube ich mir dazu auch eine Bemerkung. Sie haben von den 130 Milliarden Euro gesprochen, die zusätzlich mobilisiert werden. Die Dimension ist groß, aber sicher angemessen angesichts der Herausforderungen. Jedoch ist die Frage zu stellen: Werden damit tatsächlich bekannte Strukturdefizite behoben? Die Frage ist doch zu stellen: Wenn wir 130 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen und damit eine jüngere Generation belasten, tragen denn diese Schulden dazu bei, dass wir demnächst einen breiteren Wachstumspfad haben, der auch bei der Entschuldung hilft? Daran sind im Inland Zweifel anzumelden. Denn das Herzstück Ihres Konjunkturpakets, um Herrn Söder zu zitieren, ist eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer. Besser wäre es doch gewesen, kleine und mittlere Einkommen dauerhaft steuerlich zu entlasten, ein Strukturdefizit zu beseitigen und deshalb auch die Zuversicht der Menschen in der breiten Mitte des Landes zu stärken.

Auf europäischer Ebene sind diese Zweifel ebenfalls noch nicht entkräftet. Wir wollen in dieser Krise solidarisch sein. Aber wer ist eigentlich mit wem solidarisch? Belgien hat, wenn ich es richtig erinnere, die höchste Zahl von Coronatoten pro Kopf. Belgien hat einen Wirtschaftseinbruch von über 10 Prozent. Belgien gehört zu den Staaten in der Europäischen Union mit der höchsten Verschuldung. Und trotzdem wird Belgien für die Coronahilfen mehr zahlen, als es selbst aus den Maßnahmen erhalten wird. Paradoxe Weise hat die Coronakrise also keine Auswirkung auf die Coronahilfe. Es ist auch keine Überraschung, dass das so ist; denn nach den gegenwärtigen politischen Absichten, die in Brüssel diskutiert werden, orientieren sich die Coronahilfen an makroökonomischen Kennziffern der Jahre 2015 bis 2019. Sprich: Es werden nicht die Län-

der unterstützt, wir sind nicht solidarisch mit denjenigen, die besonders durch die Pandemie getroffen sind, sondern mit denen, die bereits vorher wirtschaftliche Probleme hatten. Wäre man böswillig, könnte man sagen: Die Hilfe geht nicht an die von der Pandemie Betroffenen, sondern in die am wenigsten wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften mit den größten Reformdefiziten.

Aus diesem Grund, Frau Bundeskanzlerin, fordern wir Sie auf, dass Sie, wenn es darum geht, diese Programme zu konkretisieren, sehr konkret darauf achten, dass es diesmal konkrete Reformzusagen gibt. Das Geld darf nicht eingesetzt werden, um Strukturdefizite erneut mit Geld zuzuschütten, sondern es muss wirklich dafür eingesetzt werden, dass ein Defizit, das schon lange bekannt war, endlich abgestellt wird, und zwar im Interesse der Menschen, die Arbeit und Ausbildung suchen.

Über die deutschen Beiträge zu den Coronahilfen im Umfang von 750 Milliarden Euro und unsere

Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union darf man ja sprechen. Da sollten wir nicht sofort sagen: Nein, Deutschland gibt nichts, und jede Erhöhung ist ausgeschlossen. – Aber gefragt werden muss: Wofür wird das Geld eingesetzt? Mich wundert deshalb, dass über 500 Milliarden Euro gesprochen wird, ohne dass man vorher weiß, wofür. Zuerst ist doch die Frage: „Was brauchen wir?“, und danach: „Was kostet es?“, denn sonst wird aus einer Bazooka mit Wumms nur eine Gießkanne, die am Ende nichts bringt. Wir werden über die Frage sprechen müssen, wann und unter welchen Umständen zurückgezahlt wird. Martin

Schulz sprach hier schon von einer Mindeststeuer. Es gibt Unternehmen, die wissen noch gar nicht, ob sie im nächsten Jahr noch existieren; aber die SPD will schon die Steuerlast erhöhen. Manfred Weber sagte neulich bei einer gemeinsamen Veranstaltung, wir bräuchten jetzt eigene EU-Steuern, eine EU-Digitalsteuer oder eine EU-Gewinnsteuer. Davon kann man nur warnen. Wenn die Europäische Union, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, mit Ihrer Unterstützung eigene Steuern erhebt, dann wird es keine politische Kontrolle mehr über die Belastungsschraube geben. Deshalb muss von den Mitgliedstaaten, aus dem Haushalt der Eu-

ropäischen Union, all das an Schulden getilgt werden, was jetzt aufgenommen wird – nicht mit neuen Steuern.

Zuletzt – ich komme zum Schluss, Herr Präsident -: Frau Merkel, Sie haben über weitere Ziele etwa beim Klima gesprochen. Auch das unterstützen wir. Nur: Was Sie konkret gefordert haben, ist ausschließlich, die Ziele zu verschärfen. Wir haben keinen Mangel an Klimazielen; wir haben einen Mangel an wirksamen Maßnahmen, um sie zu erreichen. Deshalb würde ich anregen, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, sich für das Ziel einsetzen, den EU-Emissionshandel auf weitere Sektoren auszudehnen.

Sie sprechen hier in Deutschland von einer Nationalen Wasserstoffstrategie, über die man im Einzelnen sprechen kann. Dass zum Beispiel die Pkws ausgenommen werden, ist für mich paradox; aber das wäre eine innenpolitische Debatte. Im Zuge Ihrer Ratspräsidentschaft sollten wir uns doch an den Gründungsimpuls der europäischen Einigung erinnern: Am Anfang stand die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Wenn es jetzt darum geht, das europäische Einigungsprojekt zu erneuern, dann sollte an seinem Anfang die europäische Wasserstoffunion stehen, damit der Zukunftsenergieträger zugleich der Treibstoff für wirtschaftliches Wachstum wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Mit der Ratspräsidentschaft kommt auf Deutschland große Verantwortung zu.

Ralph Brinkhaus, CDU:

Gemeinsam das europäische Projekt weiterentwickeln



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Der freut sich so, Herr Präsident, dass wir jetzt die europäische Ratspräsidentschaft haben, dass er es gar nicht erwarten kann, zu reden. – In der Tat: Die Ratspräsidentschaft ist für uns alle eine großartige Gelegenheit, übrigens nicht nur für

die Bundesregierung, sondern auch für die Parlamente.

Ich hatte gestern eine dieser Vorbereitungssitzungen auf parlamentarischer Ebene zur Ratspräsidentschaft. Da sagte ein Kollege aus dem Europäischen Parlament – ein netter Kollege -: Ihr nationalen Parlamentarier seid ja wichtig; ihr seid die Botschafter von dem, was wir in Brüssel beschließen. – Da habe ich gesagt: Nein, so ist das nicht; wir als nationale Parlamentarier sind nicht die Botschafter von dem, was in Brüssel beschlossen wird, sondern wir sind Bestandteil des Entscheidungsprozesses, wie dieses Europa gestaltet wird. – Das nehmen wir uns als Parlament auch heraus. Deswegen werden wir mitgestalten bei den wichtigen Fragen, die jetzt zu klären sind. Das ist nicht nur die Überwindung der Coronapande-

mie, das ist nicht nur der mehrjährige Finanzrahmen, das ist nicht nur der Kampf gegen den Klimawandel, sondern beispielsweise auch die Frage eines gemeinsamen Konzepts zur Bewältigung der Migrationsfragen, meine Damen und Herren.

Im Übrigen ist es auch ein schönes Projekt für die Bundesländer. Deswegen bin ich froh, dass zumindest ein Ministerpräsident heute hier auf der Bundesratsbank sitzt. Herzlich willkommen, Armin Laschet! Es wäre schön, wenn angesichts der Europadebatten, die für dieses Land sehr wichtig sind, hier auch einmal der eine oder andere Ministerpräsident sitzen würde. Ich sehe hier auf der Bundesratsbank Vertreter von ge-

Fortsetzung auf nächster Seite

nau zwei Ländern. Da könnte noch ein bisschen mehr gemacht werden, meine Damen und Herren. Es ist insgesamt so: Wir haben große Fragen zu klären – überhaupt keine Frage. Wir werden auch viel über Geld reden müssen. Es ist auch gerade wieder viel über Geld geredet worden – von Herrn Schulz, von Herrn Lindner, von vielen anderen. Das ist auch wichtig. Wir werden als Union darauf achten, dass das Geld angemessen ausgegeben wird, dass es richtig ausgegeben wird. Wir werden darauf achten, wer zahlt. Wir werden aber auch darauf achten, wer zurückzahlt und dass das Ganze zurückgezahlt wird. Denn mit der neuen Generation Europas, wie es Ursula von der Leyen bezeichnet hat, muss auch ein Europa der Generationengerechtigkeit einhergehen. Es kann nicht sein, dass Konsumausgaben der Gegenwart in diesem Europa auf nachfolgende Generationen verlagert werden, meine Damen und Herren.

Es ist auch wieder darüber gesprochen worden, dass europäische Institutionen gestärkt werden müssen, Herr Schulz. Das ist auch alles richtig; das ist überhaupt keine Frage. Aber glauben Sie, dass das der Geist von Europa ist? Glauben Sie, dass das die Menschen von Helsinki bis Valletta motiviert, an dieser europä-

ischen Idee, an diesem europäischen Projekt zu arbeiten, wenn wir immer wieder über Geld und über Macht von Institutionen sprechen, wenn wir darüber sprechen, wer in diesem Europa welchen Posten kriegt? Schauen wir uns doch einmal an, wie die Debatte in den letzten Jahren war. Ich glaube, wir müssen diese Ratspräsidentschaft nutzen, Frau Bundeskanzlerin, um eine Renaissance der europäischen Idee hervorzurufen, um uns wieder klarzumachen, warum wir dieses Europa überhaupt wollen, warum dieses Europa wichtig ist. Das ist mehr als ein Binnenmarkt, meine Damen und Herren.

Wenn wir uns mit Europa beschäftigen – ich habe einmal versprochen, dass ich es in jeder europäischen Debatte an dieser Stelle sagen werde –, dann müssen wir auch darüber reden, dass Europa das größte und erfolgreichste Friedensprojekt dieser Welt ist. Jean-Claude Juncker soll einmal gesagt haben: All diese Kosten, die wir für dieses Europa haben, sind billiger als eine Sekunde Auseinandersetzung oder Krieg. – Das gehört auch zur Wahrheit dazu, meine Damen und Herren. Das ist aber schwer zu erklären. Wir leben hier in Kerneuropa seit 75 Jahren in Frieden. Wir haben vergessen, wie dünn das Eis ist, auf dem wir stehen. Wir haben vergessen, wie

schwierig es ist, Frieden auch unter europäischen Ländern zu halten. Deswegen müssen wir das immer wieder klarmachen. Und natürlich: Die gemeinsame europäische Idee, das ist der Binnenmarkt; das ist keine Frage. Aber das ist auch zu wenig.

Ich glaube, wir müssen uns noch mit einer dritten Dimension beschäftigen – es ist in Ihrer Rede, Herr Schulz, und in der Rede der Bundeskanzlerin angeklungen; es ist übrigens auch das große Mantra des französischen Präsidenten Macron -: die europäische Souveränität. Meine Damen und Herren, wenn wir hier als Parlamentarier weiter über das Schicksal dieses Landes und dieses Kontinentes bestimmen wollen, wenn wir selbstbestimmt und selbstbewusst sein wollen, dann müssen wir uns einer Tatsache gewahr werden: dass die Welt sich in den letzten Jahren verändert hat. Ich glaube, selbst wir Deutsche als viertgrößte Volkswirtschaft auf dieser Welt sind zu klein, um auf Augenhöhe mit China, mit Russland und mit den Vereinigten Staaten zu spielen. Wenn das für uns als viertgrößte Volkswirtschaft gilt, inwiefern gilt das dann für kleinere Länder, für Portugal, für Griechenland und auch für Bulgarien und Rumänien? Deswegen haben wir doch nur eine Chance: Wir haben nur die Chance, als Euro-

päer gemeinsam zu agieren. Allein das ist schon dieses Europa wert. Wir sehen doch, welcher Druck in der Vergangenheit ausgeübt worden ist. Da heißt es: Wehe, wenn ihr diese Pipeline baut. Da heißt es: Wehe, wenn ihr unsere Menschenrechtssituation anspricht. Da heißt es: Wehe, wenn ihr verhindert, dass Unternehmen und Technologien aufgekauft werden.

Die europäische Souveränität, die unsere Gründerväter und -mütter nicht im Sinn hatten, ist entscheidend für die Europäische Union. „Souveränität“ heißt, dass wir stark genug sind, gemeinsam als Europäer unsere Interessen zu vertreten. Deswegen wäre es mir wichtig, dass wir während unserer Ratspräsidentschaft auch darüber reden, wie wir eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik organisieren können. Wir können das als Deutsche nicht mehr alleine. Wenn wir über Souveränität reden, müssen wir auch über kritische Infrastruktur und über Technologien reden. Sind wir in der Lage, unsere Mobilfunk- und Energienetze mit eigener Technik auszubauen? Sind wir in der Lage, unsere Schlüsseltechnologien im Bereich Quantencomputer oder künstliche Intelligenz in Europa unabhängig zu betreiben? Dabei geht es nicht um Autarkie – ich bin ein großer Freund davon, dass wir ei-

ne arbeitsteilige globalisierte Welt haben –, sondern es geht darum, dass wir nicht abhängig sind. Wie ist es mit den Abhängigkeiten im Rohstoffbereich? Wir haben in der Coronakrise gemerkt, dass bestimmte Medikamente oder Grundstoffe für Medikamente nur noch aus bestimmten Regionen dieser Welt kommen. Auch das ist ein Grund, das europäische Projekt weiterzuentwickeln. Es geht um Souveränität.

Ich habe damit begonnen, dass wir als nationale Parlamente uns auf die Ratspräsidentschaft freuen. Wir möchten mitgestalten, und natürlich möchten wir auch mitentscheiden, Frau Bundeskanzlerin. Damit verbunden ist die Frage: Wo ist der Anfang, wo ist das Ende der Souveränität? Wenn wir als Parlament national souverän sein sollen – das geht an die Adresse des einen oder anderen, der nationale Souveränität immer ganz nach vorne stellt –, dann können wir das nur erhalten, wenn wir gemeinsam europäisch handeln. Es ist wichtig, dass wir die Ratspräsidentschaft nicht nur dafür nutzen, die Coronapandemie zu überwinden – was schwierig genug ist –, sondern wir sollten die Ratspräsidentschaft auch dafür nutzen, gemeinsam das europäische Projekt weiterzuentwickeln. Es ist für uns eine Überlebensfrage.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Jan Korte (DIE LINKE): Das war nicht so dolle!)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Chance, die EU zur Gemeinschaft für Solidarität zu machen



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Ja, Frau Bundeskanzlerin, Europa braucht Hilfe. Die eigentlich großartige europäische Idee droht vollkommen zerstört zu werden, aber genau das muss unbedingt verhindert werden.

Es steht schlecht um den Zu-

sammenhalt und die Solidarität in Europa. Das war aber schon vor der Coronakrise so. Denken wir an die rigide Sparpolitik der EU in der Finanzkrise. In den südeuropäischen Ländern wie Griechenland wurden Gesundheitswesen, Wirtschaft und viele soziale Einrichtungen über Jahre kaputtgespart. Das hat viel menschliches Elend verursacht. Es hat die Europäische Union entzweit. Hier haben die Regierenden große Fehler gemacht. Wo war der europäische Zusammenhalt, die europäische Solidarität, als Zehntausende vor Krieg und Elend flohen und in Europa Schutz suchten? Italien

und Griechenland wurden und werden bis heute weitgehend alleingelassen, und mit den Kindern, Frauen und Männern, die jeden Tag im Mittelmeer ertrinken, sterben auch die europäischen Werte. Das ist unerträglich. Rassisten und Nationalisten haben teilweise politische Macht errungen, in manchen Ländern regieren sie sogar. Sie stehen für ein Europa, in dem nicht alle Menschen gleichberechtigt und frei sind, aber das muss doch weiterhin unser Ziel sein. Wir alle müssen aufstehen gegen Rassismus und Diskriminierung, in Deutschland und in Europa. Auch das bedeutet Solidarität und Zu-

sammenhalt.

Als die Coronakrise Europa traf und Italien besonders hart, hat die EU Italien im Stich gelassen. Hilfe kam zuerst aus Kuba und China, bevor die europäischen Nachbarn halfen. Das hat tiefe Wunden geschlagen. Wenn heute immer mehr Menschen in Italien für einen EU-Austritt sind, dann müssen die Regierenden das doch verstehen und gegensteuern.

Frau Bundeskanzlerin, Sie wollen nun darauf hinwirken, dass es gemeinsame europäische Pandemiepläne gibt und dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abgedeckt werden. Das sind richtige Ziele. Aber Sie wollen das Problem nicht an der Wurzel packen. Schon jetzt ist klar, dass einige große Konzerne wie Amazon von der Krise sogar profitieren, aber zur Kasse werden sie nicht gebeten. Doch genau das müsste geschehen, und zwar sofort. Immer noch, auch in dieser Krise,

wird in Europa weiter aufgerüstet. Anstatt ein Europa des Friedens zu schaffen, werden Abermilliarden für Rüstung verpulvert. Das ist unverantwortlich.

Nach Ihren Konzepten werden am Ende die Kosten der Krise von den Familien, den Arbeitnehmerinnen, den Rentnern in Paris, Rom und Berlin bezahlt werden. Die Krise wird zulasten der Sozialsysteme gehen. Das müsste aber nicht so sein. Eine Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre wäre zum Beispiel ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber darüber reden Sie nicht einmal, Frau Bundeskanzlerin, aber wir müssen darüber reden.

Auch Ihr nationales Konjunkturprogramm hat eine gewaltige soziale Schieflage. Es bleibt beim alten Muster, dass vor allem die etwas bekommen, die bereits viel haben. Es müsste andersherum sein. Auch jetzt ist schon absehbar, dass Sie die Gesundheitssysteme

Und natürlich: Die gemeinsame europäische Idee, das ist der Binnenmarkt; das ist keine Frage.

Wir sehen doch, welcher Druck in der Vergangenheit ausgeübt worden ist.

Auch Ihr nationales Konjunkturprogramm hat eine gewaltige soziale Schieflage.

Als die Coronakrise Europa traf und Italien besonders hart, hat die EU Italien im Stich gelassen.

me weiter kaputtsparen werden. Vom Privatisierungskurs wird nicht abgerückt. Das ist fatal.

Die Coronakrise trifft die Ärmsten der Gesellschaft am härtesten. Das gilt für alle europäischen Länder, es gilt für die ganze Welt. Nur ein Beispiel – Herr Laschet ist leider nicht mehr anwesend,

eben war er noch da – : Gerade gestern kam heraus, dass sich in einer deutschen Fleischfabrik, in einem Schlachthof von Tönnies in Rheda, Nordrhein-Westfalen, mindestens 600 Menschen infiziert haben, überwiegend osteuropäische Arbeitskräfte. Schulen und Kitas in der Region mussten

geschlossen werden, Tausende müssen in Quarantäne. Die Coronapandemie bringt so manche Skrupellosigkeit der Branche ans Tageslicht. Wir brauchen hier endlich europaweite verbindliche Standards. Schluss damit, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit missbraucht wird, um Menschen als

billige Arbeitskräfte auszubeuten und so soziale und arbeitsrechtliche Standards auszuhebeln.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben jetzt die Chance, die Weichen richtig zu stellen. Nutzen Sie sie, um die EU zu einer Gemeinschaft zu machen, in der nicht soziale Spaltung, Aufrüstung und Ab-

schottung ganz oben stehen, sondern Solidarität, Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit und Frieden für alle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/ Die Grünen:

Wir brauchen einen neuen europäischen Aufbruch



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

übernehmen. Dazu haben Sie viele Sätze gesagt. Auch schon in Ihrer Rede anlässlich des Petersberger Klimadialogs haben Sie gesagt, dass Deutschland nicht am Klimaschutz sparen dürfe, sondern Investitionen in zukunftsfähige Technologien benötige. Aber nur Sätze zu sagen, das reicht eben nicht, sondern es braucht jetzt wirklich Taten.

In Brüssel haben Sie den nationalen Klimaplan ein halbes Jahr zu spät eingereicht: too little and too late.

Schauen wir uns das nationale Konjunkturprogramm an. Sie steigen mit 9 Milliarden Euro bei der Lufthansa ein mit flauschigen Absichtserklärungen zum Klimaschutz. Airbus hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2030 emissionsfreies Fliegen zu ermöglichen. Wo ist denn Ihre Initiative, die europäischen Airlines gemeinsam auf Linie zu bringen, die Lufthansa voran? Wo ist der Plan für den Bereich Schiene? 130 Milliarden Euro und kaum etwas für die Verkehrswende.

Über Ihr Konjunkturprogramm, Frau Merkel, Herr Scholz, haben Sie gesagt: Das ist ein Paket, das schickt man in die Welt, und dann

hofft man, dass der Mensch sich freut. – Wir haben zu Recht gesagt: An diesem Paket ist nicht alles falsch; da ist viel Richtiges drin. Aber das sind eben kurzfristige Investitionen. Wir glauben, es

Aber warum hat es genau drei Jahre und eine Pandemie bis zu dieser Initiative gedauert?

braucht einen Pakt, eine echte Verabredung mit den Unternehmen in Deutschland, mit den Unternehmen in Europa, mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kontinents und dieses Landes. Es braucht einen echten Pakt,

der besagt: Wir verabreden uns – für langfristige Investitionen, für zukunftsfähige Investitionen, für echte Nachhaltigkeit. Wir brauchen diese Planungssicherheit, wenn wir die große Transformation, wenn wir die große Umstellung schaffen wollen, wenn wir es schaffen wollen, aus dieser Krise herauszukommen und nicht Altes zu restaurieren, sondern Neues zu schaffen, ökologisch und gerecht, resilient für die Zukunft, meine Damen und Herren. Deswegen lautet meine große Bitte: Machen Sie diese Ratspräsidentschaft zur Klimapräsidenschaft. Das ist das Ziel, das wir brauchen. Das heißt ganz praktisch: Unterstützen Sie ein europäisches Klimaschutzge-

setz, das 65 Prozent Emissionsminderungen bis 2030 verankert und jährliche CO2-Budgets definiert. Investieren Sie in den Recovery Plan, der den Zusammenhalt stärkt und eine klimafeste Wirtschaft schafft, und beenden Sie die Blockade einer Gemeinsamen Agrarpolitik, die klar auf nachhaltige Landwirtschaft setzt, die Qualität und nicht Fläche fördert, die Pestizide und Überdüngung drastisch reduziert und die sich ernsthaft um das Tierwohl kümmert.

Man kann dieses Thema kann das an diesem Tag nicht weglassen. Das, was in Nordrhein-Westfalen, das, was in den Tönnies-Werken passiert ist, das ist nicht eingeschleppt worden; das ist Folge der Arbeitsbedingungen, die wir hier haben.

Das ist die Art und Weise, wie wir hier billiges Fleisch produzieren. Deswegen lautet meine Aufforderung: Handeln Sie endlich. Das können Sie nämlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland kommt nur aus der Krise, wenn es unseren Nachbarinnen und Nachbarn gut geht. Wir sind Exportland. Deswegen hat mich die Initiative von Ihnen und Emmanuel Macron wirklich erfreut. Aber warum

hat es genau drei Jahre und eine Pandemie bis zu dieser Initiative gedauert? Bei der Umsetzung müssen Sie einen Gang hochschalten.

Frau Merkel, am Ende Ihrer Kanzlerinnenschaft tragen Sie mit der Ratspräsidentschaft die Verantwortung für dieses Land und für Europa. Es ist an Ihnen, ob die Milliarden in eine krisenfeste EU und in die Zukunft unserer Kinder investiert werden. So viel Geld gibt man nur einmal aus. Ich finde, geben wir es doch für das neue Europa aus. Was für ein Europa wird das am Ende dieser Ratspräsidentschaft sein? Eines, das geprägt ist von Solidarität, von Gerechtigkeit, von Umwelt- und Klimaschutz? Wollen wir ein Europa, das für die Rechte der Geflüchteten eintritt, oder dulden wir weiter die schrecklichen Zustände in Elendslagern wie Moria, die die europäische Idee jeden Tag ebenso verraten wie jede und jeder einzelne Tote im Mittelmeer? Wird das ein Europa mit mehr Lohngerech-

tigkeit zwischen Frauen und Männern sein? Oder geht es weiter mit dem Rollback? Wird das ein Europa der Vielfalt sein, in dem die Menschen sagen: „Black lives matter“, oder ein Europa, in dem 100 polnische Gemeinden, Kreise und Bezirke sich de facto zur LGBTIQ-freien Zone erklärt haben? Polen und Ungarn bauen Rechtsstaat und freie Presse systematisch ab, und Ihr Parteifreund, Herr Orbán, leitet alldieweil EU-Mittel in sein Oligarchennetzwerk um. Nein, dafür darf es kein europäisches Geld geben, meine Damen und Herren.

Wenn man sich das Verständnis von einem europäischen Vorgehen am Beispiel des gemeinsamen Vorgehens gegenüber dem Regelbrecher China anschaut, dann hat man das Gefühl: Da ist der Prager Bürgermeister mutiger als der deutsche Außenminister. Wir müssen doch ein gemeinsames Vorgehen haben. Herr Brinkhaus, in diesem Zusammenhang haben

Sie zum 5G-Ausbau gesagt, dass wir eine eigene Initiative brauchen. Ja, bitte schön; dann aber gemeinsam und mit einer klaren Ansage an China zur Art und Weise, wie dort gewirtschaftet wird und wie versucht wird,

hier Strukturen aufzubauen. Meine Damen und Herren, wir brauchen einen neuen europäischen Aufbruch; der muss mit der Ratspräsidentschaft verbunden sein. Europa ist krisenfest zu machen, mit Solidarität als Haltung, mit einem Rechtsstaatsprogramm und mit einem echten Green Deal als Innovations- und Wirtschaftsmotor. Das ist das neue Europa, für das wir gemeinsam mit Leidenschaft kämpfen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So viel Geld gibt man nur einmal aus. Ich finde, geben wir es doch für das neue Europa aus.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Nezahat Baradari (SPD), Prof. Dr. Harald Weyel (AfD), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Andrej Hunko (Die Linke), Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) und Matern von Marshall (CDU/CSU).



Für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach Corona will die EU Milliarden mobilisieren.

© picture alliance / NurPhoto

Debatte zum FDP-Gesetzesentwurf zur epidemischen Lage / 166. Sitzung des 19. Deutschen Bundestags am 18. Juni 2020

Christine Aschenberg-Dugnus, FDP:

Die Bundesregierung benötigt jetzt nicht mehr Sonderrechte

Christine Aschenberg-Dugnus (*1959)
Landesliste Schleswig-Holstein

schlossen. Damals gab es täglich 4 000 bis 6 000 Neuinfizierte, und deswegen mussten wir handeln.

Jetzt ist die Lage jedoch auch dank des Einsatzes aller Akteure im Gesundheitswesen eine andere. Wir verzeichnen täglich lediglich 200 bis 400 Neuinfizierte. In Deutschland gibt es, meine Damen und Herren, in über einem Drittel der Landkreise innerhalb von sieben Tagen keinerlei Neuinfektionen.

Deshalb stellen wir uns als FDP-Fraktion nach drei Monaten die Frage: Wann ist eine epidemische Lage eigentlich nicht mehr gegeben? Wir haben dazu ein Rechtsgutachten erstellen lassen, und das Ergebnis ist: Eine epidemische Lage

setzt erstens eine Überforderung des öffentlichen Gesundheitswesens voraus. Sie setzt voraus, dass es zweitens einer zentralen Steuerung auf Bundesebene bedarf und dass drittens die Bundesländer nicht mehr in der Lage sind, die Situation eigenständig zu bewältigen.

In meinem Bundesland Schleswig-Holstein gibt es zurzeit vier Infizierte, die im Krankenhaus behandelt werden, und in den letzten sieben Tagen wurden ganze sieben Fälle gemeldet. Meine Damen und Herren, deutschlandweit sind 35 Prozent der Intensivbetten frei. Testkapazitäten, Schutzkleidung – all das ist ausreichend vorhanden. Alle diese Beispiele zeigen: Von einer Überfor-

Jetzt ist die Lage auch dank des Einsatzes aller Akteure im Gesundheitswesen eine andere.

derung des öffentlichen Gesundheitswesens kann keine Rede mehr sein und damit auch nicht mehr von einer epidemischen Notlage.

Selbstverständlich – und das möchte ich besonders betonen – ist Corona nicht besiegt, aber Corona ist beherrschbarer geworden. Die Ausgangsbeschränkungen wurden gelockert. Familientreffen können wieder stattfinden, und auch der Besuch in Pflegeheimen ist wieder möglich, was mir persönlich besonders wichtig ist.

Wenn wir die epidemische Lage aufheben, bedeutet das aber nicht, dass automatisch alle Coronabeschränkungen fallen. Selbstverständlich müssen wir auch weiterhin anlassbezogen die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Wie ich eben schon sagte: Anlassbezogenes, regionales und differenziertes Handeln ist erforderlich, und das setzen die Länder, meine Damen und Herren, schon seit Wochen vorbildlich um.

Ich frage Sie als Bundesregierung: Wie können Sie von einer Überforderung des Gesundheitswesens ausgehen, wenn in dem größten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, die Geltungsdauer der im Landesepidemiegesetz vorgesehenen epidemischen Lage gerade nicht verlängert wurde? Das passt doch überhaupt nicht zusammen.

Selbstverständlich ist Corona nicht besiegt, aber Corona ist beherrschbarer geworden.

Meine Damen und Herren, Sonderrechte für die Bundesregierung sind jetzt nicht mehr notwendig. Parlamentsrechte – das ist mir besonders wichtig – gelten ohne Abstriche auch in Zeiten der Epidemie und des Notstandes. Das gilt auch ganz besonders für unser Grundgesetz. Meine Damen und Herren, wir sind doch alle selbstbewusste Parlamentarier. Ziehen wir doch die Rechtsetzung dahin zurück, wo sie hingehört, nämlich in dieses Hohe Haus!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Rudolf Henke, CDU:

Die Aufhebung der epidemischen Lage in Deutschland ist zu früh

Rudolf Henke (*1954)
Wahlkreis Aachen I

situation entstünden. Deswegen machen Sie ja sogar den Vorschlag, all die Verordnungen und Anordnungen, von denen Sie sagen, dass sie eigentlich ein Eingriff in die Rechte des Parlaments seien, doch aufrechtzuerhalten, befristen das bis zum 30. September und sagen: Bis dahin sollten wir sie durch Gesetze abgelöst haben.

Ich will ausdrücklich sagen: Ich halte das für eine Herangehensweise, die zu debattieren gut ist. Sie gibt uns ja auch die Möglichkeit, noch mal eine Reflexion vorzunehmen zu der Frage, ob wir die mit der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite in der Tat verbundenen Eingriffe in die Rechte der Bürger – das interessiert mich zunächst am allermeisten –, aber zweitens auch in die Rechte der Parlamente vertreten und verteidigen können. Also, dafür danke.

Aber jetzt müssen wir in der Sache darüber diskutieren, wie wir damit umgehen. Und da, finde ich, machen Sie es sich angesichts

der Situation, in der wir sind, ein bisschen zu einfach, weil Sie zwar den guten Teil der Lageentwicklung schildern, aber nicht darstellen, auf welchem unsicherem Terrain sich das bewegt.

Ich bin Bürger Nordrhein-Westfalens, und es elektrisiert mich total, was wir aus Rheda-Wiedenbrück von der Schlachtereier Tönnies hören. Es sind jetzt 7 000 Menschen in Quarantäne wegen einer Anzahl von mehr als 650 Infizierten unter den Beschäftigten dort. Die erste Meldung kam am Dienstag dieser Woche: 128 Infizierte. Das hat jetzt diese rasante Entwicklung genommen.

In einer sich dynamisch entwickelnden Ausbruchssituation besteht die Gefahr des Eintritts einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Gesundheit in der ge-

Jetzt müssen wir in der Sache darüber diskutieren, wie wir damit umgehen.

samten Bundesrepublik, und diese Gefahr ist angesichts der Entwicklung des dortigen Ausbruchs – und das ist ja nicht der einzige – gegeben. Denn wir müssen uns klar darüber sein, dass die Mitarbeiter dieses Betriebes – Ich will jetzt nicht diese Firma und nur den einen Betrieb ansprechen. Wir haben ja andere Betriebe erlebt. Wir haben das Thema „Deutscher Paketdienst“ erlebt, wir haben Kirchengemeinden gehabt, wir haben Chortreffen gehabt. In diesem Fall leben viele Kinder und Familien-

angehörige verteilt über zahlreiche Liegenschaften rund um das Unternehmen herum und auch in zahlreichen Nachbarkreisen. Vor diesem Hintergrund kann Ihnen keiner prognostizieren, wie sich jetzt die Ausbreitung angesichts der Situation in Schulen und Kindergärten entwickeln wird. Deswegen, glaube ich, ist es einfach vermessend, zu sagen: Weil wir akut so niedrige Zahlen haben, geben wir uns jetzt mal damit zufrieden.

Ja, es mag sein, dass ein solcher Ausbruch handhabbar ist. Aber das Nachverfolgen von 7 000 in Absonderung befindlichen Menschen, die Notwendigkeit, sie alle

zu testen, die Notwendigkeit, dann wieder deren Kontaktpersonen nachzuverfolgen, bringt, so glaube ich, auch dort ein Gesundheitsamt an die Grenzen, weswegen wir ja auch eine Eingreiftruppe des RKI haben, weswegen wir in der epidemischen Lage von nationaler Tragweite sogar zusagen, dass wir mit Kräften der Bundeswehr helfen, wenn es nötig ist. Jetzt stellen Sie sich mal vor, so was passiert gleichzeitig an vier oder fünf oder sechs Stellen in der Bundesrepublik. Dann ist die Lage in Deutschland schlimmer als zu dem Zeitpunkt, zu dem wir die epidemische Lage festgestellt haben, und das ist, glaube ich, das Kriterium.

Ein zweiter Punkt ist, dass dieser Gefährdungslage für die öffentliche Gesundheit nur begrenzt auf Landesebene begegnet werden kann. Das ist eben nicht der Fall. Vielmehr brauchen wir weiterhin eine nationale Strategie. Sie liegt doch auch der Tatsache zugrunde, dass sich gestern die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Bundesländer – sämtlicher Bundesländer! – wieder auf viele Punkte verständigt haben, die man in einem nationalen Konsens tragen will.

Fortsetzung auf nächster Seite

Es tut mir leid, aber wenn wir jetzt vor der Öffnung von Schulen und Kindergärten in den Regelbetrieb hinein stehen, dann macht mich auch eine Nachricht wie die aus Düsseldorf unruhig, wo seit Anfang Juni an elf verschiedenen Schulen zwölf Kinder positiv getestet worden sind. Die Zahl der Schulen, in denen solche Dinge passieren, ist ja nicht klein, und es gibt schon die ersten Schulen, die nach ihrer Öffnung von den örtlichen Gesundheitsämtern wieder geschlossen worden sind. Das zeigt mir: Wir sind mittendrin in der

Pandemie, und wir sind mittendrin in der nationalen Ausbreitung.

Für das Land Schweden, das immer so gerne als Beispiel dafür genommen wird, wie toll das mit der Entwicklung der Herdenimmunität sei, gibt es aktuelle epidemiologische Befunde zur Frage: Wie weit ist denn die Seuche durch Schweden durch? – Da hat man Antikörperuntersuchungen gemacht, und da findet man bei den Älteren und Betagten zwischen 65 und 95 eine Quote von 2,9 Prozent, wenn ich es richtig erinnere. Bei den jungen

Leuten, also in unserem Alter, bei denen zwischen 20 und 64, findet man eine Quote von 6,5 Prozent, und bei den Kindern eine Quote von 7,5 Prozent an Antikörpern. Das ist mehr, als wir es bei uns erwarten können. Aber es zeigt selbst für Schweden, dass natürlich von einer Gruppenimmunität, von einer Kohortenimmunität, von diesem Herden-

schutz bei Weitem nicht die Rede sein kann. Deswegen: Wir sind mittendrin, und ich finde das schwierig.

Lassen Sie uns sukzessive, lassen Sie uns verantwortungsvoll vorgehen.

Als letzte Bemerkung auch noch ein paar Hinweise darauf, dass wir natürlich auch etwa eine Regelung haben wie die, dass Studierende, die jetzt pandemiebedingt Tätigkeiten übernommen ha-

ben, – dann, wenn wir jetzt Ihrem Antrag folgen würden, so-

fort wieder auf das BAföG zurückverwiesen würden, weil dann die Nichtanrechnung ihrer Einkünfte in anderen Tätigkeiten – nicht mehr möglich wäre. Insofern bitte ich Sie: Lassen Sie uns sukzessive, lassen Sie uns verantwortungsvoll vorgehen. Für eine Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite in Deutschland ist es jetzt zu früh.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Robby Schlund, AfD:

Einen planlosen Lockdown darf es niemals wieder geben



Robby Schlund (*1967)
Landesliste Thüringen

Am 6. Mai forderte unsere Fraktion hier an dieser Stelle, hier im Plenum, „die epidemische Lage von nationaler Tragweite aufzuheben“. Heute, sage und schreibe 43 Tage später, fordert die FDP: „Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden“. Wir freuen uns darüber außerordentlich, keine Angst. Wir finden es auch nicht weiter schlimm, dass „aufzuheben“ jetzt „beenden“ heißt – damals noch

von Ihnen moniert.

Manche haben sogar im Plenum hier über Menschenfeindlichkeit oder Ähnliches philosophiert und gebrüllt. Dennoch möchten wir uns bei der FDP für diesen Antrag bedanken.

Woher dieser Sinneswandel jetzt kommt, können wir uns leider nicht erklären, da Sie ja damals unseren Antrag kategorisch abgelehnt hatten.

In Anbetracht der Erfurter Situation mit Herrn Kemmerich, die jedem hier ja hinlänglich bekannt sein dürfte, hoffen wir, dass Sie jetzt nicht Ihren eigenen Antrag ablehnen müssen, meine Damen und Herren. Das wäre in der Tat außerordentlich schade und sicherlich nicht im Interesse der Menschen dieses Landes.

Ja, es ist längst überfällig, festzustellen, dass eine epidemische La-

ge von nationaler Tragweite nicht mehr vorliegt. Und, liebe Kollegen, wie schon so oft: Die AfD wirkt, meine Damen und Herren. Aber Sie fragen sich jetzt sicherlich: Wie ist die AfD bereits vor Wochen zu dieser Erkenntnis gelangt, während sich viele Politiker hier aus dem Haus noch im Homeoffice befanden und sich ängstlich hinter dem Regierungsshutdown verbarrikiert hatten? Mit ein wenig mathematischem Geschick und den umfangreichen Daten der Hopkins-Universität haben wir einige Länder hinsichtlich der Ein-

Hier und da hört man schon wieder vom Damoklesschwert einer zweiten Welle.

wohnerdichte und der Infektionsausbreitung verglichen und festgestellt, dass Länder ohne Lockdown eine niedrigere Infektionsausbreitung je Quadratkilometer hatten und haben als jene mit einem oder einem verzögerten Shutdown

wie bei uns. Besser wäre es tatsächlich gewesen, auf den Shutdown komplett zu verzichten und stattdessen ein gestuftes pandemisches Rastermanagement zu verwenden, wie es die AfD bereits im Februar, genau am 12. Februar, hier in diesem Plenum gefordert hatte.

Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, hätten wir uns dann diese Diskussion hier und heute und eine Stunde sparen können. Die Zahlen zeigten, dass ein Shutdown in Deutschland nicht nur völlig unnötig war, sondern geradezu die Pandemie in die Länge gezogen hat.

Dabei sind die einzelnen Verläufe der Pandemie dynamisch gut zu beurteilen, da sie nach den klassischen Fließgleichgewichtsprinzipien in komplexen adaptiven Biosystemen reagieren. Dazu wäre allerdings am Anfang eine öffentliche Expertenanhörung von Fachwissenschaftlern wie Systemtheoretikern, Medizinern und Katastrophenforschern erforderlich gewesen.

Doch leider Fehlanzeige. Nun müssen Sie es sich in aller Öffentlichkeit gefallen lassen, werte Bundesregierung, dass wir wegen Ihres Missmanagements auch in dieser Frage einen Corona-Untersuchungsausschuss fordern. Und noch etwas: Hier und da hört man schon wieder vom Damoklesschwert einer zweiten Welle. Hören Sie bitte mit diesem Unfug auf! Den Menschen muss klar sein, dass Seuchen schon immer zur Menschheitsgeschichte gehört haben und auch gehören werden. Deshalb ist es absolut unsinnig, die Menschen mit monatelangen Verunsicherungen durch ständig wechselnde Ausnahmen und Regelungen zu zermürben. Statt sie gegen Viren und Bakterien aller Art widerstandsfähig zu machen, haben Sie mit Ihren Maßnahmen genau das Gegenteil erreicht. Wissen Sie, was Sie gemacht haben? Sie haben nämlich den negativen Stress massiv erhöht und damit das Immunsystem vieler Menschen geschwächt. Wir fordern Sie deshalb auf: Klären Sie die Menschen über das Virus auf, und hö-

ren Sie auf, Ängste zu schüren und persönliche Freiheiten einzuschränken.

Insbesondere die Sorge um unsere Kinder muss eine höhere Wichtigkeit bekommen und im höchsten Maße an Normalität orientiert sein. Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Angsthasen, sondern gut ausgebildete, vorwärtsstrebende und lösungsorientierte junge Menschen.

Liebe Kollegen, es ist eine sehr traurige Wahrheit, die aber hundertprozentig uns alle hier treffen wird – und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche –: Wir alle hier werden einmal sterben. – Daher ist es wichtig, unser Leben mit Freude und Lebensenergie auszufüllen, egal in welchem Stadium wir uns auch immer befinden – ob als Kind, als Erwachsener oder als Angehöriger der sogenannten Risikogruppe. Diese Möglichkeit wurde uns in den letzten Wochen durch die Entscheidungsträger komplett genommen. Sie haben uns in den Altenheimen alleingelassen, sie haben uns zu Lehrern im Homeoffice gemacht, und sie haben uns unserer Freizeitmöglichkeiten beraubt. Das darf sich nie wiederholen.

Wir müssen auf die nächste Epidemie einfach besser vorbereitet sein. Einen planlosen Lockdown, wie wir ihn in den letzten Wochen erlebt haben, darf es niemals wieder geben. Denn es ist ebenso eine traurige Wahrheit, die zu 100 Prozent stimmt: Die nächste Epidemie kommt ganz bestimmt. – Nur eins: Wir sollten besser darauf vorbereitet sein.

Noch etwas ganz Persönliches als Mediziner zum Schluss: Nehmen Sie bitte den Menschen da draußen diesen unnützen Maulkorb ab! Bereits nach drei Stunden und bei Temperaturen von 28 Grad haben Sie die perfekte mobile Petrischale für Millionen Arten von Keimen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]: Dann können Sie jetzt ja zu Ihrer Party gehen! – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Es reicht, dass einer infiziert ist!)



Seit dem 16. Juni ist die offizielle Warnapp zum digitalen Infektionsschutz vom Robert Koch Institut (RKI) im App-Store erhältlich.

©picture alliance / M.i.S.-Sportpressefoto

Sabine Dittmar, SPD:

Das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen



Sabine Dittmar (*1964)
Landesliste Bayern

Im März haben wir hier angesichts des rasanten Infektionsgeschehens mir SARS-CoV-2 in großer Übereinstimmung eine epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt und weitreichende Regelungsbefugnisse auf die Exekutive übertragen, weil schnelles und effizientes Handeln angesagt war. Von diesen Ermächtigungen hat das Bundesgesundheitsministerium auch Gebrauch gemacht.

Mit dem Intensivregister erhalten wir einen tagesaktuellen Überblick über verfügbare Intensivbetten und Beatmungskapazitäten. Die Regelungen zur Versorgung

der Bevölkerung mit notwendigen Arzneimitteln ermöglichen es, Arzneimittel und Medizinprodukte gezielt dorthin zu lenken, wo sie pandemiebedingt dringend benötigt werden. Der Schutzschirm für Therapeutinnen und Therapeuten sichert wichtige Strukturen in unserem Gesundheitssystem und ergänzt die Soforthilfen der Bundesregierung. Die Ausweitung der Testungen und ihre gesicherte Finanzierung schaffen den Freiraum für weitere Lockerungsmaßnahmen. Das alles hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland bisher gut durch dieses schwerwiegende Infektionsgeschehen gekommen ist.

Aber klar ist: Alleine das hätte nicht ausgereicht. Deshalb an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön und auch ein Lob an unsere Bevölkerung, die mit hoher Akzeptanz und Rücksichtnahme teilweise sehr beschwerliche Einschränkungen des Lebensalltags mitgetragen hat und weiterhin mitträgt.

Geben Sie acht auf sich und Ihre Mitmenschen, und nutzen Sie die Corona-Warn-App!

Klar ist aber auch: Wir haben mit den Verordnungsermächtigungen einen Ausnahmezustand geschaffen. Dem Gesundheitsministerium ist es gestattet, ohne weitere parlamentarische Legitimation und Kontrolle Ausnahmen von gesetzlichen Regelungen vorzusehen und Anordnungen zu treffen, die Grundrechte einschränken können. Wesentliche Prinzipien unserer parlamentarischen Demokratie sind betroffen. Wir haben seinerzeit großen Wert darauf gelegt, dass das Parlament nicht nur die epidemische Lage feststellen, sondern sie auch wieder beenden kann. Deshalb kann ich Ihnen versichern, dass wir die Gesamtsituation sehr genau beobachten und den parlamentarischen Ausnahmezustand nicht länger andauern lassen, als dies zwingend notwendig ist.

Ich denke, es ist in unser aller Interesse, dass die Gewaltenbalance zwischen Parlament und Regierung schnellstmöglich wiederhergestellt wird. Über den Weg dahin

gilt es allerdings zu diskutieren. Jetzt und heute, wie von der FDP-Fraktion gefordert, das Ende einer epidemischen Lage festzustellen, wäre unverantwortlich.

Aus meiner Sicht reicht es nicht aus, allein auf die erfreulicherweise sinkende Zahl an Neuinfektionen und auf ausreichende Intensivkapazitäten zu verweisen. Die Coronaausbrüche in Bremerhaven, in Berlin und seit gestern ganz deutlich auch in Gütersloh zeigen doch, wie hochinfektiös und gefährlich dieses Virus ist. Wir können heute noch gar nicht absehen, wie sich die schrittweisen Lockerungsmaßnahmen in den kommenden Wochen auswirken. Und die Sommermonate mit zunehmender Mobilität durch den Wegfall der Reisebeschränkungen stehen uns noch bevor. Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, wie schnell sich aus einem regionalen Hotspot ein landesweites Infektionsgeschehen entwickeln kann.

Jetzt müssen sich unsere getroffenen Maßnahmen – Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Ausweitung der Testungen, die Corona-Warn-App – bewähren. Entscheidend ist, ob es uns jetzt gelingt, Ausbrüche schnell unter Kontrolle zu bekommen, Kontakte nachzuverfolgen, Infektionsketten frühzeitig zu durchbrechen. Zum jetzigen Zeitpunkt das Signal zu geben, die epidemische Lage sei vorbei, könnte fatale Folgen haben. Ich appelliere an alle: Lassen Sie uns das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir stimmen alle darin überein, dass wir während des Verlaufs der Pandemie einiges gelernt haben. Noch nie ist der Staat für die Bewältigung eines Infektionsgeschehens in diesem Maße in Anspruch genommen worden. Es zeigt sich in einer solchen Situation dann auch, wo wir sowohl tatsächlich als auch rechtlich besser gerüstet sein müssen. Die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung dürfen sich nicht wiederholen. Die von der Bundesregierung beschlossene Bildung einer Nationalen Reserve Gesundheitsschutz ist deshalb eine dringend notwendige Maßnahme.

Es ist aber auch notwendig, mit unseren Erfahrungen der vergangenen Wochen die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes insgesamt zu hinterfragen. Das betrifft nicht nur die konsequente Beachtung des Parlamentsvorbehalts bei unaufschiebbaren Sofortmaßnahmen, sondern geht darüber hinaus.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns diese Krise als Chance nutzen! Bleiben Sie gesund, halten Sie Abstand, geben Sie acht auf sich und Ihre Mitmenschen, und nutzen Sie die Corona-Warn-App!

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Harald Weinberg, Die Linke:

Konstruktiver Beitrag zu einer vernünftigen Diskussion



Harald Weinberg (*1957)
Landesliste Bayern

Es ist natürlich so – das merkt man jetzt auch an dieser Debatte –, dass es logischerweise immer eine Abwägung gibt zwischen den Grundrechtseingriffen auf der einen Seite und dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Deutschland auf der anderen Seite.

Diese Abwägung haben wir na-

türlich in unserer eigenen Fraktion auch immer wieder zu treffen gehabt, auch bei den beiden Coronagesetzen, die verabschiedet worden sind. Wir haben immer wieder sozusagen geguckt: Was ist notwendig, was ist nicht notwendig? Wie weit gehen diese Eingriffe? Ich erinnere an dieser Stelle nur noch mal daran: Wir haben beiden Coronagesetzen so nicht zugestimmt. Wir haben uns beim ersten enthalten, das zweite haben wir abgelehnt, wegen der Punkte, bei denen es um Grundrechtseingriffe ging. Beim ersten ging es im Wesentlichen um die Versammlungsfreiheit. Ich sage mal: So falsch haben wir da nicht gelegen; denn wir haben danach ja erlebt, dass es etliche Gerichtsurteile gab, durch die sozusagen über Gerichte die Versammlungsfreiheit und die Demonstrationsfreiheit wieder durchgesetzt worden sind.

Aber es ist in der Tat richtig: Wir

haben auch die Auffassung geteilt, dass es in dieser ersten Phase der epidemischen Lage von nationaler Tragweite richtig und wichtig war, die Kurve flach zu halten, die Kurve flach zu machen, also besonders schnell und entschlossen zu reagieren. Das ist erst mal etwas, was wir sozusagen immer wieder dagegen abgewogen haben.

Die FDP-Fraktion – ich erinnere auch nur noch mal an dieser Stelle daran – hat dem ersten Coronagesetz seinerzeit zugestimmt; das zweite hat sie abgelehnt. Was allerdings schon irritiert, auch mich irritiert, sind die Geschmeidigkeit und auch der nicht geringe Populismus, der mit der Positionsveränderung der FDP einhergeht und einherging.

Darin war sie im Übrigen durchaus der AfD nicht unähnlich, die von der Äußerung „Die Regierung macht nicht genug und ist nicht entschlossen genug beim

Schutz der Bevölkerung vor dem chinesischen Virus“, wie es damals von Frau Weidel und Herrn Chrupalla genannt wurde, weitergegangen ist zu der Aussage „Das greift alles zu sehr in die Grundrechte der Vermieter und Unternehmer ein“ von Herrn Meuthen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: „die Grundrechte von Vermietern und Unternehmern“, nicht „die Grundrechte der Bürger“! Das sind ganz offensichtlich die wesentlichen Zielpersonen dieser Partei.

Bei der FDP erlebten wir im März einen Fraktionsvorsitzenden Christian Lindner, der meinte: Wenn die Regierung schon früher auf die FDP zugegangen wäre, hätte sie schon früher Unterstützung für drastische Maßnahmen bekommen, das öffentliche Leben in unserem Land herunterzufahren. – Später erlebten wir einen Wolfgang Kubicki, der meinte, dass die Menschen halt zu Hause bleiben sollten, wenn sie Angst vor dem Virus haben, und der dann auch noch das verschwö-

rungstheoretische Narrativ bediente, als er mutmaßte, dass die Zahlen des Robert-Koch-Instituts den Eindruck vermittelten, politisch motiviert zu sein.

Wirklich die Krone aufgesetzt hat dem dann noch der Herr Kemmerich, der Interims- bzw. Paartage-Ministerpräsident von Thüringen, als er zusammen mit der AfD und Verschwörungstheoretikern unter dem

Mehr ist nicht drin, das ist richtig, aber immerhin, das ist ja schon mal was.

Motto „Für eine zügige Öffnung der Wirtschaft“ nicht nur demonstrierte, sondern auch als Hauptredner auftrat. Bettet man nun die hier vorliegende parlamentarische Initiative in diesen Kontext ein,

dann bekommt das durchaus einen schalen Beigeschmack. Das will ich sagen.

Aber ich will auch durchaus versuchen, der Initiative gerecht zu werden. Denn auch aus Sicht der Linken ist es vom Grundsatz her richtig, den Ausnahmezustand, der der Regierung weitreichende Sonderrechte einräumt und die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive relativiert, so

bald als irgend möglich aufzuheben.

Und wenn ich Ihre Initiative richtig verstanden habe – ich denke, ich habe sie auch richtig verstanden –, ist es ja auch nicht so, dass Sie sagen: „Jetzt weg mit allen Verordnungen und Anord-

nungen“, sondern dass Sie halt sagen: Sie sollen erst einmal befristet gelten darauf hat Herr Henke schon hingewiesen –, und sie sollen in der Zeit dieser Frist dann in gesetzliche Maßnahmen übergeführt werden. Wenn man das so sieht, dann ist es durchaus

so – das sichere ich Ihnen auch zu –, dass wir trotz dieses etwas merkwürdigen Spins, den ich eben dargestellt habe, Ihre Initiative im Ausschuss wohlwollend prüfen und kritisch begleiten werden.

Mehr ist nicht drin, das ist rich-

tig, aber immerhin, das ist ja schon mal was. Und ich denke, im Gegensatz zu einigen Vorrednern habe ich den Aspekt, dass Sie im Prinzip nicht sagen: „Wir wollen jetzt einfach sozusagen alles abschaffen, was gemacht worden ist“, richtig verstanden. Inso-

fern glaube ich: Das ist zumindest schon mal ein wesentlicher konstruktiver Beitrag zu einer gemeinsamen vernünftigen Diskussion.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Maria Klein-Schmeink, Bündnis 90/ Die Grünen:

Wir sind noch mittendrin in der Coronakrise



Maria Klein-Schmeink (*1958)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Initiative der FDP hat etwas von „mit Mut gegen alle Vernunft“, wenn ich das mal zusammenfassen sollte. Da muss man auch gleichzeitig die Frage stellen: Was treibt Sie eigentlich an, diesen Mut in dieser Art von Verzweiflung aufzubringen? Mir jedenfalls ist das nicht nachvollziehbar geworden in den Begründungen, die Sie für Ihren Gesetzentwurf geliefert haben. Es

besteht in der Tat ein Spannungsverhältnis zwischen Bürgerrechten und den Auflagen aus dem Infektionsschutzgesetz. Aber dieses Spannungsverhältnis aufzulösen im Sinne von Gesundheitsschutz der Bevölkerung, bedarf ganz anderer Abwägungen, als Sie hier zugrunde gelegt haben.

Man muss ja sagen: Diese Initiative kommt auch zu einem Zeitpunkt, der sehr deutlich durch die Infektionszahlen geprägt ist, die wir bei Tönnies gestern gesehen haben: ein massiver Anstieg, 7 000 Menschen, die von heute auf morgen unter Quarantäne gestellt werden mussten. Diese Zahlen zeigen doch sehr, sehr deutlich: Wir brauchen eine Situation, wo wir handlungsfähig sind, wo wir schnell handlungsfähig sind und wo wir in der Lage sind, die notwendigen Schutzmaßnahmen auch wirklich zu ergreifen.

Das werden wir damit, dass wir das Ende der epidemischen Lage ausrufen, nicht schaffen; denn

dieses Ende ist nicht da. Vielmehr müssen wir feststellen: Der Virus ist da, verlangt Maßnahmen, und er verlangt Verantwortung, Augenmaß und Umsicht; und das fehlt an dieser Stelle.

Im Gegenteil, Sie machen noch was anderes: Sie senden jetzt ein Signal, ein trügerisches Signal, in die Bevölkerung, es handele sich um das Ende der Corona-epidemie. Das ist schlichtweg nicht der Fall. Dazu darf es nicht kommen. Ein verantwortungsvoller Umgang sieht anders aus.

Wenn wir weiterhin Flexibilität und Reaktionsfähigkeit für den Schutz der Bevölkerung brauchen, dann müssen wir uns überlegen: Mit welchen Methoden, mit welchen Instrumenten erreichen wir das? Und die müssen natürlich immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden; sie müssen immer wieder an die Lage angepasst werden. Man muss auch genau hinschauen: Welche Bevölkerungsgruppen sind wie betroffen? Da kann ich

Ihnen sagen: Es wäre sehr gut, wenn Sie vonseiten der Regierungsfractionen die Situation der Familien, der Kinder, der Jugendlichen stärker in den Blick nehmen würden, als Sie das bisher getan haben; da haben wir Nachsteuerungsbedarf.

Kommen wir zu dem weiteren Vorgehen. Wir werden ja über den Entwurf diskutieren. Aber ist es nicht eigentlich viel wichtiger, darüber zu diskutieren, wie wir dazu kommen, eine fundierte Entscheidung zu treffen, wann und unter welchen Bedingungen wir die epidemische Lage auflösen? Dazu brauchen wir Instrumente. Wir schlagen vor, dass es einen Pandemierat geben soll, mit dem wir Menschen – und zwar nicht nur aus dem Bereich der Medizin, sondern aus vielen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bereichen – in einem Expertenrat zusammenführen, die uns bei dem Prozess begleiten, festzustellen: Ab wann können wir wieder zur Normalität, auch im parlamentarischen Verfahren, zurückkehren? Das wäre der richtige Weg, und das müssten wir tun.

Das werden wir damit, dass wir das Ende der epidemischen Lage ausrufen, nicht schaffen.

Zugleich will ich noch mal anmahnen: Wir alle wissen, dass der Erfolg in der Infektionsbekämpfung ganz, ganz entscheidend von der Akzeptanz der Bevölkerung für die Maßnahmen und deren Nachvollziehbarkeit abhängt. Da ist es sehr, sehr wichtig, nicht nur vordergründigen Zahlen hinterherzu-

laufen, sondern umsichtig mit ihnen umzugehen und immer im Blick zu haben: Wir sind nicht am Ende der Coronakrise; wir sind noch mittendrin. Wir müssen immer wieder damit rechnen, dass es zu lokalen, aber auch zu sehr großen Ausbrüchen kommt. Wir brauchen Handlungsfähigkeit und einen differenzierten Umgang mit den Gruppen, die besonderen Risiken ausgesetzt sind. Dafür brauchen wir Augenmaß und sehr genaues Hinsehen. Das wäre der eigentliche Weg, den wir zu beschreiten hätten.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Erwin Rüdell, CDU:

Wir werden entscheiden, wann die Pandemie ein Ende hat



Erwin Rüdell (*1955)
Wahlkreis Neuwied

Wir haben, Stand heute, in Deutschland eine gute epidemische Lage, und ich kann durchaus verstehen, dass man auf den Gedanken kommt, möglichst schnell poli-

tisch wie auch im alltäglichen Leben zur Normalität zurückzukommen. Aber wir halten die Situation für sehr gefährlich; denn der Coronavirus hat prinzipiell nichts von seiner Gefährlichkeit eingebüßt, und niemand kann

derzeit sagen, ob der sinkende Trend von Neuinfektionen sich weiter fortsetzen wird oder ob es wieder zu einem Anstieg der Fallzahlen kommt.

Die Reproduktionszahl bewegt sich um die kritische Marke „1“. In anderen Ländern, auf anderen Kontinenten sieht es teilweise sehr viel schlechter aus. In Peking gibt es neue Beschränkungen, und der IWF warnt vor den Folgen der Pandemie in den Schwellenländern. Auch wenn Deutschland sowohl bei den Infektionszahlen als

auch bei den Sterbefällen vergleichsweise gut dasteht, so ändert das nichts an der Bedrohung, die Corona immer noch bedeutet.

Wir sind auf dem Weg, Einschränkungen weiter zu lockern. Wir wollen die wirtschaftlichen Einschnitte und auch die finanziellen Belastungen für die Menschen möglichst gering halten. Trotzdem und gerade deshalb müssen wir unsere Vorsichtsmaßnahmen weiter einhalten. Was durch Disziplin und Besonnenheit in den vergangenen Monaten erreicht wurde, darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Die Pande-

mie ist noch nicht beendet. Ehe wir nicht einen geeigneten Impfstoff zur Verfügung haben, bleibt Besonnenheit die erste Bürgerpflicht. Die derzeitige Situation, denke ich, zeigt, dass eine Aufhebung der pandemischen Lage verfrüht wäre. Mit Sicherheit kann sie aufgehoben werden, wenn ein Impfstoff da ist. Dazwischen gibt es sicherlich viele Möglichkeiten für Gespräche, um hier den richtigen Zeitpunkt zu finden

In anderen Ländern, auf anderen Kontinenten sieht es teilweise sehr viel schlechter aus.

Wenn ich sehe, dass wir vor zwei Tagen die App eingeführt haben, dass sie innerhalb von 24 Stunden 1 Millionen Menschen heruntergeladen haben und sie mittlerweile fast 10 Millionen Menschen nutzen, dann zeigt das, dass in der Bevölkerung der Gesundheitsschutz derzeit sehr, sehr hoch eingeschätzt wird und dass man in der Bevölkerung darauf setzt, dass wir die richtigen Entscheidungen treffen.

Wenn hier eine neue Balance gefunden worden ist, werden wir sicherlich Wege finden, um dem Parlament seine Rechte einzuräumen. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass das, was wir im Moment machen, auf größte Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Das stellt sich auch in Gesprächen mit der Bevölkerung dar, und – das ich sage auch – es bildet sich auch in den Zustimmungsergebnissen für die einzelnen Parteien in etwa ab, wie man die Situation einschätzt und wem man zutraut, hier den richtigen Weg zu finden.

Man könnte sagen – ich habe eben gerade die App angesprochen: eine Erfolgsgeschichte –, man hätte schneller sein können. Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit der App eine sehr gute Lösung gefunden haben, die auch in der Bevölkerung akzeptiert wird, auf die man gewartet hat, die man nutzen wird und die dabei helfen wird, dass die Infektionszahlen niedrig bleiben.

Fortsetzung auf nächster Seite

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zu den Drucksachen einige kurze Anmerkungen aus dem Blickwinkel des Gesundheitsausschusses. Wir sind froh und dankbar, dass in der Pandemie die erforderlichen Mittel für die Gesundheit von der Solidargemeinschaft der Steuerzahler aufgebracht und die Beitragszahler nicht zusätzlich belastet wurden. Ferner haben die Entscheidungen unter dem Druck der akuten Krise eine Reihe von Maßnahmen beschleunigt, die sonst vielleicht länger hätten auf sich warten lassen.

Insofern erwarte ich, dass die Krise auch einen weiteren Schub für unser gutes Gesundheitswesen darstellt. Das betrifft insbesondere die Digitalisierung unseres Gesundheitswesens. Ihr kommt – das hat die Krise bewiesen – künftig eine entscheidende Bedeutung zu. Hier müssen wir in den nächsten Monaten den Durchbruch schaffen für moderne Technik und intelligente Arbeitssteuerung. Zu den künftigen Aufgaben zählt neben der Telemedizin und den Krankenhausstrukturen auch eine verstärkte Zusammenarbeit in

Europa im Sinne einer gemeinsamen Gesundheitspolitik.

In den letzten Wochen haben wir der Regierung große Spielräume verschafft, damit sehr schnell weitreichende

Entscheidungen getroffen werden konnten. Diese Entscheidungen haben in Deutschland Leben gerettet.

Dabei hat der zuständige Minister dem Ausschuss, den Sprechern der Fraktionen und den Obleuten in vorbildlicher Weise Rede und Antwort gestanden, und gestern hat das Ministerium im Ausschuss

angekündigt, dass man mit allen Fraktionen über die weitere Entwicklung in kürzester Zeit beraten wird und auch die Verordnungsfragen entsprechend auf den Prüfstand stellt. Das hat insgesamt im Gesundheitsausschuss über die Parteigrenzen hinweg – für ein konstruktives Miteinander gesorgt, und das hat geholfen, die Krise bestmöglich zu meistern. Wir werden von anderen Ländern kopiert. Wir werden aber auch selbst alles das, was entschieden worden ist, evaluieren, um auf neue Krisen besser vorbereitet zu sein.

Vielleicht als letztes Wort: Trotz der weitreichenden Befugnisse, die das Ministerium aufgrund seiner Verordnungen hat, bleibt es auch in dieser außergewöhnlichen Situation dabei, dass am Ende das Parlament das entscheidende Wort hat. Wir werden entscheiden, wann die Pandemie in Deutschland ein Ende hat; das ist das Recht des Parlaments.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Bärbel Bas [SPD] – Enrico Komning [AfD]: 2050 wahrscheinlich! – Zurufe von der FDP)

Konstantin Kuhle, FDP:

Parlamentsrechte dürfen nicht unter den Tisch fallen



Konstantin Kuhle (*1989)
Landesliste Niedersachsen

Wir sprechen heute über die Aufrechterhaltung oder Aufhebung der sogenannten epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Natürlich ist das zunächst ein gesundheitspolitisches Thema, und deswegen ist es auch gut, dass aus Sicht der Gesundheitspolitiker hier darüber gesprochen wird.

Die Frage, ob wir diese epidemische Lage aufrechterhalten oder

nicht, betrifft aber nicht nur die Gesundheitspolitik, sondern sie betrifft das gesamte Parlament; denn wir haben hier am 25. März, indem wir diese Lage festgestellt haben, entschieden, der Bundesregierung besondere Rechte zu geben. Und ein Parlament, das sich selbst ernst nimmt, ein Parlament, das die Gewaltenteilung ernst nimmt, muss regelmäßig überprüfen, ob die Voraussetzungen für diese Feststellung noch vorliegen.

Denn, meine Damen und Herren: Unter der Pandemie darf auch der Parlamentarismus nicht leiden. Wir waren uns hier im Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit einig über die zentralen Voraussetzungen, unter denen es besondere Rechte für die Bundesregierung geben soll: Das ist erstens eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems, und das ist zweitens eine drohende Überforderung einzelner Länder.

Gucken wir uns an, wie es mit dem öffentlichen Gesundheitssys-

tem aussieht. Es gibt einzelne Länder, die es ganz ähnlich gemacht haben wie der Bund und eine sogenannte epidemische Lage von landesweiter Tragweite eingeführt haben. Das Land Nordrhein-Westfalen hat das gemacht, und in Nordrhein-Westfalen läuft diese epidemische Lage von landesweiter Tragweite Mitte Juni aus. Sie ist übrigens – anders als im Bund – nicht auf ein Jahr befristet, sondern wird alle zwei Monate überprüft. Und der CDU-Gesundheitsminister von Nordrhein-Westfalen hat am 8. Juni über die dpa gesagt, von einer Überforderung des öffentlichen Gesundheitssystems könne keine Rede sein. Ich will Ihnen was sagen: Angesichts dessen, dass ein Drittel aller Intensivbetten frei ist, hat der Mann recht.

Angesichts dessen, dass ein Drittel aller Intensivbetten frei ist, hat der Mann recht.

Deswegen: Folgen Sie Herrn Laumann, und heben Sie die epidemische Lage von nationaler Tragweite auch auf Bundesebene auf!

Schauen wir uns an, wie es mit der zweiten Voraussetzung aussieht: mit der drohenden Überforderung einzelner Länder. Hier ist es so, dass gerade ein Land, das eine mitunter ganz andere Strategie verfolgt hat als Nordrhein-Westfalen, nämlich Bayern, einen Schritt zurückgeht bei den öffentlichen Beschränkungen, beim Katastrophenfall und bei den Sonderermächtigungen für die Staatsregierung. In Bayern ist gestern der Katastrophenfall ausgelaufen. Wem wollen Sie eigentlich was vormachen? Wenn einzel-

ne Länder den Katastrophenfall beenden, wenn andere Länder die epidemische Lage beenden – auf Landesebene –, dann kann doch dieses Parlament nicht an einer epidemischen Lage von bundesweiter Tragweite festhalten. Das passt nicht zusammen, das ist widersprüchlich, und deswegen müssen wir gleichsam zu einer Aufhebung dieser Sonderrechte für die Regierung kommen.

Ich will auch sagen, dass die einzelnen Beispiele, die hier genannt worden sind – Bremerhaven, Göttingen, Gütersloh –, überhaupt keine Argumente dagegen sind, die epidemische Lage aufzuheben; denn die Beschränkungen, die dort gemacht werden – Schulschließungen, Quarantäne –, sind alle richtig. Es ist absolut zutreffend, dass wir mit dieser Pandemie noch lange zu tun haben werden, und es ist absolut richtig, dass wir lokal gegen Ausbruchssituationen vorgehen müssen. Nur, das hat mit der epidemischen Lage überhaupt nichts zu tun. Hier geht es um die Parlamentsrechte, die gestärkt werden müssen, und die Parlamentsrechte dürfen in dieser Zeit nicht unter den Tisch fallen.

Liebe Kollegin Klein-Schmeink, das muss ich wirklich sagen: Eine

schönere Oppositionsrede als die, die Sie hier gerade gehalten haben, kann sich die Regierung nicht vorstellen. Das, was Sie hier vorgeführt haben, war der Gipfel der parlamentarischen Selbstentmachtung; da bleibt einem wirklich die Spucke weg.

Sie haben hier gerade gesagt – ich würde das gerne kurz darstellen –, es würde überhaupt keinen Unterschied machen, ob eine Rechtsetzung durch das Parlament oder durch den Minister erfolgt. Das haben Sie gerade so gesagt. Wenn das zutreffend ist, dann können wir uns die ganze Veranstaltung hier sparen. Deswegen: Es scheint ja so zu sein, dass die Grünen wirklich die treuesten Anhänger dieser Bundesregierung sind. Wir haben es doch miteinander, die Große Koalition mit der Opposition, eingerichtet, dass das Parlament darüber entscheidet, wann diese epidemische Lage endet, und dafür müssen wir auch entsprechende Kontrollbefugnisse haben. Dem sollten wir jetzt nachkommen.

Ich möchte mit einem Zitat von Ralph Brinkhaus und Rolf Mützenich aus dem „Spiegel“ Ende Mai schließen – ich zitiere –:

... unsere Rolle als Parlament verlangt auch, dass wir jetzt überprüfen, wie die Bundesregierung diese Kompetenzen genutzt hat. Und wo es nötig ist, werden wir diese Regelungskompetenzen wieder ins Parlament zurückverlagern. In diesem Sinne freuen wir uns über die Zustimmung. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das waren schon mal die richtigen Fraktionsvorsitzenden, die zitiert wurden!)



Die Bundeswehr unterstützt Corona-Tests in der Fleischfabrik Tönnies in Rheda-Wiedenbrück. © picture-alliance/dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Heike Baehrens (SPD), Stephan Pilsinger (CDU/CSU), Sebastian Hartmann (SPD) und Tino Sorge (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Unterstützung in der Corona-Krise

Die Bundes-Regierung hat Pläne beschlossen



Pläne der Bundes-Regierung



Die Corona-Krise hat viele Folgen für Betriebe und Berufs-Tätige.

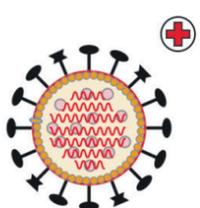
Gegen diese Folgen möchte die Bundes-Regierung etwas unternehmen.

Deswegen hat sie am 12. Juni verschiedene Dinge beschlossen.

Im folgenden Text steht unter anderem:

- Welche Probleme gibt es durch Corona?
- Was will die Regierung dagegen tun?
- Was sagen andere zu den Plänen?

Probleme durch Corona



Seit ungefähr 3 Monaten beschäftigt uns alle die Corona-Krise.

Die Corona-Krise hat die unterschiedlichsten Probleme gebracht.

Große Probleme bringt sie zum Beispiel für Betriebe und Berufs-Tätige.



Denn:

In der Corona-Krise waren viele Geschäfte geschlossen.

Betriebe konnten nicht so arbeiten, wie vor der Krise.

Veranstaltungen wurden abgesagt.

Dadurch haben die Betriebe in Deutschland viel weniger Geld verdient.

Inzwischen sind die Corona-Regeln nicht mehr ganz so streng.

Aber viele Betriebe haben noch immer Probleme.

Denn: Sie können noch immer nicht so arbeiten wie vor der Corona-Krise.

Und: In schwierigen Zeiten geben die Menschen weniger Geld aus.

Denn sie wissen nicht, was die Zukunft bringt.

Und gerade im Moment wissen viele Menschen nicht, ob sie vielleicht ihre Arbeit verlieren.

Oder weniger Geld verdienen werden.

Darum sparen sie.





Betriebe verdienen also im Moment noch immer viel weniger als vor Corona.

Wenn sie zu wenig verdienen, dann können sie ihre Mitarbeiter nicht bezahlen. Oder sie müssen sogar Menschen entlassen.

Diese Menschen haben dann wieder weniger Geld, das sie ausgeben können.

Das ist wieder schlecht für die Betriebe.



Man sagt dazu auch: Der Wirtschaft in Deutschland geht es im Moment schlecht.

Mit dem Wort „Wirtschaft“ meint man zum Beispiel alles, was mit Produkten zu tun hat.

Zum Beispiel:

- Produkte herstellen
- Produkte verkaufen
- Produkte kaufen
- Produkte benutzen

Unterstützung für die Wirtschaft

Viele Experten und Politiker wussten deswegen schon am Anfang der Corona-Krise:



Die Wirtschaft von Deutschland wird Unterstützung brauchen.

Und genau dieses Ziel möchte die Bundes-Regierung erreichen.

Deswegen hat sie am 12. Juni verschiedene Dinge beschlossen.

Damit möchte sie vor allem 2 Dinge tun:

1) Betriebe sollen unterstützt werden.



2) Die Menschen sollen wieder Lust bekommen, Geld auszugeben.

Um das zu schaffen, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Man kann dafür sorgen, dass die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben.

Denn: Wer mehr Geld hat, der gibt meist auch mehr Geld aus.

- Man kann dafür sorgen, dass Waren weniger kosten.

Dann kaufen die Menschen mehr.

- Man kann den Menschen die Sorge vor der Zukunft nehmen.

Zum Beispiel die Sorge, dass ihr Betrieb vielleicht schließen muss.

Und dass sie dadurch ihre Arbeit verlieren.

Was plant die Bundes-Regierung?

Die Bundes-Regierung hat ganz unterschiedliche Dinge beschlossen.

Alle Pläne zusammen nennt man auch: Konjunktur-Paket.

„Konjunktur“ ist ein Fach-Wort.

Damit beschreibt man, wie gut es der Wirtschaft geht.

Bei einer guten Konjunktur geht es der Wirtschaft gut.

Bei einer schlechten Konjunktur geht es ihr schlecht.

Insgesamt hat die Bundes-Regierung 50 unterschiedliche Dinge beschlossen.

Mit manchen sollen Betriebe unterstützt werden.

Durch manche sollen die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben.

Außerdem sollen auch Gemeinden und öffentliche Einrichtungen mehr Geld bekommen.





Bisher wurde nur ein Teil der Pläne beschlossen.

Weitere Dinge sollen in den nächsten Wochen noch beschlossen werden.

Hier einige Beispiele für die Pläne:

Günstigere Waren

Die Mehrwert-Steuer ist eine Steuer, die jeder von uns beim Einkaufen bezahlt.

Sie ist ein Teil des Preises, den der Kunde im Geschäft zahlt.

Das Geschäft gibt die Steuer dann an den Staat weiter.

Nun wurde beschlossen: Die Mehrwert-Steuer soll niedriger werden.

Das bedeutet: Die Geschäfte müssen weniger Geld an den Staat geben.

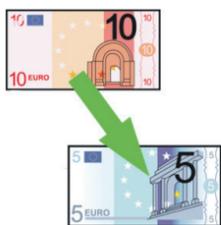
Das Ziel ist: Die Geschäfte sollen den niedrigen Preis an ihre Kunden weitergeben.

Das bedeutet: Waren könnten ein bisschen günstiger werden.

Dann könnten sich die Menschen für ihr Geld mehr leisten.

Ob das klappt, weiß man aber nicht.

Denn: Geschäfte entscheiden selbst, ob sie ihre Waren günstiger machen.



Geld für kleine und mittelgroße Betriebe

Manche Betriebe verdienen durch Corona viel weniger Geld.

Sie sollen Unterstützung vom Staat bekommen.

Sie müssen zeigen, dass sie jetzt deutlich weniger verdienen als vor einem Jahr.

Dann bezahlt der Staat einen Zuschuss, zum Beispiel für die Miete.



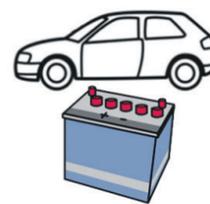
Geld für Familien

Familien mit Kindern sollen für jedes Kind 300 Euro Zuschuss bekommen.

Und zwar für jedes Kind, für das es auch Kinder-Geld gibt.

Das Geld wird auf 2 Monate verteilt.

Je Monat bekommen die Eltern dann 150 Euro pro Kind.



Geld für E-Autos

Die Bundes-Regierung unterstützt schon länger den Kauf von Autos, die mit Strom fahren.

Das bedeutet: Wer so ein Auto kauft, bekommt Geld vom Staat dazu.

Bisher sind das 3.000 Euro.

Und zwar wenn das Auto weniger als 40.000 Euro kostet.

Dieser Zuschuss soll bis Ende 2021 auf 6.000 Euro erhöht werden.

Damit sollen die Auto-Hersteller unterstützt werden.

Denn in der Auto-Herstellung gibt es in Deutschland besonders viele Arbeits-Plätze.

Weitere Pläne

Die Bundes-Regierung hat noch viele weitere Dinge beschlossen.

Zum Beispiel:

- Unterstützung von Kultur-Angeboten
Zum Beispiel Museen, Theater, Kinos oder Musik
- Unterstützung von Vereinen, die etwas Gutes für die Gesellschaft tun
Diese Vereine nennt man auch: gemeinnützige Vereine.
- Geld für die Deutsche Bahn
- Unterstützung von Gemeinden
- Mehr Geld für Schulen und Kitas
- Strom soll etwas günstiger werden.



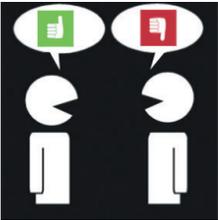
Was soll das kosten?



Alle Pläne sollen zusammen ungefähr 130 Milliarden Euro kosten.

Um das zu bezahlen, will der Staat neue Schulden machen.

Unterschiedliche Meinungen



Zu den Plänen gibt es unterschiedliche Meinungen.

Die Bundes-Regierung findet sie gut.

Sie sagt:
So kann die Wirtschaft mit voller Kraft unterstützt werden.

Es gibt aber auch viele, die bestimmte Teile der Pläne schlecht finden.

Eine Kritik lautet:

Bei vielen der Pläne weiß man nicht, ob sie etwas bringen. Trotzdem werden sie viel Geld kosten.

Ein Beispiel dafür ist die niedrigere Mehrwert-Steuer.

Die wird etwa 20 Milliarden Euro kosten.

Man weiß aber nicht einmal, ob die Geschäfte sie an die Kunden weitergeben.

Ob Waren also wirklich günstiger werden.

Eine andere Kritik lautet:

Viele der beschlossenen Dinge sollen nur für eine bestimmte Zeit gelten.

Die 300 Euro für jedes Kind sollen Familien zum Beispiel nur einmal bekommen.

Und die Mehrwert-Steuer soll nur bis zum Ende des Jahres niedriger sein.

Die Kritiker finden:

Man hätte die Gelegenheit nutzen müssen, um langfristige Verbesserungen zu erreichen.

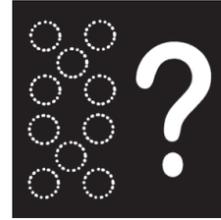


Eine Kritik lautet auch:

Die Bundes-Regierung hat zu viele kleine Dinge beschlossen.

Die Sorge ist: Jede einzelne Sache für sich wird nichts bringen.

Die Pläne werden deswegen vielleicht keine Wirkung haben.



Wie geht es weiter?

Die ersten Pläne hat die Bundes-Regierung also am 12. Juni beschlossen.

Dadurch sind sie aber noch nicht alle gültig.

Bei den meisten Plänen müssen noch der Bundestag und der Bundesrat zustimmen.

Das soll Ende Juni passieren.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / MIS. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 26-27/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Juli 2020.